

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

READER



Begleittexte zu unser

Veranstaltung

„Ukraine: Alternativen zur

Kriegsspirale“

Oktober 2022 in Landau / Pfalz

attac Landau-Südpfalz

landau-suedpfalz@attac.de

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

„attac“

ist eine Abkürzung für eine NGO (Nicht-Regierungsorganisation), die 1998 in Paris gegründet wurde: „association pour la taxation des transactions financières et pour l'action citoyenne“. Das ursprüngliche Ziel war die Einführung einer Transaktionssteuer (Tobin-Steuer) mit deren Erlös armen Menschen in nicht-industrialisierten Ländern geholfen und zugleich eine Kontrolle der internationalen Finanzmärkte eingeläutet werden sollte.

Attac ist insbesondere in Europa, aber auch in Australien, einigen lateinamerikanischen Ländern und in Teilen Kanadas aktiv, insgesamt in 50 Ländern und hat 90 000 Mitglieder (Stand 2020)

Attac-Deutschland wurde im Jahr 2000 gegründet und hat heute fast 30 000 Mitglieder. Es versteht sich als Netzwerk, in dem auch andere Organisationen Mitglied werden können. Mehr über Attac-Deutschland finden sie unter www.attac.de

Impressum:

Textauswahl: Ulrich Kosub-Kirchner

Die im Reader enthaltenen Texte sind nur zur persönlichen Information. Sie dürfen nicht kommerziell genutzt werden. Die Rechte liegen bei den Autoren oder den Medien in denen sie veröffentlicht wurden.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Einführung zum Reader

Für viele Menschen sind Ereignisse der letzten zwei Jahrzehnte nicht mehr nachvollziehbar. Scheinbar reiht sich eine Schreckensmeldung an die nächste. Ursachen, Wirkungen und Zusammenhänge werden nicht öffentlich kommuniziert und sind so nur unzureichend erkennbar.

Der Globus wird von einer Klimakatastrophe heimgesucht mit Überschwemmungen, Gletscherabbrüchen, extremen Wetterlagen, Hitzewellen, Dürreperioden, zerstörerischen Waldbränden, Artensterben und Wasserknappheit¹. Ernteausfälle nehmen zu und die Hungerkatastrophe wächst.

Pandemien verbreiten sich weltweit in bisher unbekannter Geschwindigkeit. Seit etwa 20 Jahren sind diese Prozesse bekannt. Die Pandemie unterbricht Lieferketten und beschädigt weltweit die Produktionsprozesse, da die Konzerne nach dem Motto „Just in Time“ und ohne jede Vorratshaltung kalkulieren. Warnungen wurden und werden von Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ignoriert nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“. Dabei müssten Tiere, Pflanzen und Menschen längst in einer neuen Arche Noah in Sicherheit gebracht werden.

Finanzkrisen lassen Banken und Ökonomien zusammenbrechen. Investitionen lohnen sich seit dem vor allem in Immobilien. Daher steigen seit 2008 die Immobilienpreise ins Unbezahlbare, Menschen werden aus ihren Quartieren vertrieben². Da sie die Mieten nicht mehr zahlen können, müssen sie in die Randgebiete der Städte ausweichen, lange Wege zur Arbeit in Kauf nehmen, haben keinen ausreichenden ÖPNV und müssen höhere Kraftstoffpreise bezahlen.

Die Umweltzerstörung durch das eingesetzte militärisches Gerät wird in keiner Statistik aufgelistet. Ein Beispiel sei hier genannt: Eurofighter und Tornado verbrauchen 70 bis 100 L Kerosin pro Minute, d.h. in 4 Flugstunden sind das ca. 20.000 L Kerosin – das entspricht dem Treibstoffverbrauch eines durchschnittlichen KFZ - Berufspendlers in seinen ganzen Berufsleben. Die USA haben sich geweigert, diese Daten in das Pariser Umweltabkommen aufzunehmen. Hinzu kommen durch militärische Übungen und Kriegseinsätze: Fluglärm, Feinstaub-Belastung, Grundwasserverseuchung und die Vergiftung von Flora und Fauna.

1 Die Industrialisierung hat den Planeten in einer Geschwindigkeit aufgeheizt, wie es früher nur in Jahrtausenden der Fall war. Individuelles Handeln ändert daran wenig. Andere Prozesse laufen inzwischen unbeeinflussbar ab: z.B. das Auftauen des Permafrostbodens, bei dem das Klimagas Methan frei gesetzt wird. Siehe dazu: Özden Terli in „Fairkehr“ (VCD-Magazin), 3 / 2022, S. 22 / 23

2 Seit Beginn der neuen Zinspolitik (Zinserhöhungen) könnte diese Entwicklung an einen Wendepunkt kommen.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Die Klimakatastrophe und Kriege hängen daher eng zusammen. Jeder Krieg verschärft die Klimakatastrophe und Hungersnöte weltweit. Die Folge sind noch mehr Flüchtlinge auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen.

Lange vor ihrem Beginn haben sich Klimakatastrophen und Kriege angekündigt. „Die Menschheit steht an der Grenze ihrer irdischen Existenzmöglichkeiten.“ So steht es auf dem Cover des Buches mit dem der Club of Rome vor 50 Jahren die „Grenzen des Wachstums“ beschrieben hat. Vor dem aktuellen kriegerischen Konflikt warnte bereits vor 25 Jahren der US-amerikanische Politiker George F. Kennan.³

Wer mehr über diese Zusammenhänge von Katastrophen und Krieg erfahren möchte, dem empfehlen wir den Aufsatz von Dirk Messner: „Taumelnde Weltordnung“, den wir nicht in den Reader aufnehmen konnten. Messner ist Politikwissenschaftler und Präsident des Bundesumweltamtes. Sein Aufsatz erschien in der Juli-Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ (www.blaetter.de/ausgabe/2022/juli).

Stichpunkte zum aktuellen Kriegsgeschehen

Es ist ein Irrtum, dass die Verantwortung für die Gefahr einer Eskalation - bis hin zum atomaren Konflikt - allein den ursprünglichen Aggressor angeht und nicht auch diejenigen, die ihm sehenden Auges ein Motiv zu einem gegebenenfalls verbrecherischen Handeln lieferten.

Zur Vorgeschichte

Im digitalisierten globalen System suchen Oligarchen aller Länder Steuerschlupflöcher, Steueroasen und günstige Immobilien. Darunter leiden die sozialen Absicherungen der Mehrheit der Menschheit und ihre Rechte auf demokratische Entscheidungsprozesse. Außerdem sind die Zentren der hochentwickelten kapitalistischen Wirtschaften ständig auf der Suche nach neuen Märkten, nach billigen Rohstoffen und gering bezahlten Arbeitskräften. Zu diesen Erweiterungsprozessen gehörte auch die Osterweiterung der

³ **George F. Kennan (1904 - 2005)** gehört zu den einflussreichsten Geostrategen des vergangenen Jahrhunderts. Kennan war Russland-Experte und gilt als einer der Architekten der Containment-Politik gegenüber der UdSSR während des Kalten Krieges und war von 1947 bis 1949 Planungschef im US-Außenministerium. Er schrieb 1997 in einem Artikel in der *New York Times*: „**Die US-Machtausdehnung bis an die Grenzen Russlands lässt erwarten, dass die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen im russischen Denken entzündet werden, dass sie einen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung in Russland haben, dass sie die Atmosphäre des Kalten Krieges in den Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen wiederherstellen und die russische Außenpolitik in Richtungen zwingen, die uns entschieden missfallen werden.**“

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

EU, die oft parallel zur Osterweiterung der NATO stattfand. Der Kreml hat diesen Prozess mit Sorge beobachtet und kritisiert, da die NATO-Erweiterungen im Widerspruch standen zu den (mündlichen) Zusagen im Zusammenhang mit dem 2+4-Vertrag, keine NATO-Truppen auf Territorien der Mitgliedstaaten des ehemaligen Warschauer Vertrags (Sowjetische Gegenründung zur Nato) zu stationieren.

Die Erweiterungsprozesse der EU betrafen nicht nur europäische Länder. Unter dem Stichpunkt „Nachbarschaftspolitik“ bot die EU allen EU-Anrainerstaaten, z.B. allen Staaten rund ums Mittelmeer Assoziierungsabkommen an. Das seit 2005 mit der Ukraine verhandelte Abkommen war also keine Ausnahme. Der 2013 vorgelegte Vertragsentwurf umfasste ca. 500 Seiten und einen Anhang von ca. 2 000 Seiten. Es ist kaum vorstellbar, dass die Demonstranten auf dem Maidan in Kiew den Vertragsinhalt kannten. Ihr Anliegen war eine schnelle Aufnahme in die EU, um vermeintlich bessere Lebensbedingungen zu erreichen.

Die Verträge bestehen aus drei Teilen: dem Politischen, dem Ökonomischen und einem militärischen Teil. Letzterer stieß auf erheblichen Widerstand des Kreml. Die anderen beiden Teile wurde 2014 von der Ukraine unterzeichnet. Präsident Janukowitsch lehnte den Assoziierungsvertrag aber hauptsächlich aus ökonomischen Gründen ab. Der EU-Text enthielt die Forderung, nicht gleichzeitig eine Zollunion mit Russland einzugehen. Der wichtigste Handelspartner der Ukraine war aber Russland mit einem Exportanteil von gut 40 Prozent, die EU dagegen nur mit ca. 25 Prozent.

In einer landesweiten Umfrage im Dezember 2013 – kurz nach Beginn der Proteste - wurden Inflation, Armut, Arbeitslosigkeit, Korruption und das marode Gesundheitssystem genannt. 74 % der Befragten äußerten Misstrauen gegen die politischen Institutionen und zwei Drittel gegenüber den PolitikerInnen.

So standen soziale Forderungen und der Ruf nach Demokratie statt Oligarchie am Anfang der Maidanaktionen zusammen mit nationalistischen Tönen, die Aktivisten aus der Nord- und Westukraine mitbrachten. Ende November werden erstmals Forderungen nach dem Rücktritt Janukowytschs laut. Rechtsextreme und bewaffnete Gruppen verdrängten Demokraten und linke Gruppen systematisch vom Maidan. Unter dem Schlagwort „Euro-Maidan“ werden die Proteste zu einer Demonstration für das Assoziierungsabkommen mit der EU umfunktioniert. Dabei mischten auswärtige Mächte über Stiftungen und NGOs kräftig mit. Die historische Aufarbeitung des „Euro-Maidan“ bzw. der „Revolution“ ist dringend erforderlich statt Denkmäler und Museen

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

dazu zu errichten und so einem Mythos zu huldigen.

Was vielen Ukrainer nicht bekannt war: Der Mindestlohn wurde lt. EU-Vertrag auf 45 ct. / Stunde festgelegt. Das war für viele Oligarchen mit Produktionsbetrieben ein gefundenes Fressen – aber natürlich auch für die EU-Konzerne mit ökonomischen Interessen in der Ukraine. Tatsächlich veränderten sich die Lebensgrundlagen nach der Annahme des politischen und ökonomischen Teils des Abkommens. Die Löhne sinken, die Inflation steigt und das BIP bricht ein. Auch 2016 liegen die Nominallöhne noch unter dem Niveau von 2007. Die Renten werden eingefroren und der Staatshaushalt gekürzt. 24 000 Staatsbedienstete werden entlassen (= 10 % aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst). die Verbraucherpreise steigen, so z.B. Gas um 56 Prozent, Fernwärme um 40 Prozent. Vergleiche dazu die Daten im Anhang „Nach dem Maidan“. (Seite 86)

Ausgangslage der Kontrahenten

Russland und seine Verfasstheit ist im Westen nicht ernst genommen oder ignoriert worden. Die militärische Entwicklung wurde nicht als Gefahr eingestuft. Andere programmatische Änderungen sind nicht beachtet worden. So entstand als Reaktion auf Gorbatschows Glasnost und Perestroika-Politik sowie den Zusammenbruch der UdSSR eine antiwestliche Strömung und parallel dazu bestand eine Neuinterpretation von „Faschismus“ und „Nazis“ zunächst in intellektuellen Think-Tanks. Beide Begriffe sind zunehmend als „antirussisch“ definiert worden. Dazu zählten auch historische Ereignisse wie z.B. den Prager Frühling von 1967 mit Alexander Dubcek und seinem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“.

Diese vermeintlich gegen die UdSSR gerichteten Veränderungsversuche im sozialistischen Lager sind in Kreml-nahen Kreisen als Bedrohung und Angriffe definiert worden. Die antiwestliche Haltung zusammen mit der behaupteten Dekadenz des Westens hat die russisch-orthodoxe Kirche unter Putin-Freund Kyrill aufgegriffen und verschärft. Kyrill soll zum aktuellen Krieg geäußert haben, dort würden jetzt die Schwulen bekämpft.

Ergänzt wird diese „Neudefinition“ von Faschismus durch rechtsextremistische und rechtsterroristische Banden auf den Straßen der russischen Großstädte. Sie sind gut vernetzt untereinander aber auch mit Rechtsextremisten in West- und Nordeuropa. Innerhalb von 20 Jahren (1999 bis 2019) sind in Russland 486 Menschen durch Rechtsterrorismus ums Leben gekommen. Das ist vier Mal so viel wie in Westeuropa

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

(109) oder den Vereinigten Staaten (113).⁴

Am 4. November gehen tausende von Skinheads, rechtsextreme Banden etc. gemeinsam mit den Kreml-Herren auf die Straße zum Feiern: Es ist der Tag der Einheit des Volkes.⁵ Zur Teilnahme aufgerufen hat jahrelang auch der im Westen hofierte Dissident Alexei Navalny.

In der Ukraine gab und gibt es verschiedene neofaschistische Gruppen und Organisationen mit antirussischen Tendenzen die sich teilweise im „Rechten Sektor“ zusammengeschlossen haben. Sie sind besonders im Westen und Norden des Landes stark. Diese Parteien haben an Parlaments- und Regionalwahlen mit wechselnden Erfolgen teilgenommen, waren zeitweilig auch im Zentralparlament, der Werchowna Rada (Oberster Rat) vertreten.

Der „Rechte Sektor“ übernahm während der Maidan-Proteste in vielen Teilen des Landes, insbesondere in Kiew Ordnungsfunktionen mit bewaffneten Kräften. Verbrechen, die im Zuge des Maidankonflikts 2014 aus diesen Gruppen heraus begangen wurden, sind strafrechtlich nie aufgearbeitet worden, wie z.B. der Mord an Antifaschisten, die sich in das Gewerkschaftshaus in Odessa geflüchtet hatten. Das Haus wurde von Faschisten angezündet, wer fliehen wollte wurde erschlagen oder erschossen. Die genauen Opferzahlen sind unbekannt, geschätzt gab es ca. 100 Tote. Nach dem Einsetzen der provisorischen Regierung – nach der Flucht des Präsidenten – sind verschiedene rechtsextreme Kräfte in Regierungsfunktionen gekommen unter ihnen auch der neue Generalstaatsanwalt, der gegen seine Gesinnungsgenossen nicht vorzugehen wagte.

Das völkerrechtlich verbindliche Abkommen Minsk II wurde, soweit es in der Verantwortung der Kiewer Regierung lag, eben so wenig umgesetzt wie seitens der Separatisten. Der damalige deutsche Botschafter in Kiew erklärte später, auch ohne die Entwaffnung der Separatisten hätte Kiew seinen Teil des Abkommens umsetzen können. Das Verbot der russischen Sprache als Amtssprache wurde in die Verfassung aufgenommen, vertiefte die Spaltung der ukrainischen Gesellschaft und begünstigte die Abspaltung im Donezk.

Reaktionen

Deutsche Politiker bezeichneten den Überfall Russlands auf die Ukraine als

⁴ <https://de.euronews.com/2019/11/20/russlands-rechtsterrorismus>

⁵ Der Tag der Einheit des Volkes ist ein russischer Nationalfeiertag (4. November), der 2005 eingeführt und den bis dahin gefeierten 7. November, den Jahrestag der Oktoberrevolution ersetzt. Der Tag der Einheit des Volkes erinnert an die Befreiung Moskaus 1612 von der polnisch-litauischen Besatzung.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

„Zeitenwende“. Das stimmt, wenn wir darunter den Rückschritt ins 19. Jahrhundert sehen, in dem Kriege noch als Naturgewalten betrachtet und bis zum Umfallen einer Seite geführt wurden – mit dem kleinen Unterschied, dass heute die Waffen des 20. und 21. Jahrhunderts eingesetzt werden und im Hintergrund die weltweite Vernichtung durch Atomwaffen lauert.

Weltweite Reaktionen auf den Krieg verdeutlichen, dass unser anachronistisches Freund-Feind-Denken, die Einteilung in „Gute und Böse“ Konflikte nicht verhindert, sondern eher befördert. Bis tief in unsere Gesellschaften hinein ist dieses falsche Denken vorhanden. Der Krieg verstärkt diese Denkweise, da viele politische Entscheidungen diesem Muster folgen. Hinzu kommt mediale Unterstützung, oft verbunden mit gezielten Fehlinformationen, Verstärkung von Feindbildern und Hass. Der aktuelle Krieg in der Ukraine hat durch indirekte militärische Beteiligungen wie Waffenlieferungen, durch Sanktionen gegen Verantwortliche sowie (vermeintliche) Kriegsgewinnler und durch den weltweiten Wirtschaftskrieg die Dimensionen eines III. Weltkrieges bereits erreicht. An Waffenlieferungen an die Ukraine sind neben EU-Staaten noch beteiligt: Großbritannien, Kanada, Australien und die USA.

Die Medien sind voll davon: Waffenlieferungen für die Ukraine! Wenn sich jemand dagegen ausspricht wird er gefragt: „Willst du die Ukraine in Stich lassen?“

Die Entscheidungen über Waffenlieferungen werden zu einer moralischen Frage umdefiniert. Waffenlieferungen folgen militärischen Überlegungen, hier herrscht die Kriegslogik vor. Ziel ist offenbar ein „Sieg“ über den Gegner. Das bedeutet die Steigerung einer Eskalationsspirale, die zugleich die Möglichkeit verringert, gewaltfreien Widerstand zu leisten.

Bei der Entscheidung über Waffenlieferungen an die Ukraine ergeben sich Fragen:

1. Wer erhält die Waffen?
2. Müssen Soldaten dafür besonders geschult werden?
3. Was geschieht mit den Waffen nach dem Ende des Krieges?

Zu 1: Wir wissen es nicht. Wenn die Waffen erst einmal über die Grenze zur Ukraine verbracht wurden, haben die Lieferanten keine Kontrolle mehr. In der Ukraine gibt es neben der Armee etwa 40 Milizen, die teils von Oligarchen bezahlt und /oder kontrolliert werden. Die Ukraine war schon ab 2014 bekannt als „Supermarkt für illegale Waffen“⁶.

⁶ Titel eines Berichts im Schweizer Tagesanzeiger 2016

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Die Ukraine hat ein sehr großes Problem mit der Korruption. Auch Militärführer könne korrupt sein. So landen Waffen für die Soldaten auf dem Schwarzmarkt. Inzwischen sollen erste Waffen, die in diesem Jahr geliefert wurden bereits in Darknet, also der Schattenwelt des Internets zum Verkauf angeboten werden. Die Regierung in Kiew hält Zahlen zum illegalen Waffenhandel unter Verschluss.

Zu 2: Nach einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages aus diesem Jahr ist eine Ausbildung ukrainischer Soldaten an Waffen in Deutschland, die dann auch in die Ukraine geliefert werden das Überschreiten der Roten Linie zur Kriegsbeteiligung.

Zu 3: Über den Waffenverbleib in der Ukraine nach Kriegsende machen sich NATO-Beamte⁷, Europol und die Grenzschutzagentur Frontex Gedanken. Da es offenbar keine Kontrolle über die Waffen und ihren Verbleib gibt, ist es auch schwer, Maßnahmen zur Entwaffnung erfolgreich durchzuführen.

Ein weiterer Punkt zu Waffenlieferungen: Sie beruhen auf einem alten und tief verwurzelten Mythos, dem Mythos der Gewalt, danach seien Konflikte nur durch Gewalt zu lösen. Es gibt wissenschaftliche Untersuchungen von US-amerikanischen Wissenschaftlerinnen. Sie haben 2011 ihre Untersuchung über einen Zeitraum von 150 Jahren dazu veröffentlicht, in der sie feststellten, dass gewaltfreier Widerstand doppelt so erfolgreich ist wie gewaltsamer.

Ein letzter Punkt zu den Waffenlieferungen: Eine entscheidende Frage in Politik und Wirtschaft ist immer: „Wer profitiert davon?“ Zweifellos haben am 24. Februar die Sektkorken geknallt in den Chefetagen der Rüstungsindustrien weltweit.

Dieser Konflikt spielt sich auf verschiedenen Ebenen ab. Eine Ebene ist die zwischen Russland und den USA. Bereits Barak Obama hat diese Konfliktebene bedient, als er Russland als eine „Regionalmacht“ bezeichnete. Präsident Biden steigerte das im März 2021 mit der Behauptung, Putin sei ein Mörder. Das ist Teil einer psychologischen Kriegsführung. Russland war und ist aber eine der führenden Atommächte und leidet seit dem Ende der UdSSR unter einem Ansehensverlust. Solche Äußerungen stacheln den Ehrgeiz an, die eigene Weltmachtstellung unter Beweis zu stellen.

Andererseits haben die USA weltweit am Ansehen verloren nach dem Ende der bipolaren Welt und diversen von ihnen angezettelten völkerrechtswidrigen Kriegen

⁷ Mitte Juli 2022 titelte die „Berliner Zeitung“: „Nato-Beamter warnt vor Schwarzmarkt nach Ukraine-Krieg: Droht Balkan-Szenario?“ Nach Schätzungen des Bundeskriminalamtes sind auf dem Balkan als Folge der Jugoslawien-Krieg von 1991 bis 2001 noch etwa sechs Millionen Waffen im Umlauf.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

sowie dem blamablen Rückzug aus Afghanistan. Die USA wollen weiter als alleinige Weltmacht angesehen werden. Konkurrenten in diesem Gerangel sind neben Russland auch China, Indien und die Europäische Union. Wenn es nun den USA gelingt, ohne eigene Verluste und mit Gewinnen für die US-Rüstungsindustrie erfolgreich einen Krieg in Europa zu führen, dann werden zwei der möglichen Konkurrenten um die Hegemonie ausgeschaltet: Russland und die EU. Außerdem wird die EU und insbesondere Deutschland als der kapitalistische Motor der EU, von russischen Energielieferungen abgekoppelt und mittelfristig an die weitaus teurere Fracking-Energie aus den USA gebunden. Damit dürfte auch der „European Green Deal“ Makulatur geworden sein.⁸ Russland und China vereint die Gegnerschaft zur globalen Vormachtstellung der USA. Aber ihre Interessenlagen und die unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaft lassen Gegensätze erkennen. In Indien treten beide als Konkurrenten auf. Chinas Konkurrenz zu den USA ist gekennzeichnet durch ökonomische Verflechtungen bei Importen von Investitionsgütern. Höher als alle anderen Importgüter ist der ggf. auch für die russische Rüstung interessante Halbleiterimport. 2020 waren das 380 Mrd. US \$ und 2021 etwa 450 Mrd. US \$. Bereits heute stehen einige der großen Firmen Chinas auf der US - Sanktionsliste. China wird keine Unterstützung für den russischen Krieg leisten, wenn sie den eigenen Interessen entgegensteht.

Kriegsfolgen

Die überstürzte, planlose „Diversifizierung“ deutscher und EU-europäischer Energieimporte auf Druck der USA beinhaltet Verhandlungen und ggf. Verträge mit anderen autoritären Regimen wie Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, Aserbaidshan und Katar. So setzen sich die EU und Deutschland neuen Erpressungsmöglichkeiten aus. Hinzu kommt die Klimaschädlichkeit bei der Gewinnung von Fracking-Gas in den USA (in Deutschland verboten) und der hohe Energieeinsatz bei der Verflüssigung, Kühlung beim Transport (minus 162 Grad) und der Regasifizierung. LNG ist umweltschädlicher als der Transport über Pipelines. In der EU und in Deutschland werden klare Signale gesetzt in Richtung Militarisierung. In der EU erhalten die bereits seit einigen Jahren verfolgten Aufrüstungsprogramme verbunden mit EU-eigenen Streitkräften neuen Schub. Treibende Kraft war hier nach dem Brexit die französische Republik. Auf diese Linie hat sich auch die Koalition in Berlin begeben. Bereits drei Tage nach dem russischen Angriff verkündete der Kanzler

⁸ Vergl. Dazu Birgit Mahnkopf: „Der Kampf um Eurasien“ in „Blätter für deutsche und internationale Politik“

10 / 2022, S. 67 ff

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Olaf Scholz seinen Vorschlag für die 100 Milliarden Kriegskredite, die vorbei am Haushalt im Grundgesetz im Juni 2022 als „Sondervermögen“ festgeschrieben wurden. Er verpflichtete die Bundesregierung außerdem auf das 2%-Ziel für den Militärhaushalt. In der Diskussion um dieses „Paket“ wird Scholz in der Presse mit den Worten zitiert: „Deutschland wird in Europa bald über die größte konventionelle Armee im Rahmen der NATO verfügen“.

Alternativen

Für die Friedensbewegung bedeutet diese Entwicklung einen Rückschlag. Widerstand und Proteste sind kaum erkennbar oder werden nicht öffentlich kommuniziert. In Griechenland und Italien gab es Widerstand und in einem Fall sogar einen Streik in Seehäfen beim Be- bzw. Entladen von Kriegsgerät, das in die Ukraine geschafft werden sollte. An russischen und belarussischen Eisenbahnlinien soll es Sabotageakte gegeben haben.

Der Versuch, die zukünftige militärische Entwicklung einzuschätzen stößt an viele Grenzen. Ein „Sieg“ der einen oder anderen Seite ist nicht zu erwarten.

Waffenstillstandsabkommen werden vermutlich von beiden Kriegsparteien nur als Atempause vor erneuten Angriffen genutzt werden. Ein dauerhafter Frieden erfordert eventuell einen Regimewechsel in Moskau – und der ist in weiter Ferne.

Als **Friedenspläne** sind vor allem vier bekannt geworden:

Dezember 2021: Russische Vertragsentwürfe zu Sicherheitsgarantien

März 2022: Zehn-Punkte-Plan von Istanbul

Mai 2022: Italienischer Friedensplan

Juni 2022: Internationale Arbeitsgruppe im Vatikan

Als Wege zur Umsetzung von Friedensplänen gibt es viele Ansätze, von denen insbesondere die „**Serie von kleinen Kreditangeboten**“⁹ genannt werden sollen:

- dem Gegner Angebote machen, die ihm Vorteile bringen
statt Forderungen an ihn zu stellen.

- den Gegner einladen, Ähnliches zu tun.

Egal wie er reagiert, wird das eigene Angebot umgesetzt

- eine noch so kleine positive Reaktion des Gegners wird belohnt,
nicht abgewertet oder als Propaganda dargestellt

- davon ausgehen, dass auch der Gegner am Wohl der Menschheit interessiert ist und
nicht nur töten will

9 Nach Glasl

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Von Deeskalationsbemühungen ist kaum die Rede. Diplomatische Aktivitäten sind vor allem gegenüber den europäischen Staaten zu beobachten, die noch nicht der EU und/oder NATO angehören. Sie sollen sich gegen Russland positionieren. Es gibt auch Aktivitäten gegenüber den 35 Staaten, die am 2. März 22 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen sich der Stimme enthielten und auch den 12 Staaten, die nicht an der Abstimmung teilnahmen. Ende Juni 2022 fanden zwei internationale Konferenzen statt auf der einige dieser Staaten umworben wurden. Aber die Gäste des G 7-Gipfels Argentinien, Indien, Indonesien, Senegal und Südafrika wollen sich nicht an Sanktionen gegen Russland beteiligen. Und die Nato hat zur gleichen Zeit ein „Strategisches Konzept“ verabschiedet und sich als Bollwerk der regelbasierten internationalen Ordnung präsentiert. Damit verlässt die Nato den Aktionsraum Atlantik, wie auch die Auswahl zukünftiger „Partner“ belegt: Japan, Australien und Südkorea. Das G7-Treffen und der Nato-Gipfel haben nicht deeskalierend gewirkt.

Es gibt – abgeleitet aus dem Minsker Abkommen – Handlungsspielräume jenseits des Militäreinsatzes für die Ukraine im administrativen und (verfassungs-)rechtlichen Rahmen, die die ukrainische Regierung und / oder das Parlament nutzen sollten. Diese Handlungsspielräume können auch Signale an Russland sein, wenn sie genutzt werden. Dringend geboten erscheinen Bemühungen um entmilitarisierte Zonen rings um Atomkraftwerke – nicht nur in der Ukraine.

Die bisherige Sicherheitsarchitektur in Europa ist außer Kraft. Die Vorstellung von „Sicherheit“ muss neu definiert und gestaltet werden. Militärische und zivile Sicherheit ist immer auch die Sicherheit der anderen Seite und muss soziale, politische, ökonomische und ökologische Sicherheit einbeziehen. Dabei handelt es sich um eine politische Aufgabe, die nicht vom „Markt“ geregelt werden kann. Bisherige Bundesregierungen haben auf eine „marktgerechte“ Demokratie gesetzt (Angela Merkel). Wir brauchen aber keine marktkonforme Demokratie, sondern einen demokratiekonformen und ökologiekonformen Markt.

Die Digitalisierung hat Entscheidungsprozesse in Konzernen beschleunigt und demokratische Entscheidungsprozesse als langsam und ineffektiv erscheinen lassen. Tatsächlich stößt aber der globale und digitalisierte Kapitalismus an seine Grenzen, wie die Unterbrechungen von Lieferketten und die Produktionsengpässe zeigen. Demokratische Entscheidungen beinhalten auch Schutzbestimmungen für Beschäftigte sowie für Bürgerinnen und Bürger, die nicht durch Konzernentscheidungen außer Kraft

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

gesetzt werden dürfen. Demokratische Kontrollfunktionen müssen gestärkt werden, insbesondere die der Betriebsräte und kommunalen Räte. Sie müssen das Recht erhalten, über Inhalt und Form von Produktion zu beraten und Vetorechte erhalten.

Das sind Voraussetzungen dafür, dass in der Rüstungsindustrie und in der Kleinwaffenproduktion wieder Konversionsprogramme entwickelt werden.

Gesellschaftliche Vorsorgeeinrichtungen müssen gestärkt werden, z.B. im Gesundheitswesen, im Rettungs- und Katastrophendienst, bei Feuerwehren und dem THW.

Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in demokratische Entscheidungen stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bietet die Gewähr, Krisensituationen gemeinsam zu bewältigen und militärische Alleingänge zu verhindern.

Die Texte:

	Datum der Veröffentlichung:
VN-Sicherheitsrat: Minsk II	17.02. 2015
Vorwick u.a. Brief : „ Raus aus der Eskalationsspirale “	05.12. 2021
Teurtrie, David: „ Ukraine-Krise: Eskalation mit Ansage “	10.02. 2022
Zumach, Andreas: „ Zur NATO-Osterweiterung “	Januar 22
Zumach, Andreas: „ Putins Krieg, Russlands Krise “	März 22
Fischer, Martina: „ Hoffnung auf eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur nicht aufgeben “	April 22
Borovyk, Mykola: „ Von der Geschichtsfälschung zum Angriffskrieg “	April 22
Mahler,Hermann (attac): „ Der Krieg in der Ukraine - Analyse und Folgerungen “	April 22
Greiner, Bernd:„ Putin hat offensichtlich aus dem Kalten Krieg gelernt “	Mai 22

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

„Friedenssicherung in Europa: Vertrauen und Verlust 1975 bis 2014“

nach Glasl

März 2022

Glasl, Friedrich: „**Aufruf an verantwortungsbewusste Menschen in Politik und Zivilgesellschaft zum Beenden des Ukraine-Kriegs**“

März 2022

Anlagen: „Nach dem Maidan, Wirtschaftsdaten, Lohnentwicklung: Seite 86
Risiken und Nebenwirkungen von Waffenlieferungen
Warum Waffen nicht zu einer Lösung beitragen Seite 88

Die von uns hier zusammengestellten Texte zeigen Verlauf und Versäumnisse im Prozess der europäischen Friedensordnung, die mit der 1975 geschlossenen KSZE-Schlussakte von Helsinki begann. Die darauf folgenden internationalen Konferenzen der europäischen Staaten gemeinsam mit den USA und Kanada führten schließlich 1990 zur Gründung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Der beabsichtigte Ausbau der OSZE wurde aber nicht konsequent durchgeführt. Die beteiligten Staaten verfolgten jeweils eigene Interessen. Die erforderliche Prämisse „Sicherheit ist zugleich die Sicherheit der anderen“ ging verloren. Aus heutiger Sicht war auch der Sicherheitsbegriff unzureichend. Neben militärischer Sicherheit und der Sicherheit der Grenzen gehören dazu die ökonomische, ökologische und soziale Sicherheit.

Den ausgewählten Artikeln haben wir den Wortlaut des Abkommens „Minsk II“ vorangestellt, das ist die völkerrechtlich verbindliche Fassung des Protokolls „Minsk I“. Die Unterzeichner des Protokolls (die Regierung in Kiew und die Separatistenstaaten im Osten der Ukraine) haben die darin vorgesehenen Schritte nicht vollzogen und der jeweils anderen Seite vorgeworfen die Umsetzung zu verhindern. Alle Beteiligten (auch die Garantiestaaten) ließen den Konflikt offenbar bewusst eskalieren. **(ab S. 22)**

Skizzen zu den Texten:

Vor dieser Eskalation warnten Anfang Dezember 2021 in einem Offenen Brief ca. 30 deutsche Diplomaten, Bundeswehroffiziere und Wissenschaftler unter dem Titel: „Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland“. Die Unterzeichner fordern eine mehrjährige Friedenskonferenz bei gleichzeitigem Einfrieren jeglicher militärischer Aktionen. Auf der Konferenz sollten Win-Win-Situationen

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

geschaffen werden, um die bestehenden Blockaden zu überwinden. **(ab S. 25)**

Der Osteuropaexperte Teurtrie betrachtet den Konflikt wenige Tage vor dem russischen Angriff aus französischer Sicht und datiert den Konfliktbeginn mit dem Ende des Kalten Krieges. Die USA wähten sich als Sieger nach der Auflösung der Sowjetunion und wollten diesen Siegeszug nach Osten mit Hilfe der NATO fortsetzen. Dabei brachen sie internationales Recht zunächst im Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und 2003 bei der Irak-Invasion. Aus dem Verteidigungsbündnis NATO wurde ein Angriffsbündnis. 2013 erfolgte schließlich aus Moskauer Sicht der Versuch, die Ukraine mit Hilfe eines Staatsstreichs (Euromaidan) ins westliche Lager zu ziehen. Der EU warf Moskau vor, die US-Aktionen – auch die rechtswidrigen – zu tolerieren und nur noch Zaungast zu sein bei den russisch-amerikanischen Gesprächen über die Sicherheit Europas. **(ab S. 28)**

Ebenfalls vor dem Angriff Russlands äußerte sich der Journalist Andreas Zumach in einem Block sehr engagiert und kenntnisreich zu den Versprechen des Westens gegenüber der UdSSR in den 1990er Jahren, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Er widerlegt mit Hinweisen auf Dokumente und Aussagen Genschers mit ihm als Ohrenzeuge die immer wieder kolportierten Aussagen, dabei handele es sich um „Hirngespinnste“ und „Geschwätz“. Es war der große Fehler Gorbatschows und Schewardnadses (seinerzeit UdSSR-Außenminister), sich diese Zusagen nicht schriftlich geben zu lassen. Schließlich streift Zumach noch die aktuelle Taktik des Kremls die EU mit Hilfe der Rechtsextremisten verschiedener europäischer Länder zu schwächen oder gar zu spalten. **(ab S. 34)**

Der zweite Beitrag von Andreas Zumach wurde nach dem russischen Überfall geschrieben und schildert zunächst die Reaktionen seitens der VN. Er erörtert dann die Verstöße gegen die europäische Friedensordnung und geht auf die Warnungen vor der NATO-Osterweiterung ein. Zumach erwähnt die umfangreichen Waffenlieferungen der USA und anderer NATO-Staaten an die Ukraine nach der russischen Annexion der Krim sowie die Entscheidungen der deutschen Regierung zu Waffenlieferungen. Abschließend betrachtet er einige Möglichkeiten, wieder zu einer europäischen Friedensordnung mit Russland zu kommen. **(ab S. 41)**

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Auch Frau Dr. Fischer plädiert für eine neue gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur und dafür alle privaten und offiziellen Gesprächskanäle möglichst offen zu halten. Dämonisierung und Polemik sei der falsche Weg. Sie plädiert für ein sorgfältiges Abwägen bei Sanktionen, da diese auch unbeteiligte Länder treffen können und die sanktionsverhängenden Länder ebenso. Waffenlieferungen und militärische Unterstützung sei immer zugleich ein „Spiel mit dem Feuer“.

Diplomatische Bemühungen sollten das Ziel haben, das Leid zu mindern, Waffenruhe zu erreichen und abzuwägen, welche Kompromisse dafür eingegangen werden können.

Frau Dr. Fischer verweist auf Überlegungen, dass Russland und die USA darüber direkt verhandeln müssten, welche militärischen Reduzierungen in Grenzgebieten erreichbar wären. Diese Verhandlungen sollten erfahrene Mediationsdiplomaten einleiten, die von allen Seiten akzeptiert werden.

Schließlich geht Frau Dr. Fischer ausführlich auf die Fehler und Versäumnisse zwischen 1990 und dem Kriegsbeginn 2022 ein, erwähnt den Verlust der kooperativen Sicherheitsordnung und die Erosion der Rüstungskontrolle. Dabei schont sie die falschen Entscheidungen der USA und der NATO nicht, die die großrussischen Kräfte im Kreml gestärkt haben und schließlich den Überfall auf die Ukraine ermöglicht haben.

(ab S. 52)

Damit sind wir auch bei dem Thema, das Mykola Borovyk beleuchtet. Er sieht die Ursachen des Krieges nicht im Konflikt zwischen Staaten, sondern in Russland selbst.¹⁰ Ziel sei die Zerstörung der Staatlichkeit der Ukraine. Nach einem historischen Rückblick ins 19. und 20. Jahrhundert erklärt er, dass dort die Wurzeln des Konflikts liegen, die mit dem Ende der UdSSR sichtbar wurden. Das russische Reich umfasse die „Großrussen“, die „Kleinrussen“ (Ukraine) und die Weißrussen. Das Narrativ von der imperialen Größe Russlands nutzt Putin für seine Politik. Die „russische Mission“ ist weit in der Bevölkerung verankert als Zentrum der wahren Religion, Kultur und traditionellen Werte. Die der russischen Welt abtrünnige Ukraine ist mit ihrer Westorientierung ein feindliches Land und ein gefährliches Vorbild mit demokratischen Wahlen und der Entwicklung einer offenen Gesellschaft. Borovyk streift die Rede Putins zur Kriegsbegründung und die falschen Mythen über die Ukraine, die es auch im Westen gibt. Er stellt die Werteorientierung der NATO-Staaten in Frage, da diese – siehe

¹⁰ Zu der Entwicklung in Russland, den intellektuellen und politischen Veränderungen siehe den „Nachtrag“ am Ende dieses Textes auf Seite 8

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Russland – jahrzehntelang bereit waren und noch sind, mit Diktatoren zusammen zu arbeiten. **(ab S. 64)**

Hermann Mahler beginnt mit der zunehmenden imperialistischen Konkurrenz zwischen USA, EU, NATO einerseits und andererseits China bzw. Russland. Erstere haben sich geweigert mit den Nachfolgestaaten der UdSSR und den Staaten des Warschauer Vertrags ein gemeinsames Sicherheitskonzept zu entwickeln. Stattdessen erfolgten die NATO-(Ost)-Erweiterungen.

China ist ökonomisch aggressiv unterwegs (Seidenstraßenprojekt) und militärisch (noch) nicht expansiv. Es errichtet aber Militärbasen im Südchinesischen Meer. Zum Ukraine-Krieg verhält sich China ambivalent.

Russland agiert im Rahmen seiner Möglichkeiten militärisch und ökonomisch aggressiv und nutzt dabei antikoloniale Vorbehalte insbesondere in Afrika. Gleichzeitig scheiterte die versprochene Modernisierung der russischen Wirtschaft. Der Wohlstand im Land ist sehr ungleich verteilt.

Die Aggression gegen die Ukraine soll vom Versagen im eigenen Land ablenken und nutzt die Ideologie vom großrussischen Reich in enger Verbindung dem orthodoxen Klerus, der Homosexualität, sexuelle Vielfalt und Feminismus dämonisiert.

In einem kurzen Exkurs auf die Ukraine konstatiert Mahler eine Zunahme an gesellschaftlicher und politischer Geschlossenheit und eine Abnahme der Akzeptanz rechtsextremer Positionen. Welche Veränderung durch den Krieg innergesellschaftlich ausgelöst werden, ist noch nicht absehbar. **(ab S. 72)**

Die Drohung, Atomwaffen einzusetzen, hält Professor Dr. Greiner für einen Erpressungsversuch, der schon häufig benutzt wurde. Entgegen der Prahlerei Chruschtschows in der Kuba-Krise hat die UdSSR danach in der Atomrüstung zum Westen aufgeschlossen. Heute gibt es einen Kreislauf von Überrüstung: Die gegenseitigen Drohungen und Waffenentwicklungen überbieten sich und es besteht die Gefahr, Entwicklungen in Gang zu setzen, die nicht gewollt und nicht mehr kontrollierbar sind.

Die Kriegsbegründung Putins hält Dr. Greiner für reine Propaganda, da die realen Konflikte keiner Zwanghaftigkeit folgen und Alternativen immer möglich seien. Auch die Erweiterung von Militärallianzen (NATO) schaffen nicht mehr Sicherheit. Moskau tolerierte diese Erweiterungen weil es sich vermutlich auf die eigenen wirtschaftlichen Probleme konzentrierte. Das änderte sich 2007 / 2008 als die USA

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Raketenabwehrsysteme in Osteuropa stationierte und Georgien sowie die Ukraine in die NATO aufnehmen wollte. Damit wurden rote Linien überschritten. Russland wurde zudem als unwichtige Regionalmacht nicht mehr beachtet. Diese Kränkung stärkte die großrussischen Kräfte und lässt den Kreml danach streben, seine Weltmachtposition wieder herzustellen.

Was jetzt erforderlich ist, sind nicht noch mehr Waffen, sondern politische Phantasie, die einen Weg weist zu einem Ausstieg aus der Logik der Konfrontation. **(ab S. 78)**

Vertrauen und Verlust

Historische Daten zur Friedenssicherung in Europa nach Glasl **(ab S. 83)**

Aufruf an verantwortungsbewusste Menschen in Politik und Zivilgesellschaft zum Beenden des Ukraine-Kriegs von Professor Dr. Friedrich Glasl (ab S. 84)

NACHTRAG:

Die russischen intellektuellen Einstellungen über das Verhältnis zu Europa war über Jahrhunderte im Fluss. Die „Intelligenzia“ definierte die Grenze Europas oft am Ural und Zaren richteten ihre Politik daran aus. Auch Gorbatschows „gemeinsames Haus Europa“ zeugt noch von dieser Auffassung. Russische Intellektuelle übernahmen Werte und Ideen aus dem Westen Europas, ohne eine eigenständige russische Identität daraus zu entwickeln. Daran änderte auch der Panslawismus nichts, der die westeuropäische Vorherrschaft als beendet ansah. Romantiker und Mystiker in Russland sahen im Westen ein untergehendes Abendland.

Sozialpolitische Aspekte sind in diese Diskussionen erst eingedrungen durch die Auseinandersetzung Lenins mit den Analysen von Marx. Auf dieser Grundlage entwickelte Lenin den russischem Weg zum Sozialismus / Kommunismus. Erst damit rückten sozialpolitische Fragen in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Diskurse: So etwa der gleiche Lohn für Männer und Frauen, die Begrenzung der Arbeitszeit, Ende der Kinderarbeit, kostenlose Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule, ein kostenloses Gesundheitswesen mit einem weit entwickeltem Vorsorgesystem, Rentenzahlungen zur Verhinderung von Altersarmut und kostengünstiges Wohnen. Auch ein funktionsfähiges Rechtssystem und ein kostengünstiges Transportwesen gehören dazu. All diese Ansprüche wurden nur 20 Jahre nach ihrem Start durch den Überfall Nazideutschlands auf die UdSSR unterbrochen.

Die enge positive oder negative Bindung Russlands an den Westen Europas - zu dem auch die sozialpolitischen Aufgaben gehörten - scheint seit der Mitte der 90er Jahre nach der Auflösung der UdSSR aufgehoben zu sein. Die Entkopplung von Europa geht einher mit nationalistisch-rassistischer Selbstdarstellung, einer Rückbesinnung auf zaristische Großmachtvorstellungen und imperialistische Ansprüche.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Autorenverzeichnis und Links zum Thema:

Borovyk, Mykola

(geb. 1972, Rudnytske/Ukraine) Dr. phil. Historiker, Wissenschaftlicher Projektmitarbeiter Gedenkstätte KZ Sachsenhausen.

Fischer, Dr. Martina (1958) ist promovierte Politikwissenschaftlerin und seit den 1980er Jahren in der Friedensforschung aktiv. Seit 2016 arbeitet sie als Referentin für Frieden und Konfliktbearbeitung bei „Brot für die Welt“. Für die Berghof Foundation in Berlin hat sie sich ab 1998 vor allem mit der Friedensförderung in Nachkriegsgesellschaften und der Rolle von Zivilgesellschaft in der Konflikttransformation beschäftigt.

Glasl, Prof. Dr. Friedrich

(geb. 1941 in Wien) Prof. Dr. Dr.h.c. Friedrich Glasl e.h., Österreichischer Konflikt-/Friedensforscher und Mediator. Glasl erlernte zunächst den Beruf des Schriftsetzers und studierte im Weiteren an der Universität Wien politische Wissenschaften sowie die Nebenfächer Psychologie und Philosophie. 1967 promovierte er mit einer Dissertation zur internationalen Konfliktverhütung. Als Gastprofessor war Glasl an der staatlichen Universität Tbilissi (Georgien) sowie in der Schweiz, in Südafrika, in Russland, in Finnland und in Brasilien tätig. Er war an verschiedenen internationalen Konfliktberatungen beteiligt: Nord-Irland, Süd-Afrika, Sri Lanka, Israel und Palästina, Armenien, Berg-Karabach, mit der OSZE für die Ukraine, Moldavien, Bosnien und Ost-Slavonien
Er lebt derzeit in Salzburg und ist unter anderem an der von ihm mitbegründeten *Trigon-Entwicklungsberatung* tätig.

Greiner, Bernd

(* 1952 in Pirmasens) Historiker, Politikwissenschaftler und Amerikanist. Er studierte von 1971 bis 1978 Geschichte, Politikwissenschaft und Anglistik/Amerikanistik in Marburg/Lahn und Frankfurt am Main, promovierte mit einer Arbeit über den National Security Council unter Harry S. Truman und Dwight D. Eisenhower (In gekürzter Fassung publiziert: *Politik am Rande des Abgrunds? Die Außen- und Militärpolitik der USA im Kalten Krieg*, Heilbronn 1986). Von Dezember 1989 bis Januar 2018 war er beim Hamburger Institut für Sozialforschung beschäftigt und leitete dort von 1994 bis 2013 den Arbeitsbereich „Theorie und Geschichte der Gewalt“. Von März 2015 bis Januar 2018 leitete Greiner das Berliner Center for Cold War Studies.

Mahler , Hermann

attac-Publizist und Aktivist

Teurtrie, David

ist Osteuropaexperte am Institut national des langues et des civilisations orientales (Inalco) und Autor von „Russie. Le retour de la puissance“, Paris (Armand Colin) 2021.

Vorwick, Johannes

(* 1968 in Aschaffenburg) Politikwissenschaftler. Er ist seit 2013 Lehrstuhlinhaber für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und war von 2019 bis 2021 Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik.

Zumach, Andreas

Jahrgang 1954, deutscher Journalist und Publizist, Moderator und Referent war von 1988

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

bis 2020 Schweiz- und UN-Korrespondent für die tageszeitung taz sowie für andere deutsch- und englischsprachige Print-, Rundfunk- und Fernsehmedien. Zumach beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Themen des Völkerrechts, der Menschenrechtspolitik, der Sicherheitspolitik, der Rüstungskontrolle und internationaler Organisationen. Im Jahr 2009 wurde ihm der Göttinger Friedenspreis verliehen.

Links zum Thema:

<https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/233440/meinung-der-westen-traegt-eine-mitverantwortung-fuer-die-ukraine-krise/>

<https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/273132/snd-impulse-fuer-eine-entschlossene-und-besonnene-reaktion-auf-putins-krieg-19.03.2022.pdf>

Viele aktuelle Texte im Netzwerk Friedenskooperative:

www.friedenskooperative.de/friedensforum/startseite

Erklärung aus Italien

Italienisches Netzwerk Frieden und Abrüstung

<https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/fuer-ein-europa-des-friedens>

<https://www.attac.de/das-ist-attac/organisation/kokreis/stellungnahmen/11-maerz-2022-erklaerung-zum-ukraine-krieg>

"Stoppt die Eskalation“:

https://ohne-ruestung-leben.de/fileadmin/user_upload/zeitung/orl-info-180.pdf

„Weshalb Waffenlieferungen ein falscher Weg sind“:

<https://www.imi-online.de/2022/03/07/ukraine-krieg/>

Oskar Lafontaine, 30. 08. 2022:

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/oskar-lafontaine-deutschland-handelt-im-ukraine-krieg-als-vasall-der-usa-li.261471>

Umfrage Mai 2022: Nur 22 Prozent der Europäer sind für die Fortsetzung des Krieges bis zu einer Niederlage Russlands:

<https://www.infosperber.ch/politik/ukraine-krieg-spaltet-europaer/>

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Links über Friedensbemühungen: **- eine Auswahl -**

Die deutsche Sektion der IPPNW („Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung“) hat eine Sammlung von Vorschlägen und Möglichkeiten für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zusammengestellt, die regelmäßig aktualisiert wird. Sie ist einzusehen unter:

https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt.pdf

Friedensgutachten 2022 der vier führenden deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstitute

https://www.friedensgutachten.de/user/pages/02.2022/02.ausgabe/01.Gutachten_Gesamt/Friedensgutachten%202022%20E-Book.pdf

IPPNW: Hamburger Erklärung, Mai 2022

<https://neue-entspannungspolitik.berlin/hamburger-erklaerung-der-ippnw-im-sturm-den-friedenskurs-halten/>

Positionspapier Bundesausschuss Friedensratschlag, Juni 2022

<https://friedensratschlag.de/2022/06/baf-positionspapier-ukrainekrieg/>

Weizenlieferungen: Artikel in Le Monde diplomatique (LMD):

„Weniger Brot für die Welt“, <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5852179>
und „Neue Wege für den Weizen“ Juli-Ausgabe von LMD

Den Vortrag von Prof. Dr. Glasl „Konfliktdynamik und Friedenschancen in der Ukraine“ finden Sie u.a. unter:

<https://rohanda.de/konfliktdynamik-und-friedenschancen-in-der-ukraine-online-vortrag-mit-friedrich-glasl/>

oder unter: <https://www.youtube.com/watch?v=qOXmlyY4LAc>

Minsk II

ist ein Maßnahmenkomplex zur Umsetzung der Vereinbarungen von [Minsk I](#).

1. Unverzüglicher und allseitiger Waffenstillstand in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Luhansk der Ukraine und dessen striktes Befolgen ab 00 Uhr 00 Minuten (Kiewer Zeit) am 15. Februar 2015.
2. Abzug aller schweren Waffen durch beide Seiten, auf gleiche Entfernung, um eine Sicherheitszone mit einer Breite von mindestens 50 Kilometern Abstand für Artilleriesysteme mit einem Kaliber von 100 mm und mehr, eine Sicherheitszone von 70 Kilometern Breite für Raketenartillerie-Systeme und einer Breite von 140 Kilometern für Raketenartillerie des russischen Typs [Tornado-S](#) sowie der Typen [Uragan](#), [Smertsch](#) und taktische Systeme vom Typ [Totschka](#) zu gewährleisten:
3. Für ukrainische Streitkräfte: Gemessen von der faktischen Berührungslinie;
4. Für die bewaffneten Verbände einzelner Gebiete der Oblast Donezk und Lugansk der Ukraine: gemessen von der Berührungslinie vom 19. September 2014.
5. Der Abzug der oben angeführten schweren Waffensysteme darf nicht später als am zweiten Tag des Waffenstillstands beginnen und muss innerhalb von 14 Tagen abgeschlossen sein. Dieser Prozess wird durch die OSZE und die Dreiseitige Kontaktgruppe unterstützt.
6. Es ist ein effizientes Monitoring und eine Verifizierung des Waffenstillstands und des Abzugs der schweren Waffensysteme von Seiten der OSZE durchzuführen, beginnend mit dem ersten Tag des Abzugs der Waffensysteme, unter Einbezug aller notwendigen technischen Mittel, einschließlich von Satelliten, Drohnen, Ortungssystemen usw.
7. Am ersten Tag nach dem Abzug [der schweren Waffen] ist ein Dialog über die Modalitäten der Durchführung regionaler Wahlen, in Entsprechung mit der ukrainischen Gesetzgebung und dem ukrainischen Gesetz „Über die zeitweilige Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk“ zu beginnen, ebenso über den künftigen Status dieser Gebiete, auf der Grundlage des genannten Gesetzes.
8. Es ist unverzüglich, innerhalb von 30 Tagen nach der Unterzeichnung dieses Dokuments, von der Obersten Rada der Ukraine ein Beschluss darüber zu verabschieden, bei dem das Territorium bezeichnet wird, auf das sich die besonderen Regelungen in Entsprechung mit dem ukrainischen Gesetz „Über die zeitweilige Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk“ beziehen,

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

- [und das] auf Grundlage der Linie, die im Minsker Memorandum vom 19. September 2014 definiert ist.
9. Es hat eine Begnadigung und Amnestie zu erfolgen, indem ein Gesetz verabschiedet wird, das eine Verfolgung und Bestrafung von Personen verbietet, die in Zusammenhang mit den Ereignissen stehen, welche in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk der Ukraine stattgefunden haben.
 10. Es ist eine Befreiung und ein Austausch aller Geiseln und unrechtmäßig festgehaltener Personen nach dem Prinzip „alle gegen alle“ vorzunehmen. Dieser Prozess muss spätestens am fünften Tag nach dem Abzug [der schweren Waffen] abgeschlossen sein.
 11. Es ist auf Grundlage internationaler Mechanismen für sicheren Zugang, Lieferung, Lagerung und Verteilung humanitärer Hilfsgüter für Bedürftige zu sorgen.
 12. Wiederherstellung sozialer und wirtschaftlicher Verbindungen mit Kiew.
 13. Es werden Modalitäten festgelegt, auf welche Weise die vollständige Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Verbindungen vorgenommen werden wird, einschließlich der Überweisung von Sozialleistungen wie Rentenzahlungen und anderer Zahlungen (Zugänge und Einkünfte, rechtzeitige Bezahlung aller kommunalen Rechnungen, Wiederherstellung der Besteuerung im Rahmen des Rechtsfelds der Ukraine).
 14. Zu diesem Zweck wird die Ukraine die Arbeit ihres Bankensystems in den Gebieten wieder herstellen, die durch den Konflikt berührt sind und es wird möglicherweise ein internationaler Mechanismus geschaffen werden, der solche Überweisungen erleichtert.
 15. Es wird die vollständige Kontrolle über die Staatsgrenze von Seiten der ukrainischen Regierung im gesamten Konfliktgebiet wiederhergestellt, beginnend mit dem ersten Tag nach der Durchführung regionaler Wahlen, abgeschlossen nach einer allseitigen politischen Beilegung (regionale Wahlen in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk auf Grundlage des Gesetzes der Ukraine und einer Verfassungsreform) bis zum Ende des Jahres 2015, unter der Bedingung einer Umsetzung von Punkt 11 – durch Konsultationen und Abstimmung mit den Vertretern einzelner Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk im Rahmen der Dreiseitigen Kontaktgruppe.
 16. Abzug aller ausländischen bewaffneten Einheiten und von [deren] Militärtechnik, ebenso von Söldnern, vom Territorium der Ukraine unter Beobachtung durch die OSZE. Entwaffnung aller illegalen Gruppierungen.
 17. Durchführung einer Verfassungsreform in der Ukraine und Inkrafttreten einer neuen Verfassung bis Ende 2015. [Diese Verfassung muss] als Schlüsselement eine Dezentralisierung

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

(unter Berücksichtigung der Besonderheiten einzelner Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk) aufweisen, die mit den Vertretern dieser Gebiete abgestimmt ist, ebenso die Verabschiedung eines ständigen Gesetzes über den besonderen Status einzelner Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk in Entsprechung mit Maßnahmen, die in den Anmerkungen aufgeführt sind¹, bis zum Ende des Jahres 2015.

18. Auf Grundlage des ukrainischen Gesetzes „Über die zeitweilige Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk“ sind Fragen, welche regionale Wahlen betreffen, mit den Vertretern der einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk im Rahmen der Dreiseitigen Kontaktgruppe zu besprechen. Die Wahlen werden unter Einhaltung der entsprechenden OSZE-Standards und unter Beobachtung von Seiten des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte durchgeführt.
19. Die Arbeit der Dreiseitigen Kontaktgruppe wird intensiviert, darunter durch die Schaffung von Arbeitsgruppen zur Umsetzung entsprechender Aspekte der Minsker Vereinbarungen. Diese [Arbeitsgruppen] werden in ihrer Zusammensetzung die Zusammensetzung der Dreiseitigen Kontaktgruppe widerspiegeln.[\[25\]](#)[\[26\]](#)

Darüber hinaus wollen Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine ein Aufsichtsgremium aus Diplomaten zur Kontrolle der Umsetzung des Waffenstillstands installieren, das regelmäßig zusammen-treffen soll.[\[20\]](#)

Das Abkommen wurde vom damaligen französischen Präsidenten [François Hollande](#), der damaligen deutschen Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#), dem damaligen ukrainischen Präsidenten [Petro Poroschenko](#) sowie dem russischen Präsidenten [Wladimir Putin](#) ausgehandelt und von den Teilnehmern der Trilateralen Kontaktgruppe am 12. Februar 2015 unterzeichnet. Vertragspartner als Unterzeichnende waren 2015: der frühere Präsident der Ukraine [Leonid Kutschma](#), der Botschafter der Russischen Föderation in der Ukraine [Michail Surabow](#), die Milizenführer der selbstproklamierten „Volksrepubliken“ [Luhansk](#) bzw. [Donezk](#) [Igor Plotnizki](#) bzw. [Alexander Sachartschenko](#) sowie die [OSZE](#)-Beauftragte [Heidi Tagliavini](#).

Das Abkommen von Minsk ist ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag, welcher durch die UN-Resolution Nr.2202 des UN-Sicherheitsrates vom 17. 2. 2015 beschlossen wurde.

**Raus aus der Eskalationsspirale!
Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland
(5.12.2021)**

Mit allergrößter Sorge beobachten wir die sich abermals verstärkende Eskalation im Verhältnis zu Russland. Wir drohen in eine Lage zu geraten, in der ein Krieg in den Bereich des Möglichen rückt. Von dieser Lage kann niemand profitieren, und dies liegt weder in unserem noch im russischen Interesse. Es gilt deshalb jetzt alles zu tun, um die Eskalationsspirale zu durchbrechen. Ziel muss es sein, Russland und auch die NATO wieder aus einem konfrontativen Kurs herauszuführen. Es bedarf einer glaubwürdigen Russlandpolitik der NATO und der EU, die nicht gutgläubig-naiv oder beschwichtigend, sondern interessengeleitet und konsequent ist. Jetzt ist nüchterne Realpolitik gefragt.

Fest steht: Die Drohgebärden Russlands gegenüber der Ukraine und das Imponiergehabe gegenüber NATO-Staaten in Übungen und insbesondere durch Aktivitäten der nuklearen Kräfte sind inakzeptabel. Dennoch führen Empörung und formelhafte Verurteilungen nicht weiter. Eine einseitig auf Konfrontation und Abschreckung setzende Politik ist nicht erfolgreich; wirtschaftlicher Druck und die Verschärfung von Sanktionen haben – dies zeigt die Erfahrung der vergangenen Jahre – Russland nicht zur Umkehr bewegen können. Vielmehr sieht sich Russland aufgrund der westlichen Politik herausgefordert und sucht durch aggressives Auftreten die Anerkennung als Großmacht auf Augenhöhe mit den USA sowie die Wahrung seines Einflussbereiches im postsowjetischen Raum. Damit steigen die Gefahren für die russische Wirtschaft (Ausschluss aus dem SWIFT-System) und einer Destabilisierung der Sicherheitslage besonders in Europa deutlich.

All dies darf seitens des Westens nicht als Entschuldigung für tatenloses Zusehen oder für die Akzeptanz der Eskalationsverstärkung verstanden werden. Die NATO sollte aktiv auf Russland zugehen und auf eine Deeskalation der Situation hinwirken. Hierzu sollte auch ein Treffen ohne Vorbedingungen auf höchster Ebene nicht ausgeschlossen werden. Wir brauchen im Grundsatz einen vierfachen politischen Ansatz:

- **Erstens:** Eine hochrangige Konferenz, die auf der Grundlage der fortbestehenden Gültigkeit der Helsinki-Schlussakte 1975, der Charta von Paris 1990 und der Budapester Vereinbarung von 1994, aber ohne Vorbedingungen und in unterschiedlichen Formaten und auf verschiedenen Ebenen über das Ziel einer Revitalisierung der europäischen Sicherheitsarchitektur berät.
- **Zweitens:** Solange diese Konferenz tagt – und dafür wäre realistischerweise ein Zeitraum von mindestens zwei Jahren anzusetzen –, sollte auf jede militärische Eskalation auf beiden Seiten verzichtet werden. Es sollten der Verzicht auf eine Stationierung von

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

zusätzlichen Truppen und die Errichtung von Infrastruktur auf beiden Seiten der Grenze der Russischen Föderation zu ihren westlichen Nachbarn ebenso wie die vollständige beiderseitige Transparenz bei Militärmanövern vereinbart werden. Außerdem müssen Fachdialoge auf militärischer Ebene revitalisiert werden, um eine Risikominimierung zu betreiben.

- **Drittens:** Der NATO-Russland-Dialog sollte auf politischer und militärischer Ebene ohne Konditionen wiederbelebt werden. Dazu zählt auch ein Neuansatz für die europäische Rüstungskontrolle. Nach Wegfall für die Sicherheit Europas wesentlicher Vereinbarungen (INF-Vertrag, KSE-Vertrag, Vertrag über den offenen Himmel) ist es angesichts der russischen Truppenkonzentrationen an der Grenze zur Ukraine vordringlich, gezielt Maßnahmen zur Schaffung von mehr Transparenz, zur Förderung von Vertrauen durch Verstärkung von Kontakten auf politischen und militärischen Ebenen sowie zur Stabilisierung regionaler Konfliktsituationen zu vereinbaren.

- **Viertens:** Es sollte trotz der derzeitigen Lage über weitergehende ökonomische Kooperationsangebote nachgedacht werden. Der Rückgang der Bedeutung fossiler Energieträger, von deren Export die russische Wirtschaft stark abhängt, birgt die Gefahr wachsender wirtschaftlicher Risiken für Russland, die wiederum politische Instabilitäten bedingen könnten. Wirtschaftliche Zusammenarbeit könnte einen wichtigen Beitrag zu europäischer Stabilität leisten und zudem ein Anreiz für Russland zur Rückkehr zu einer kooperativen Politik gegenüber dem Westen sein.

Es müssen mithin win-win-Situationen geschaffen werden, die die derzeitige Blockade überwinden. Dazu gehört die Anerkennung der Sicherheitsinteressen beider Seiten. Mit Rücksicht darauf sollte in Fragen der künftigen Mitgliedschaften in NATO, EU und CSTO für die Dauer der Konferenz ein Freeze vereinbart werden. Dies würde keinen Verzicht auf die Einforderung grundlegender in der OSZE vereinbarter Standards bedeuten. Das mag für viele nicht einfach sein und auch nicht der reinen Lehre entsprechen. Aber jede Alternative ist deutlich schlechter. Deutschland kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Deutschland sollte alles unterlassen, was seine feste Verankerung im transatlantischen Verbund schwächen könnte, sollte auf De-Eskalation hinwirken und auf Vereinbarungen dringen, die den Einsatz militärischer Mittel in Europa jenseits der Bündnisverteidigung ausschließen. Dies sollte nicht als Einladung an Russland zur Veränderung des territorialen Status quo in Europa missverstanden werden, aber es gibt für die Ukraine-Krise keine militärische Lösung, die nicht zu einer unkontrollierbaren Eskalation führt.

Unterzeichner:

Botschafter a.D. Ulrich Brandenburg, Deutscher Botschafter bei der NATO (2007-2010) und in Russland (2010-2014); Prof. Dr. Michael Brzoska, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (2006-2016); Brigadegeneral a.D. Helmut Ganser, Abteilungsleiter Militärpolitik bei der deutschen NATO-Vertretung in Brüssel (2004-2008); Prof. Dr. Jörn Hoppel,

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg; Botschafter a.D. Hans-Dieter Heumann, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (2011-2015); Botschafter a.D. Hellmut Hoffmann, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Genfer Abrüstungskonferenz (2009-2013); Botschafter a.D. Heiner Horsten, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE in Wien (2008-2012); Brigadegeneral a.D. Hans Hübner, Kommandeur des Zentrums für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (1999-2003); Prof. Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Direktor des Instituts für Theologie und Frieden; Stephan Klaus, Sprecher der JungenGSP; Generalleutnant a.D. Dr. Ulf von Krause, Befehlshaber des Streitkräfteunterstützungskommandos der Bundeswehr (2001-2005); Botschafter a.D. Rüdiger Lüdeking, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE in Wien (2012-2015); Prof. Dr. Gerhard Mangott, Universität Innsbruck; General a.D. Klaus Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr (1991-1996) und Vorsitzender des NATO- Militärausschusses (1996-1999); Prof. em. Dr. August Pradetto, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg; Roger Näbig, Blog Konflikte und Sicherheit; Prof. Dr. Götz Neuneck, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (2009-2019); Jessica Nies, Sprecherin der Jungen GSP; Oberst a.D. Harry Preetz, Landesvorsitzender Bereich I der Gesellschaft für Sicherheitspolitik; Oberst a.D. Wolfgang Richter, Stiftung Wissenschaft und Politik, Leitender Militärberater bei der deutschen OSZE-Vertretung (2005-2009); Oberst a.D. Richard Rohde, Sektionsleiter Bonn der Gesellschaft für Sicherheitspolitik; Botschafter a.D. Dr. Johannes Seidt, Chefinspekteur des Auswärtigen Amts 2014 bis 2017; Brigadegeneral a.D. Reiner Schwalb, Verteidigungsattaché an der deutschen Botschaft Moskau (2011-2018); Prof. Dr. Michael Staack, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg; Brigadegeneral a.D. Armin Staigis, Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (2013-2015); Prof. Dr. Johannes Varwick, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Dr. Wolfgang Zellner, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (2009-2019).

ViSdP: Johannes Varwick, Herderstr. 15., 10625 Berlin; post@johannes-varwick.de

Ukraine-Krise: Eskalation mit Ansage

von David Teurtrie, 10.02.2022, Le Monde Diplomatique

Die aktuellen Spannungen haben eine lange Vorgeschichte, die mit dem Ende des Kalten Kriegs begann und sich mit der Osterweiterung der Nato fortsetzte. Die EU hat bei dieser Entwicklung zu keinem eigenen gemeinsamen Standpunkt gefunden, sondern sich für US-amerikanische Interessen einspannen lassen.

Das Säbelrasseln im Osten Europas hat die Regierungen des Westens aufgeschreckt. Russland zieht starke Truppen an der ukrainischen Grenze zusammen und hat den USA zwei Vertragsentwürfe zur Reform der Sicherheitsarchitektur in Europa vorgelegt, die den Schutz seiner territorialen Integrität garantieren sollen. Darin wird verlangt, dass die Nato sich nicht weiter nach Osten ausdehnt, dass die westlichen Truppen Osteuropa verlassen und dass die USA ihre Atomwaffen aus Europa abziehen.

Die Forderungen können in dieser Form nicht erfüllt werden, entsprechend ablehnend fiel die Antwort Washingtons aus. Dadurch wächst die Gefahr einer russischen Militärintervention in der Ukraine. Die aktuelle Situation wird nun auf zwei sehr unterschiedliche Weise interpretiert: Die einen glauben, Moskau erhöhe den Druck, um Zugeständnisse von Washington und den Europäern zu erzwingen. Die anderen unterstellen, Moskau suche einen Vorwand, um in der Ukraine zur Tat zu schreiten. Bei beiden Szenarien stellt sich die Frage, warum Putin gerade diesen Moment für ein Kräftemessen gewählt hat. Warum spielt er dieses riskante Spiel und warum jetzt?

Seit 2014 hat Russland mehrere Maßnahmen ergriffen, um seine Wirtschaft gegen Schocks zu wappnen, insbesondere den Banken- und Finanzsektor. Der Dollar-Anteil an den Reserven der Zentralbank wurde reduziert. Die nationale Geldkarte Mir steckt heute im Portemonnaie von 87 Prozent der Russinnen und Russen. Sollten die USA ihre Drohung wahr machen, Russland vom westlichen Swift-System abzukoppeln, wie sie es 2012 und 2018 mit Iran getan haben, könnten die Geldströme zwischen russischen Banken und Unternehmen über eine lokale Zahlungsinfrastruktur abgewickelt werden.

Falsche Versprechen an Gorbatschow

Russland fühlt sich also besser gerüstet, um im Fall eines Konflikts harte Sanktionen auszuhalten. Zudem hat die letzte Mobilisierung der russischen Armee an der ukrainischen Grenze – im Frühjahr 2021 – zur Neuauflage des russisch-amerikanischen Dialogs über strategische

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Fragen und Cybersicherheit geführt. Auch diesmal meint der Kreml offenbar, der Aufbau von Spannungen sei das einzige Mittel, um im Westen gehört zu werden, und die neue US-Regierung sei bereit, noch mehr Zugeständnisse zu machen, um sich auf die wachsende Konfrontation mit China zu konzentrieren.

Putin will offenbar vor allem den westlichen Plan durchkreuzen, die Ukraine zu einem – wie er es nennt – „nationalistischen Anti-Russland“ zu machen.¹ Eigentlich hatte der russische Präsident auf das Minsker Protokoll von 2014 und das Umsetzungsabkommen vom Februar 2015 gehofft, um sich über den Umweg der Donbass-Republiken ein Mitspracherecht in der ukrainischen Politik zu sichern. Das Gegenteil ist geschehen: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ist an einem toten Punkt angelangt.

Die Wahl von Präsident Volodimir Selenski im April 2019 hatte in Moskau die Hoffnung auf bessere Beziehungen zu Kiew geweckt, aber er hat die von seinem Vorgänger eingeleitete Politik des Bruchs mit der „russischen Welt“ noch verstärkt. Außerdem wird die militärisch-technische Kooperation zwischen der Ukraine und der Nato immer enger. Die Türkei, selbst Nato-Mitglied, hat Kiew sogar Kampfdrohnen geliefert, weshalb Moskau befürchtet, die Ukraine könnte eine militärische Rückeroberung des Donbass versuchen.

Putin will also die Initiative ergreifen, solange noch Zeit ist. Doch unabhängig von den kurzfristigen Faktoren wie dem russischen Truppenaufmarsch, die zu den gegenwärtigen Spannungen geführt haben: Es bleibt festzustellen, dass Russland lediglich Forderungen aktualisiert hat, die es seit dem Ende des Kalten Kriegs immer wieder vorgebracht hat, ohne dass der Westen sie für akzeptabel oder zumindest legitim angesehen hätte.

Das Missverständnis reicht zurück bis zum Zusammenbruch des Ostblocks 1991. Es wäre nur logisch gewesen, wenn das Verschwinden des Warschauer Pakts zur Auflösung der Nato geführt hätte, die ja in Reaktion auf die „sowjetische Bedrohung“ gegründet worden war. Den ehemaligen Ostblockstaaten, die sich dem Westen annähern wollten, hätte man auch alternative Formate zur Integration anbieten können.

Der Moment war günstig, weil die russische Elite die Liquidierung ihres Reichs ohne jede Gegenwehr hingenommen hatte und so prowestlich eingestellt war wie noch nie.² Es fehlte auch nicht an anderen Vorschlägen, etwa vonseiten Frankreichs, die aber unter dem Druck aus Washington aufgegeben wurden. Die USA wollten sich ihren „Sieg“ nicht nehmen lassen und forcierten die Osterweiterung der euro-atlantischen Strukturen, um ihre Dominanz in Europa zu festigen. Dabei hatten sie einen gewichtigen Verbündeten in Deutschland, das auf seinen Einfluss in Mitteleuropa aus war.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Ab 1997 wurde die Nato-Osterweiterung umgesetzt, obwohl der Westen Gorbatschow 1990 versprochen hatte, dazu werde es nicht kommen.³ In den USA gab es kritische Stimmen von prominenter Seite. Der Historiker George Kennan, der als Architekt der Eindämmungspolitik gegenüber der UdSSR galt, sagte die ebenso logischen wie schädlichen Konsequenzen dieser Entscheidung voraus: „Die Nato-Erweiterung wäre der folgenschwerste Fehler der amerikanischen Politik seit dem Ende des Kalten Krieges. Es ist damit zu rechnen, dass diese Entscheidung nationalistische, antiwestliche und militaristische Tendenzen in der russischen Öffentlichkeit schürt, einen neuen Kalten Krieg in den Ost-West-Beziehungen auslöst und die russische Außenpolitik in eine Richtung drängt, die überhaupt nicht unseren Wünschen entspricht.“⁴

1999 feierte die Nato mit großem Pomp ihren 50. Gründungstag, setzte ihre erste Osterweiterung (Ungarn, Polen und Tschechische Republik) um und kündigte an, der Prozess werde fortgesetzt. Zur gleichen Zeit begann die Nato ihren Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, wodurch aus dem Verteidigungsbündnis eine Angriffsallianz wurde, die internationales Recht missachtete. Da der Krieg gegen Belgrad ohne UN-Mandat geführt wurde, konnte Moskau eins seiner letzten Machtinstrumente, das Vetorecht im Sicherheitsrat, nicht einsetzen.

Die russische Elite, die auf die Annäherung ihres Landes an den Westen gesetzt hatte, fühlte sich verraten: Russland – damals noch regiert von Boris Jelzin, der maßgeblich an der Auflösung der Sowjetunion beteiligt gewesen war – wurde nicht als Partner behandelt, den man für seinen Beitrag zum Ende des kommunistischen Systems belohnen muss, sondern als großer Verlierer des Kalten Kriegs, der den geopolitischen Preis dafür zu zahlen hat.

Paradoxerweise stabilisierte Putins Machtantritt im Jahr 2000 zunächst die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. Der neue russische Präsident bezeugte Washington nach den Attentaten vom 11. September 2001 mehrfach seinen guten Willen. Er akzeptierte die vorübergehende Einrichtung von US-Militärbasen in Zentralasien und befahl die Schließung der Stützpunkte auf Kuba sowie den Rückzug russischer Soldaten aus dem Kosovo. Im Gegenzug wünschte sich Moskau, der Westen möge akzeptieren, dass der postsowjetische Raum, den Russland als „nahes Ausland“ bezeichnete, russischer Verantwortungsbereich bleibe.

Während die Beziehungen mit Europa, vor allem mit Frankreich und Deutschland, relativ gut waren, häuften sich die Missverständnisse mit den USA. Die Irak-Invasion der US-Truppen 2003 ohne Zustimmung der UN wurde von Paris, Berlin und Moskau gleichermaßen verurteilt. Der gemeinsame Widerspruch der drei

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

wichtigsten Mächte des europäischen Kontinents verstärkte in Washington die Befürchtung, eine russisch-europäische Annäherung könnte der US-amerikanischen Hegemonie schaden.

In den folgenden Jahren kündigten die USA an, Elemente ihres Raketenschildes in Osteuropa stationieren zu wollen. Das widersprach der Nato-Russland-Grundakte von 1997, die Moskau garantierte, der Westen werde keine neue ständige militärische Infrastruktur in Osteuropa stationieren. Die USA stellten auch die Abkommen zur atomaren Abrüstung infrage. Im Dezember 2001 kündigten sie den ABM-Vertrag von 1972.

Die farbigen Revolutionen im postsowjetischen Raum wurden von Moskau als von Washington orchestrierte Operationen wahrgenommen, um vor den Toren Russlands prowestliche Systeme zu errichten. War das eine legitime Befürchtung oder ein Komplex der einstigen Besatzer?

Jedenfalls übte Washington im April 2008 starken Druck auf seine europäischen Verbündeten aus, damit sie den Wunsch der Regierungen in Tiflis und Kiew nach einem Nato-Beitritt guthießen, obwohl sich die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung sogar gegen einen Beitritt aussprach. Gleichzeitig trieben die USA die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo voran, was eine erneute Verletzung des internationalen Rechts darstellte, da es sich damals völkerrechtlich noch um eine serbische Provinz handelte.

Nachdem der Westen die Pandora-Büchse des Interventionismus geöffnet und die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa infrage gestellt hatte, reagierte Russland 2008 mit einer Militärintervention in Georgien und erkannte die Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien an. Damit signalisierte der Kreml, dass er zu allem bereit war, um eine weitere Ostausdehnung der Nato zu verhindern. Mit dem Angriff auf die territoriale Integrität Georgiens verletzte auch Russland internationales Recht.

Mit der Ukrainekrise wuchs der russische Groll ins Unermessliche. Ende 2013 unterstützten Europäer und Amerikaner die Euromaidan-Proteste, die zum Sturz von Präsident Wiktor Janukowitsch führten. Dabei hatte dessen Wahl 2010 den demokratischen Standards entsprochen, was auch die OECD-Wahlbeobachter bestätigt hatten. Nach Moskauer Lesart handelte es sich um einen vom Westen unterstützten Staatsstreich, durch den man die Ukraine ins eigene Lager ziehen wollte.

Die russische Intervention in der Ukraine – die Annexion der Krim und die kaum verhohlene militärische Unterstützung der Separatisten im Donbass – wurde vom Kreml als legitime Antwort auf den prowestlichen Handstreich in Kiew dargestellt. Die Regierungen im Westen sahen darin wiederum eine nie dagewesene Infragestellung der internationalen Ordnung nach dem Ende des Kalten Kriegs.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Das im September 2014 unterzeichnete Protokoll von Minsk bot Frankreich und Deutschland die Gelegenheit, eine Verhandlungslösung für den Donbass-Konflikt zu suchen. Es bedurfte also eines bewaffneten Konflikts in Europa, damit Paris und Berlin aus ihrer Untätigkeit erwachten. Sieben Jahre später ist der Prozess festgefahren. Kiew lehnt weiterhin die Autonomie für den Donbass ab, die das Abkommen vorsieht.

Da Frankreich und Deutschland nicht darauf reagieren, müssen sie sich vom Kreml vorwerfen lassen, die ukrainische Position zu teilen. Vor diesem Hintergrund versucht Putin nun, direkt mit den USA zu verhandeln, in denen er die eigentlichen Paten Kiews sieht.

Moskau hat schon früher sein Unverständnis darüber geäußert, dass die EU alle Entscheidungen der USA, auch die umstrittensten, hinnimmt, ohne zu reagieren. So war es auch beim Rückzug Washingtons aus dem INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme im Februar 2019. Gegen diesen Rückzug hätte man in den europäischen Hauptstädten schon allein deshalb protestieren müssen, weil sie potenziell die ersten Ziele dieser Waffen wären.

Zaungast Europa

Nach Ansicht der Politikwissenschaftlerin und Spezialistin für russische Sicherheitspolitik Isabelle Facon hat Moskau immer wieder und mit spürbarer Verärgerung konstatiert, „dass die europäischen Staaten außerstande sind, eine strategische Autonomie gegenüber den USA zu entwickeln, und sich weigern, angesichts der Verschlechterung der strategischen und internationalen Situation ihre Verantwortung wahrzunehmen.“⁵

Noch erstaunlicher war, dass die EU Treffen mit Putin auch dann noch ablehnte, als Russen und Amerikaner schon wieder über strategische Fragen zu reden begannen. Im Januar und Februar 2021 verpflichteten sich Putin und Biden, den New-START-Vertrag zur Reduzierung der Atomwaffen um fünf Jahre zu verlängern. Und im Juni 2021 trafen sich die beiden Präsidenten auch persönlich. Zeitgleich hatten Deutschland und Frankreich für einen EU-Russland-Gipfel geworben, die Initiative wurde allerdings von Polen und den baltischen EU-Mitgliedstaaten abgelehnt.

Die Verweigerung eines Dialogs durch die EU unterscheidet sich grundsätzlich von ihrer Haltung gegenüber ihrem anderen großen Nachbarn, der Türkei. Trotz deren militärischen Aktivitäten (Besetzung von Nordzypern und eines Teils des syrischen Territoriums, Entsendung von Truppen in den Irak, nach Libyen und in den Kaukasus) konnte sich Brüssel bisher nicht zu Sanktionen gegen das autoritäre Erdoğan-Regime durchringen, das auch ein Verbündeter der Ukraine ist.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Bei Russland hingegen werden die Europäer nicht müde, mit neuen Restriktionen zu drohen. Gegenüber der Ukraine wiederholen sie die Nato-Formel der geöffneten Tür, obwohl sich die großen europäischen Staaten, allen voran Frankreich und Deutschland, in der Vergangenheit dagegen ausgesprochen haben und im Grunde keineswegs vorhaben, die Ukraine in ihr Militärbündnis aufzunehmen.

Die Krise in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen beweist, dass die Sicherheit Europas nicht ohne oder gar gegen Russland gewährleistet werden kann. Die USA fördern Russlands Ausgrenzung jedoch nach Kräften, weil sie ihre Hegemonie in Europa verstärkt. Den Westeuropäern, insbesondere Frankreich, hat es an Visionen und politischem Mut gefehlt, um die gefährlichsten Provokationen der USA zu blockieren und einen institutionellen Rahmen vorzuschlagen, der Russland einschließt und mit dem sich neue Bruchlinien auf dem Kontinent verhindern lassen.

Ein Ergebnis dieses transatlantischen Mitläufertums ist, dass die Europäer von den USA schlecht behandelt werden. Der nicht abgestimmte Rückzug aus Afghanistan oder die Vereinbarung einer Militärallianz im Pazifik ohne Absprache mit Frankreich sind nur die letzten Unverschämtheiten in einer langen Reihe. Inzwischen ist die EU nur noch ein besserer Zaungast bei den russisch-amerikanischen Verhandlungen über die Sicherheit des Alten Kontinents – und das vor dem Hintergrund eines drohenden Kriegs in der Ukraine.

[1 Siehe Wadimir Putin, „De l’unité historique des Russes et des Ukrainiens“, Website der russischen Botschaft in Frankreich, 12. Juli 2021.](#)

[2 Siehe Héléne Richard, „Als Moskau von Europa träumte“, LMD, September 2018.](#)

[3 Siehe Philippe Descamps, „Falsche Versprechen“, LMD, September 2018.](#)

[4 George F. Kennan, „A fateful error“, The New York Times, 5. Februar 1997.](#)

[5 Isabelle Facon, „La Russie et l’Occident: un éloignement grandissant au cœur d’un ordre international polycentrique“, in: „Regards de l’Observatoire franco-russe“, L’Observatoire, Moskau 2019.](#)

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz, Le Monde diplomatique vom 10.02.2022, von David Teurtrie

Teurtrie, David ist Osteuropaexperte am Institut national des langues et des civilisations orientales (Inalco) und Autor von „Russie. Le retour de la puissance“, Paris (Armand Colin) 2021.

**„NATO-Osterweiterung – Wer wem wann was in den
1990er Jahren versprach,
und warum diese Frage bis heute relevant ist“ von
Andreas Zumach, 17. Januar 2022**

Am 6. Dezember 2021, dem Tag vor der Videokonferenz zwischen den Präsidenten Russlands und der USA, Wladimir Putin und Joe Biden, hatte ich [in einem Kommentar in der „tageszeitung“ \(taz\)](#) unter der Überschrift „Beide Seiten müssen deeskalieren“ geschrieben:

„Entgegen dem im Westen weitverbreiteten Narrativ begann die Verschlechterung der Beziehungen nicht erst mit Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim im März 2014, sondern bereits mit der NATO-Osterweiterung, die ab 1996 vollzogen wurde. Es wurde das Versprechen gebrochen, das US-Außenminister James Baker, Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow Anfang Februar 1990 nachweislich gegeben hatten. Die Osterweiterung war ein schwerer historischer Fehler der Nato.“

Dieser Kommentar, insbesondere mein Satz über das nachweislich gegebene und gebrochene Versprechen, löste eine große Zahl von Kommentaren auf taz-online und anderswo aus, in denen das gegebene Versprechen – sei es aus Unkenntnis der Fakten oder wider besseres Wissen – bestritten und abgetan wurde als „Hirngespinnst“ oder als „irgendein angebliches Geschwätz von Genscher“.

In einer ausführlichen Mail reagierte ein von mir sehr geschätzter Journalistenkollege und ehemaliger Chefredakteur der taz. Nachfolgend meine ausführliche Antwort.

Lieber T.

Danke für Deine ausführliche Mail zu meinem Kommentar in der taz vom 6.12.2021. Zunächst zu Deinen Fragen und Zweifeln, ob und in welcher Form es das von mir als „nachweislich“ beschriebene Versprechen gegeben hat.

Für mich gibt es überhaupt keinen Zweifel daran, daß – so wie ich es in meinem Kommentar geschrieben habe – US-Aussenminister James Baker, Bundeskanzler Helmut Kohl und Aussenminister Hans-Dietrich Genscher bei ihren Moskauer Gesprächen mit Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse am 8./9. und 10. Februar 1990 das Versprechen gegeben haben, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Entsprechend haben sich damals auch andere Regierungsmitglieder und Diplomaten der USA, der Bundesrepublik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens sowie der damalige NATO-Generalsekretär Wörner geäußert – sowohl gegenüber der Regierung in Moskau, wie gegenüber Regierungen ost/mitteleuropäischer Staaten wie Polen und der CSSR als auch öffentlich. Dafür gibt es zahlreiche Belege und Zeugen. Die wichtigsten:

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

1) Von der Geheimhaltung freigegebene Dokumente des National Security Archive der USA

Beschrieben in einem Artikel unter der Überschrift

„NATO-Expansion: Who promised what to Whom“

Teil 1: [„What Gorbatschow heard western leaders say“](#)

Teil 2: [„What Yeltsin heard“](#)

Dieser 2. Teil behandelt die Zeit der Jelzin-Regierung ab 1991. Aus den Dokumenten wird deutlich, wie Jelzin und seine Regierung von der damaligen US-Administrationen von George Bush und Bill Clinton im Unklaren gelassen oder gar vorsätzlich in die Irre geführt wurde über die damaligen Absichten mit Blick auf eine Erweiterung der NATO.

2) Von der Geheimhaltung freigegebene *Dokumente des Auswärtigen Amtes* in Bonn, zitiert in dem SPIEGEL-Artikel [„Absurde Vorstellung“ vom 22.11.2009](#)

3) Die *Äußerungen Genschers* in einem Vortrag in der Akademie Tutzing vom 31. Januar 1990

„Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. [...] Der Westen muss auch der Einsicht Rechnung tragen, dass der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungsprozess nicht und einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen dürfen.“

Genschers Äußerung vor den Medien nach seinem Treffen mit US-Außenminister James Baker am 2. Februar 1990 in Washington:

„Wir waren uns einig, daß nicht die Absicht besteht, daß NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt übrigens nicht nur in Bezug auf die DDR, die wir gar nicht einverleiben wollen, sondern das gilt ganz generell.“

Dokumentiert u.a. im [„Weltspiegel“ des ARD-Fernsehens](#)

4) Die Erinnerungen des ehemaligen US-Diplomaten *William Burns*, sowie die Erkenntnisse der US-Historikerin *Mary Elise Sarotte*. Beides zusammengefaßt in [einer Bücherbesprechung von Klaus von Dohnanyi in der ZEIT vom 18. Juni 2019](#).

Du verweist darauf, daß Horst Teltschik, der als außenpolitischer Chefberater von Kohl bei dessen Gespräch mit Gorbatschow am 10. Februar 1990 anwesend war, die damals gemachten Zusagen bestreitet. Warum sich Teltschik anders (und im Widerspruch zur Dokumentenlage) erinnert, weiß ich nicht. Ich kann nur spekulieren: Es gab damals die starke Konkurrenz über die federführende Zuständigkeit für die Außenpolitik zwischen Genschers AA und dem Kanzleramt..Möglicherweise war T. auch nicht einverstanden mit den Zusagen, die Kohl, Genscher und Baker in Moskau gemacht hatten. Oder aber er wurde – ebenso wie Kohl damals von US-Präsident George Bush – unter Druck gesetzt, von den gemachten Zusagen

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

abzurücken.

5) Die diversen schriftlichen und mündlichen Äußerungen von Jack Matlock, der im Februar 1990 als damaliger US-Botschafter in Moskau bei Bakers Gesprächen mit Gorbatschow und Schewardnadse dabei war.

Aus den oben zitierten Dokumenten und Aussagen geht auch hervor, daß/warum

a) sich die im Februar 1990 gemachten Zusagen einer Nichterweiterung der NATO keineswegs nur auf das Territorium der DDR bezogen, sondern darüber hinaus auch auf die anderen osteuropäischen Staaten,

b) Baker, Kohl und Genscher von ihren im Februar 1990 gemachten Zusagen später abgerückt sind,

c) Gorbatschow bei den zwischen Mitte März / Mai 1990 bis 12. September 1990 geführten formalen 4+2 Verhandlungen über die Herbeiführung der deutschen Einheit nicht mehr auf den im Februar erhaltenen Zusagen bestand.

Zudem bezog sich seine spätere (2014), häufig zitierte Erklärung, es habe „kein Versprechen der NATO“ gegeben, ausdrücklich auf diese Phase der formalen Verhandlungen. Ein „Versprechen“ des gesamten NATO-Bündnisses hatte es tatsächlich nicht gegeben, allerdings politische Zusagen von Regierungsmitgliedern der vier gewichtigsten NATO-Mitgliedsstaaten.

Ich käme auch ohne die unter 1-4 genannten Belege und Zeugen aus und bin seit 32 Jahren der Überzeugung, daß es die von mir beschriebenen Zusagen vom Februar 1990 gegeben hat. Denn

1) Bin ich am *11. Februar 1990* alleine mit zwei weiteren Journalisten und *Genscher* unmittelbar nach seiner (und Kohls) Rückkehr aus Moskau in seinem *Regierungsflugzeug von Köln/Bonn zur KSZE-Außenministerkonferenz „Open Skies“* nach Ottawa geflogen. Genscher hat uns während des Fluges im Detail und hochbeglückt über seine Gespräche in Moskau berichtet, und dabei auch mehrfach ausdrücklich seine und Kohls Zusage betont, daß das Territorium der DDR zwar als künftiger Teil des vereinten Deutschlands politisch zur NATO gehören solle, aber ohne Truppen und militärische Strukturen der Allianz, und daß die NATO nicht um neue Mitglieder aus Osteuropa erweitert werden solle. Baker habe für die USA dieselbe Zusagen gemacht. Ich habe das damals für so selbstverständlich und auch richtig gehalten, daß ich diese Zusagen in meinem taz-Artikel über dieses Gespräch mit Genscher gar nicht erwähnt habe.

2) Hat mir auf der Pariser KSZE-Gipfelkonferenz vom 19.-21. November 1990 *Jiri Dienstbier, der damalige Aussenminister der CSSR*, ausführlich berichtet, daß die Regierung Kohl/Genscher der Regierung von Vaclav Havel von diesen Zusagen unterrichtet habe. Dienstbier (und nach seiner Darstellung damals auch Havel, der

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

später seine Haltung änderte) setzte alle Hoffnung auf das von Gorbatschow vorgeschlagene „Gemeinsame Haus Europa“ im institutionellen Rahmen der KSZE, deren politische, finanzielle und logistische Stärkung in Paris in den Reden ausnahmslos aller 35 Staats- und Regierungschefs (Kohl: *„Die KSZE muß das Herzstück der europäischen Architektur werden“*) sowie im Abschlußdokument ([„Charta für ein neues Europa“](#)) gefordert und versprochen wurde. *„In einem solchen kollektiven Sicherheitssystem wären auch die ost- und mitteleuropäischen Staaten mit ihren historisch begründeten Bedrohungswahrnehmungen gegenüber dem großen Nachbarn gut aufgehoben“*, meinte Dienstbier damals mir gegenüber.

In der öffentlichen Debatte ist heute immer wieder zu hören (u.a. von Wolfgang Ischinger, scheidender Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz und von 1982-2008 in führenden Positionen im Auswärtigen Amt sowie als Botschafter in Washington und London tätig), die Sowjetunion/Russland habe der Aufnahme osteuropäischer Staaten in den 1990er Jahren „ausdrücklich zugestimmt“, bzw. diese Aufnahme sei mit der Regierung in Moskau „vereinbart worden“. Diese Behauptungen verweisen dann auf -das [2+4-Abkommen über die Vereinigung Deutschlands vom 12. September 1990](#)

und/oder die auf der Pariser KSZE-Gipfelkonferenz vom 19.-21. November 1990 verabschiedete [„Charta für ein neues Europa“](#) und/oder – die [NATO-Russland-Grundakte vom 27. Mai 1997](#)

Derlei Behauptungen sind zumindest unseriös. Denn tatsächlich findet sich in keinem dieser drei Abkommen eine „ausdrückliche Zustimmung“ Moskaus oder eine entsprechende „Vereinbarung“. Begriffe wie „NATO-Mitgliedschaft“, „NATO-Erweiterung“ o.ä. kommen in diesen Abkommen überhaupt nicht vor.

Es gibt lediglich Formulierungen in zwei der drei Abkommen, die allenfalls die Interpretation zulassen, Moskau habe das Recht des Beitritts von Staaten zur NATO anerkannt.

In der Charta von Paris heißt es:

„Nun, da die Teilung Europas zu Ende geht, werden wir unter uneingeschränkter gegenseitiger Achtung der Entscheidungsfreiheit eine neue Qualität in unseren Sicherheitsbeziehungen anstreben. Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden....“

Die beispiellose Reduzierung der Streitkräfte durch den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa wird – gemeinsam mit neuen Ansätzen für Sicherheit und Zusammenarbeit innerhalb des KSZE-Prozesses – unser Verständnis von Sicherheit in Europa verändern und unseren Beziehungen eine neue Dimension verleihen. In diesem Zusammenhang bekennen wir uns zum Recht der Staaten, ihre sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen“

In der NATO-Russland-Grundakte heißt es:

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

„Zur Verwirklichung der Ziele dieser Akte verpflichten sich die NATO und Russland gemeinsam dazu, ihre Beziehungen an folgenden Grundsätzen auszurichten:

Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit aller Staaten sowie ihres naturgegebenen Rechtes, die Mittel zur Gewährleistung ihrer eigenen Sicherheit sowie der Unverletzlichkeit von Grenzen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie es in der Schlussakte von Helsinki und anderen OSZE-Dokumenten verankert ist, selbst zu wählen“

Aber unabhängig davon, ob es ein Versprechen gegeben hat oder nicht, und worauf sich dieses Versprechen bezog, stellt sich doch die Frage, welchen Wert ein nicht schriftlich in einem Vertrag kodifiziertes Versprechen überhaupt hat. Drei Männer geben einem vierten Mann mündlich ein Versprechen und danach ist das Hindernis überwunden, ist die Sache geritzt und Deutschland kann wiedervereinigt werden.

Es war allerdings ein großer handwerklicher Fehler, daß sich Gorbatschow und Schewardnadse die im Februar 1990 gemachten Zusagen nicht schriftlich geben ließen. Ich kann mir das nur so erklären, daß insbesondere Gorbatschow in dieser historischen Stunde des Zusammenbruchs der 45 Jahre alten Blockkonfrontation und der damit verbundenen Erleichterung so überzeugt war von seiner positiven Alternative „Gemeinsames Haus Europa“ im Rahmen der KSZE, daß er annahm, die westlichen Akteure würden genauso denken/fühlen. Das kann man als naiv kritisieren. (Ich bekenne mich auch zu dieser Naivität. Bis zur Pariser KSZE-Konferenz im November 1990 hatte ich auch den Eindruck, daß die westlichen Regierungen tatsächlich zu dieser Option „Gemeinsames Haus Europa“ bereit waren). Und Gorbatschows Versäumnis, sich Zusagen schriftlich geben zu lassen, ist überhaupt kein Argument dagegen, daß diese Option die bessere gewesen wäre – und nach wie vor ist.

Mit welcher Legitimation können denn die drei westlichen Männer für die Nato ein bindendes Versprechen abgeben? Pacta sunt servanda.

Gewiss. Allerdings handelte es sich bei Baker, Kohl und Genscher ja nicht um irgendwen in der NATO, sondern um die Regierungsmitglieder der NATO-Führungsmacht USA und des gewichtigen Mitgliedes BRD. Es gab damals von den anderen NATO-Mitgliedern keinerlei Widerspruch gegen die von Baker, Kohl und Genscher gemachten Zusagen. Niemand drängte auf eine Ausweitung der NATO gen Osten. Ich bin sicher, die USA und die BRD hätten, wenn sie gewollt hätten, einen offiziellen Konsensbeschluß der NATO zum Verzicht auf eine Ostausdehnung herbeiführen können.

Aber weshalb sollten sich z.B. ein sozialdemokratischer Kanzler und eine grüne Außenministerin an ein möglicherweise vor 31 Jahren gegebenes mündliches Versprechen eines christdemokratischen Kanzlers gebunden fühlen? Und ein französischer Präsident? Das gebe ich unabhängig davon, wie man den Konflikt mit Russland entschärfen

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

kann, zu bedenken.

Es geht nicht darum, ob sich jemand heute im formalen Sinn an eine vor 31 Jahren gegebene politische Zusage gebunden fühlt. Und welche Parteien damals in Bonn und heute in Berlin regieren, ist dabei irrelevant. Es geht darum, ob in Berlin, Washington, Paris, London und anderen Hauptstädten endlich die Einsicht wächst, daß die Verschlechterung der Beziehungen zu Russland eben nicht erst mit den Gewaltkonflikten in der Ukraine ab 2014 begann, sondern daß die ab der 2. Hälfte der 90er Jahre vollzogene Osterweiterung der NATO und dann auch noch die Absichtserklärung des NATO-Gipfels 2008 zur Aufnahme der Ukraine und Georgiens eine wesentliche Vorgeschichte dieser Konflikte sind. Wer die fatale Dynamik der Konfrontationseskalation zwischen Moskau und dem Westen endlich beenden und umkehren will, muß diese Vorgeschichte mit berücksichtigen. Im übrigen glaube ich auch, dass man Russland in eine europäische Friedensordnung einbeziehen muss. Aber dabei ist doch auch zu bedenken, dass die Nato – anders als der Irak in Kuwait oder Russland in der Krim (beides wäre ja völkerrechtlich eine Legitimation für eine internationale Intervention) – nicht die Souveränität eines andern Staates verletzt hat, sondern sie hat – gewiss aus machtpolitischen Gründen – Staaten in ihr Bündnis aufgenommen, die dies wollten.

Und dabei hat die NATO (zumindest mit Blick auf ihren Gipfelbeschluss zur Ukraine im Jahr 2008) die „legitimen Sicherheitsinteressen“ Russland nicht berücksichtigt. Als Pazifist habe ich mit diesem im Kalten Krieg geprägten Begriff immer sehr schwer getan, weil mit der Berufung auf „legitime Sicherheitsinteressen“ immer auch die Rüstung, Stationierung oder gar der Einsatz von Waffen und Soldaten gemeint waren. Aber wenn eine Seite in einem Konflikt „legitime Sicherheitsinteressen“ für sich reklamiert, dann muß sie diese auch der anderen Seite zugestehen. Natürlich hatten die osteuropäischen Staaten das souveräne Recht, Mitglied der NATO zu werden. Bei der Bekräftigung dieses Rechts wird in der öffentlichen Diskussion aber fast immer unterschlagen, daß es nach 1989 zumindest kurzfristig eine Alternative gab (KSZE, kollektives Sicherheitssystem mit Russland, siehe oben). Erst als in Warschau, Prag, Budapest und anderen osteuropäischen Hauptstädten klar wurde, daß die westlichen Regierungen diese Alternative nicht ernsthaft wollten, entstand der Sog zur NATO-Mitgliedschaft

Mir kommen all diese Gedanken, weil ich auch gerade ein [Essay von Charlotte Wiedemann](#) (in der taz vom 15.12.) gelesen habe, die ich sehr schätze. Sie schreibt vom „antirussischen Kurs der Nato“, präziser wäre es vermutlich, man würde von einem „Kurs der Nato gegenüber Russland“ reden.

Ich schätze Charlotte auch sehr. Vielleicht wäre „Kurs der NATO gegenüber Russland“ tatsächlich präziser. Aber wer weiß, vielleicht

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

hat sie ganz bewußt „antirussischer Kurs der NATO“ geschrieben (wir müßten sie einfach mal fragen). Ich könnte diese Formulierung auf jeden Fall nachvollziehen.

Zurecht stellt sich doch die Frage, welchen Kurs man einschlagen soll gegenüber Putins Kurs, der darin besteht, die Ukraine – über die recht unverfrorene Annexion der Krim und die anhaltende Schürung eines Krieges im Donbass, der schon Tausende Tote gekostet hat – zu destabilisieren und die EU – im Verein rechter Populisten in Frankreich, Italien und Ungarn – zu spalten. Letzteres mag im übrigen durchaus verständlich und auch legitim sein, wenn man – wie Putin und anders als Jelzin und Gorbatschow – auf eine Blockkonfrontation alten Stils und nicht auf eine europäische Friedensordnung setzt.

Die Krim-Annexion war nicht nur unverfroren, sondern völkerrechtswidrig. Gerade wer die Völkerrechtsverstöße westlicher Staaten in den letzten 30 Jahren völlig zu Recht kritisiert, sollte mit Blick auf die Krim-Annexion keine anderen Maßstäbe anlegen (wie das in Teilen der Linken und der Friedensbewegung leider passiert). Und nichts, was ich zur erklärenden Vorgeschichte dieser Annexion seit der der NATO-Osterweiterung geschrieben habe, soll diese Annexion und auch das Schüren des Konflikts im Donbas in irgendeiner Weise rechtfertigen, verharmlosen oder relativieren. Der Versuch, die EU zu spalten – und das im Verein nicht nur mit rechten Populisten sondern auch mit rechtsextremen bis neonazistischen Parteien und Organisationen, wie z.B. der AfD mag aus einer Blocklogik alten Stils heraus zwar „verständlich“ im analytischen Sinne sein, „legitim“ sind sie nicht.

Das Problem, das ich auch bei den 15 von mir moderierten Podiumsdiskussionen mit BundestagskandidatInnen aller Parteien mit Ausnahme der AfD im Vorfeld der Septemberwahl als sehr bedrückend empfunden habe: die KandidatInnen von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen beließen es alle ohne Ausnahmen bei scharfer, weitgehend berechtigter (in einigen Fällen überzogener) Kritik an Putins Außen- und Innenpolitik. Niemand hatte irgendeinen konstruktiven Vorschlag für Schritte, um aus dieser Konfrontationslogik und Eskalation herauszukommen. Auch die VertreterInnen der Linken nicht.

Zu der Frage, welchen Kurs man einschlagen soll gegenüber Putins Kurs: meinen Artikel [„Russland, die Ukraine und der Westen – Wege aus der Eskalation kurzfristig und auf längere Sicht“](#)

[Alle Beiträge von Andreas Zumach](#) im Blog vom [Beueler Extradienst](#)

Quelle: 2022-01-19. — [\(Beueler Extradienst\)](#) — [NATO-Osterweiterung](#), übernommen im Einverständnis mit Martin Böttger.

Putins Krieg, Russlands Krise

Über Opfer und Täter gibt es keine Zweifel. Im Fall des russischen Angriffskriegs gegen die souveräne Ukraine ist das Völkerrecht eindeutig. Ob Putin vor einem internationalen Straftribunal landen wird, weiß man nicht. Aber politisch wird er seinen Pyrrhus-Krieg mit großrussischen Zielen kaum überleben können.

von Andreas Zumach, LMD, 10.3.2022

Ein Angriffskrieg ist per se völkerrechtswidrig. Aber die russischen Streitkräfte, die am 24. Februar in die Ukraine einmarschiert sind und das Land bombardieren, haben bereits in den ersten zehn Tagen auch gegen die Regeln des humanitären Völkerrechts verstoßen, die einen größtmöglichen Schutz der Zivilbevölkerung während des Kriegsgeschehens gewährleisten sollen.

Die Angriffe richten sich zunehmend gegen Wohnviertel, zivile Infrastrukturen wie Strom-, Gas- und Wasserleitungen und vor allem auch Krankenhäuser. Wenn sich die Kampfhandlungen lange hinziehen, könnten ukrainische Städte dasselbe Schicksal erleiden wie Grosny, das 1995 im Ersten Tschetschenienkrieg von russischen Streitkräften weitgehend zerstört wurde.

Weil die Menschen einer humanitären Katastrophe entkommen wollen, ist eine weitere Katastrophe bereits in vollem Gange: Nach zwölf Kriegstagen waren bereits über 1,5 Millionen Menschen, vorwiegend Frauen und Kinder, aus der Ukraine in die Nachbarländer Polen, Slowakei, Ungarn und Rumänien geflohen. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) geht davon aus, dass der Krieg am Ende mindestens 4,5 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertreiben könnte.

Wann dieses Ende kommen wird – und mit welchem Ergebnis –, ist derzeit nicht vorhersehbar. Fest steht dagegen, wer diesen Krieg vom Zaun gebrochen hat. Der russische Präsident hat nicht nur den Angriffsbefehl gegen die Ukraine gegeben, Putin hat die Invasion auch von langer Hand vorbereitet, wozu auch Lügen und systematische Täuschungsmanöver gehörten.

Westliche Diplomaten und hochrangige Gesprächspartner wie Präsident Macron und Bundeskanzler Scholz, die sich in den Wochen vor dem Angriff in direkten Gesprächen mit Putin und seinem Außenminister Lawrow um eine Deeskalation bemühten, wurden „eiskalt belogen“ und „ausgetrickst“, wie es die deutsche Außenministerin ausdrückte.¹

UN-Generalversammlung für die Ukraine

Vor allem Lawrow hatte mehrfach versichert, ein Angriff auf die Ukraine sei „nicht geplant“. Dagegen wurden die Warnungen der US-Geheimdienste, die von der Biden-Administration ungewöhnlich offen

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

kommuniziert wurden, als „bloße Hysterie“ abgetan.

Putin hat aber nicht nur „den Westen“ vor den Kopf gestoßen. Auch in der UNO ist Russland komplett isoliert. In der 77-jährigen Geschichte der Weltorganisation ist das noch keinem ständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrats passiert. In dem 15-köpfigen Gremium schaffte es Moskau zwar noch, bei einer Dringlichkeitssitzung in der Nacht zum 26. Februar die Verabschiedung einer Resolution mithilfe seines Vetorechts zu verhindern. Aber die russische blieb die einzige Gegenstimme, während sich Indien, China und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) enthielten.

Das Scheitern der Ukraine-Resolution im Sicherheitsrat führte allerdings zu einer Dringlichkeitssitzung der UN-Generalversammlung, auf der am 2. März von den 193 Mitgliedstaaten 141 – also fast eine Dreiviertelmehrheit – für eine Resolution mit dem Titel „Aggression gegen die Ukraine“ stimmten.² Auch die VAE votierten jetzt mit Ja. Die Resolution fordert einen „sofortigen Waffenstillstand“, gefolgt von einem „bedingungslosen und vollständigen Rückzug aller russischen Streitkräfte vom Territorium der Ukraine innerhalb seiner international anerkannten Grenzen“.

Gegen diese Resolution votierten außer Russland lediglich Belarus, Nordkorea, Syrien und Eritrea. Zu den 35 Staaten, die sich enthielten, gehörten neben China, Indien und Iran auch Länder wie Kuba oder Nicaragua, die bei früheren Abstimmungen in der Regel die Position Russlands unterstützt hatten.³

In der Resolution A/ES-11/L.1 heißt es, „die militärischen Angriffe der russischen Streitkräfte“ hätten „ein Ausmaß erreicht, das die internationale Gemeinschaft seit Jahrzehnten in Europa nicht mehr erlebt“ habe. Sie bekennt sich zur „Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen“. Außerdem soll die Regierung Putin ihre am 21. Februar verkündete und von der Duma ratifizierte „Anerkennung“ der ostukrainischen Teilrepubliken Donezk und Luhansk wieder rückgängig machen. In der Generalversammlung fiel das Votum für diese Resolution auch deshalb so deutlich aus, weil Putins Angriffsbefehl noch während der Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats erfolgte, der am Abend des 23. Februar den Krieg noch in letzter Stunde verhindern wollte.

Eine solche in der UN-Geschichte beispiellose Provokation haben sehr viele Mitgliedstaaten als schweren Affront gegen die Weltorganisation wahrgenommen. Wie groß die Empörung über das Verhalten der russischen Vetomacht war, zeigt die Tatsache, dass sich bei der zweitägigen Debatte in der Generalversammlung nicht weniger als 120 Botschafterinnen und Botschafter zu Wort meldeten.

Ein derart eindeutiger „Schuldspruch“ der UN-Generalversammlung bei einem bewaffneten internationalen Konflikt ist äußerst selten. Ohnehin liegt laut UN-Charta die „Hauptverantwortung“ bei einer

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

„Bedrohung“ oder gar dem „Bruch des Friedens und der internationalen Sicherheit“ beim UN-Sicherheitsrat. Der kann „Maßnahmen zur Friedensschlichtung“ nach Kapitel 6 der Charta beschließen oder sogar nach Kapitel 7 politische, wirtschaftliche oder militärische Zwangsmaßnahmen gegen den jeweiligen Friedensbrecher anordnen.

Als der Sicherheitsrat diese Verantwortung 1950 während des Koreakriegs nicht wahrnehmen konnte, weil er durch ein Veto der Sowjetunion blockiert und handlungsunfähig war, zog die Generalversammlung diese Zuständigkeit an sich. Am 3. November 1950 verabschiedete sie auf Antrag der USA und Großbritanniens die Resolution 377 A („Uniting for Peace“). Darin wurde für den Fall einer blockierten Resolution der Mechanismus einer emergency special session geschaffen.

Eine solche „Notstandssondersitzung“ der Generalversammlung hat es seit 1950 nur elfmal gegeben. Die elfte war die vom 2. März 2022. Mit der Resolution zu Putins Krieg in der Ukraine hat die Generalversammlung allerdings erst zum dritten Mal ein Mitglied des Sicherheitsrats verurteilt – und jedes Mal traf es die Regierung in Moskau: Das erste Mal im Januar 1980 nach der kurz zuvor erfolgten sowjetischen Invasion Afghanistans und das zweite Mal im März 2014, als die Generalversammlung mit 100 gegen 11 Stimmen bei 58 Enthaltungen die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland verurteilte.

Das ist den drei westlichen Vetomächten im Sicherheitsrat, also den USA, Großbritannien und Frankreich, bislang noch nie passiert. Sie haben es dank ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht noch immer geschafft, eine Verurteilung ihrer völkerrechtswidrigen Kriege oder ihrer Kriegs- und Besatzungsverbrechen zu verhindern.

Das gilt zum Beispiel für den Vietnamkrieg der USA (1964–1975), Frankreichs Krieg in Algerien (1954–1962, siehe dazu den Beitrag auf Seite 12 f.) oder die britische Beteiligung am Irakkrieg von 2003. Als Südafrika den Versuch unternahm, diesen Krieg einer „Koalition der Willigen“ in einer Resolution der Generalversammlung als völkerrechtswidrig zu qualifizieren, konnte die damalige US-Regierung von George W. Bush diese Initiative mit massiven Drohungen gegen Pretoria im Keim ersticken.

Das Verhalten der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats wurde bislang nach sehr unterschiedlichen Maßstäben bewertet. Das ist scharf zu kritisieren, aber auf keinen Fall ein Grund, den Krieg gegen die Ukraine zu verharmlosen oder gar zu legitimieren. Für diesen völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Angriff gibt es nicht die geringste Rechtfertigung.

Putins Propagandalügen vom „Genozid“ im Donbass oder der „Naziregierung“ in Kiew sind ohnehin zu absurd. Das gilt allerdings

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

nicht für Putins Hinweise auf die Völkerrechtsverletzungen westlicher Staaten, zum Beispiel im Fall des Kosovokriegs der Nato, der ohne UN-Mandat begonnen wurde. Angesichts dessen, was 1999 im Kosovo geschah, sind mehrere der Behauptungen falsch, die derzeit im Westen von der politischen Klasse wie von vielen Medien über den militärischen Überfall auf die Ukraine verbreitet werden.

Putin hat weder „den ersten Krieg gegen die Europäische Friedensordnung“ angefangen noch „zum ersten Mal in Europa gewaltsam Grenzen verletzt“ und damit als Erster gegen die UN-Charta, die KSZE-Schlussakte von Helsinki oder die Pariser „Charta für ein neues Europa“ von 1990 verstoßen.

Diese Argumentation lässt außer Acht, dass die Nato bereits 1999 mit ihrem völkerrechtswidrigen Luftkrieg gegen Serbien und Montenegro zum ersten Mal militärische Mittel zur Lösung politischer Konflikte eingesetzt hat. Und dass der Westen mit der Anerkennung der Sezession des Kosovo von Serbien das Prinzip aufgekündigt hat, wonach Grenzen nicht gewaltsam verändert werden dürfen.

Kennans Warnung vor der Nato-Osterweiterung

Ernst zu nehmen ist auch die russische Kritik an Fehlentscheidungen und Versäumnissen der westlichen Staaten seit dem Ende des Kalten Kriegs und insbesondere an der Tatsache, dass diese ihre – wenn auch nicht schriftlichen – Zusagen an Moskau, die Nato nicht nach Osten zu erweitern, nicht eingehalten haben.⁴ Auch im Westen hat sich also die politische Klasse nicht gescheut, mit Unterstützung der Mainstream-Medien eine Klitterung der Europäischen Geschichte seit 1989 zu betreiben. Jedoch können all diese historisch relativierenden Hinweise Putins Krieg gegen die Ukraine in keiner Weise rechtfertigen oder entschuldigen.

Jenseits der moralischen und völkerrechtlichen Ebene gibt es allerdings auch die Ebene realpolitischer Einsichten und Abwägungen. Und hier muss man leider feststellen, dass Putin mit der Invasion in die Ukraine in überaus brutaler Weise das getan hat, was der US-Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904–2005) bereits wenige Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion prophezeit hat.

Die vorausschauende Analyse des damals schon über 90-jährigen Veteranen des Kalten Kriegs erschien am 5. Februar 1997 in der New York Times unter dem Titel „A fateful error“ und lief auf eine Warnung hinaus: „Eine Erweiterung der Nato wäre der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Ära nach dem Kalten Krieg.“⁵

Eine Osterweiterung des westlichen Bündnisses werde nicht nur „die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen Meinung anheizen“ und damit „negative Auswirkungen auf die Entwicklung der russischen Demokratie haben“. Sie werde auch, so Kennan weiter, „die Atmosphäre des Kalten Kriegs in die Ost-West-Beziehungen zurückbringen und die russische Außenpolitik in

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Richtungen treiben, die uns entschieden missfallen werden“.

Kennan bedauerte insbesondere, dass diese Expansionsstrategie gegenüber einem Russland betrieben wird, das sich unter dem damaligen Präsidenten Boris Jelzin „in einem Zustand hoher Unsicherheit oder gar Lähmung befindet“. Aber noch bedenklicher sei, „dass es für diesen Schritt überhaupt keine Notwendigkeit gibt“. Warum sollte es in den Ost-West-Beziehungen, gab Kennan zu bedenken, „angesichts all der hoffnungsvollen Möglichkeiten, die das Ende des Kalten Kriegs hervorgebracht hat, vornehmlich um die Frage gehen, wer sich mit wem – und implizit gegen wen – verbündet“. Und das unter der Annahme eines „herbeifantasierten, völlig unvorhersehbaren und höchst unwahrscheinlichen künftigen Konflikts“.

Ein Vierteljahrhundert später bleibt die Frage aktuell, was der Westen dazu beigetragen hat, dass ein „höchst unwahrscheinlicher Konflikt“ keine Phantasterei, sondern Realität ist. George F. Kennan war kein Pazifist, kein Linker und auch kein Freund der Sowjetunion. Er hatte nach dem Zweiten Weltkrieg das Konzept der „Eindämmung“ (containment) gegen den Ostblock konzipiert. Ein Konzept, das auf militärischer Ebene damals die Doktrin der „massiven Vergeltung“ (massive retaliation) beinhaltete, die der 1949 gegründeten Nato von ihrer Führungsmacht vorgegeben wurde.

Diese Doktrin sah vor, dass die USA selbst bei einem lediglich konventionellen Angriff sowjetischer Truppen gegen die Bundesrepublik oder andere europäische Nato-Staaten sofort ihre strategischen Atomwaffen (landstationierte Interkontinentalraketen, Langstreckenbomber und U-Boote) gegen Ziele in der Sowjetunion einsetzen sollten. Ende der 1960er Jahre wurde diese von Kennan mitkonzipierte Doktrin durch die „flexible Antwort“ (flexible response) abgelöst, die bei einem Angriff sowjetischer Truppen zunächst „nur“ einen Gegenschlag mit in Westeuropa stationierten taktischen Atomwaffen vorsah.

Großrussische Hasardeure in Moskau

George F. Kennan wirkte von 1926 bis 1963 als Diplomat und zuletzt als außenpolitischer Chefberater der Regierung Kennedy. Vor dem Zweiten Weltkrieg war er in Tallinn, Riga und Moskau stationiert gewesen, 1939 dann in Prag und bis 1942 in Berlin. In den Jahren 1944/45 war Kennan erneut in Moskau. Er sprach fließend Russisch und hatte – auch in Berlin – russische Geschichte studiert. Sein analytisches Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse und -interessen Russlands beruhte auf seinen Kenntnissen des Landes und dessen historische Traumata.

Das unterscheidet ihn von vielen, die in den aktuellen Debatten über Russland und Präsident Putin ohne historisches Hintergrundwissen daherreden und dabei die Erfahrungen und Lehren aus der Ost- und Entspannungspolitik der 1960er und 1970er Jahre nicht etwa

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

relativieren oder überprüfen, sondern vollständig entsorgen wollen.

Im Übrigen hatte nicht nur Kennan in den 1990er Jahren vor einer Nato-Osterweiterung gewarnt. Auch andere Diplomaten und Politiker aus den USA mahnten damals an, die „legitimen Sicherheitsinteressen“ Moskaus zu berücksichtigen. Und im wiedervereinten Deutschland kritisierte 1995 Peter Glotz, vormals Generalsekretär der SPD, in einem Spiegel-Essay mit dem Titel „Saftige Dummheit“ die Osterweiterungspläne der Nato mit Argumenten, die Kennans Intervention sogar vorwegnahmen: „Das zieht eine neue, willkürliche Grenze durch Osteuropa, stärkt die großrussischen Kräfte in Moskau, gefährdet die Abrüstungsvereinbarungen mit Russland und schwächt die Entscheidungsfähigkeit des Bündnisses.“⁶

Mit der Invasion in die Ukraine demonstrieren „die großrussischen Kräfte in Moskau“ nicht nur, dass sie sich durchgesetzt haben. Sie zeigen auch, dass sie zu vormals unvorstellbaren Risiken bereit sind. Wie steht es angesichts dessen um die „Entscheidungsfähigkeit“ des westlichen Bündnisses?

Nach Artikel 51 der UN-Charta hat die von Russland angegriffene Ukraine das Recht auf militärische Selbstverteidigung. Desgleichen erlaubt die Charta eine militärische Unterstützung durch Streitkräfte anderer Staaten, wenn diese von der Kiewer Regierung erbeten wird. Das wird allerdings nicht geschehen. Für die Nato-Staaten scheidet diese Option angesichts des Risikos einer nuklearen Eskalation aus. Aus demselben Grund wird auch die Einrichtung einer Flugverbotszone über der Ukraine abgelehnt: „Um diese durchzusetzen, müssten wir ja notfalls russische Flugzeuge abschießen“, erklärte der britische Premierminister Boris Johnson am 1. März auf einer Pressekonferenz.

Jenseits der von der EU, den USA und anderen Staaten verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland sind daher Waffenlieferungen an die ukrainischen Streitkräfte das einzige Mittel, um der Ukraine militärisch beizustehen.

Die USA haben die ukrainischen Streitkräfte bereits seit der Annexion der Krim vor nunmehr acht Jahren mit Waffen und militärischer Ausrüstung beliefert. Seit Dezember 2021 haben auch andere Nato-Staaten – wie Großbritannien, Kanada und die Niederlande – mit Rüstungslieferungen begonnen. Sie reagierten damit auf den bedrohlichen Aufmarsch russischer Truppen an den ukrainischen Grenzen. Die meisten Militärexperten gehen allerdings davon aus, dass diese späten Lieferungen die bestehende militärische Überlegenheit der russischen Angreifer nicht ausgleichen und daher den weiteren Verlauf nicht entscheidend beeinflussen können.

Drei Tage nach Kriegsbeginn revidierte auch die Bundesregierung ihre zuvor ablehnende Haltung und kündigte die sofortige Lieferung von Panzerfäusten und Luftabwehrraketen für die ukrainischen Streitkräfte

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

an. Unter dem Druck der Ereignisse endete damit eine langjährige Debatte, in der das Pro und Contra immer stark von historischen Argumenten dominiert war. Bis zu dieser Kehrtwende hatte insbesondere Außenministerin Baerbock deutsche Waffenlieferungen mit Verweis auf eine „besondere historische Verantwortung“ abgelehnt.

Im Fall der Ukraine verwies Baerbock auf die über 8 Millionen Menschen, die während des Vernichtungskriegs der Wehrmacht gegen die Sowjetunion auf ukrainischem Boden getötet wurden. Dagegen argumentierte der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrij Melnik, genau umgekehrt. Gerade wegen dieser historischen Schuld habe Deutschland nunmehr eine „besondere Verantwortung“, seinem Land bei der „Selbstverteidigung gegen die heutigen Aggressoren“ mit Waffenlieferungen beizustehen.

Baerbock brachte allerdings ein zweites Argument vor, das weitaus angreifbarer ist: Deutschland verfolge „traditionell eine restriktive Rüstungsexportpolitik“ und liefere „grundsätzlich keine Waffen in Spannungs- und Krisengebiete“. Beide Behauptungen sind nachweislich falsch.

Zum einen ist Deutschland nach dem Sipri-Report vom März 2021 der weltweit viertgrößte Rüstungsexporteur (nach den USA, Russland und Frankreich und noch vor China). Zum anderen gingen umfangreiche Waffenlieferungen – entgegen der deutschen Rechtslage – nicht nur in Spannungs- und Krisengebiete wie die Türkei, sondern sogar an kriegsführende Staaten wie Saudi-Arabien.

Jenseits einer militärischen Unterstützung sind wirtschaftliche Sanktionen das einzige Mittel, um auf einen Angriffskrieg zu reagieren. Im aktuellen Fall bleibt allerdings abzuwarten, was die Maßnahmen, die seit Beginn des Ukraine-Kriegs von den USA, der EU und anderen Staaten gegen Russland verhängt wurden, mittel- und langfristig bewirken können – und wie hoch die Kosten für die sanktionierenden Länder sind. Dabei ist die große Frage, ob die Sanktionen die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machteliten des Landes derart hart treffen, dass sie sich von Präsident Putin abwenden. Und womöglich sogar so weit gehen, ihn durch eine andere Figur zu ersetzen, die den Krieg beendet, aber weiterhin ihre Privilegien sichert.

Völkerrechtlich problematischer wäre die Kalkulation, dass die Sanktionsmaßnahmen die russische Bevölkerung schmerzen sollen, um sie gegen den heutigen Präsidenten aufzubringen. Was den berühmten „Regimewechsel“ bedeuten würde, den Putin dem Westen ohnehin als dessen Ziel unterstellt.

Eine solche Strategie wäre aber nur dann erfolgversprechend, wenn es in Russland eine gut organisierte und handlungsfähige demokratische Opposition gäbe, die nach einem Sturz Putins die Regierung in Moskau übernehmen könnte, um sich anschließend

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

durch Wahlen eine demokratische Legitimität zu verschaffen.

Leider gibt es derartige Oppositionskräfte nicht, was kein Wunder ist angesichts der systematischen Repression von Personen, Gruppen und Organisationen, die von der Regierung Putin seit Jahren als „ausländische Agenten“ denunziert werden.

Bei diesem Stand der Dinge ist es wahrscheinlicher – oder jedenfalls nicht auszuschließen –, dass nach einem Sturz oder erzwungenen Rückzug Putins zunächst einmal Kräfte an die Macht kommen, die nach demokratischen Standards ebenso problematisch sind wie das jetzige Regime. Sollte das passieren, wäre die Sorge keineswegs beseitigt, dass bei einer weiteren Eskalation die russischen Atomwaffen zum Einsatz kommen könnten, mit denen Putin auf gezielt missverständliche Weise droht.

Gibt es in der militärischen Führung Russlands besonnene Akteure, die einen eventuellen Befehl Putins zum Einsatz von Atomwaffen verhindern würden? Oder vielleicht sogar Kräfte, die zu einem Militärputsch bereit sind und danach den Krieg gegen die Ukraine beenden würden? Das ist zu hoffen, aber von außen bislang nicht erkennbar und daher schwer einzuschätzen. Eine Militärregierung in Moskau könnte dann zumindest für eine Übergangszeit die bessere Alternative zu Präsident Putin sein.

Die Annahme, dass der Ukraine-Krieg den Anfang vom Ende der Ära Putin markieren könnte, ist heute zumindest nicht mehr unrealistisch. Der Kremlchef mag sich subjektiv, nachdem er die westlichen Regierungschefs erfolgreich irreführt und seine überlegene Kriegsmaschinerie in Stellung und zum Einsatz gebracht hat, nahezu allmächtig dünken. Doch dass er, wie angekündigt, noch bis zum Jahr 2036 an der Macht bleiben wird, ist angesichts seiner abenteuerlichen Strategie undenkbar geworden.

Bereits am zweiten Tag nach dem Angriff bekam das Bild des scheinbar übermächtigen Kriegsfürsten erste feine Risse. In einer Fernsehansprache reagierte Putin auf den stockenden Vormarsch seiner Truppen, die auf von ihm offensichtlich unerwartet starken Widerstand stießen, erkennbar nervös: In einem bizarren Aufruf forderte er die ukrainischen Streitkräfte dazu auf, das „nazistische Regime“ von Präsident Selenski „zu stürzen“.

Noch zwei Tage zuvor hatte Putin dieselben Streitkräfte beschuldigt, einen „Genozid“ an den russischstämmigen Menschen im Donbass zu begehen. In der ersten Märzwoche zeigten die russischen Streitkräfte, obwohl sie ihrem ukrainischen Gegner in Umfang und Bewaffnung erheblich überlegen sind, weitere Schwächen. Der Vormarsch ihrer Truppen- und Panzerverbände geriet wegen der heftigen ukrainischen Abwehr und aufgrund erkennbarer logistischer Probleme immer wieder ins Stocken.

Selbst angenommen, Russland könnte die ukrainischen Streitkräfte zur Kapitulation zwingen, die Kiewer Regierung durch ein

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Marionettenregime ersetzen und die ganze Ukraine oder zumindest Teile militärisch unterwerfen – auch dann würde Russland das Land so wenig unter Kontrolle bekommen wie die Sowjetunion damals Afghanistan.

Auch in der Ukraine wird es sowohl gewaltfreien als auch gewaltsamen Widerstand gegen die Besatzer geben. Und Russland wird beides als „Terrorismus“ diffamieren und erfolglos bekämpfen – wie die Sowjetunion in Afghanistan und die USA während ihrer achtjährigen Besatzung des Irak.

Auf keinen Fall wird Russland seine Macht über die Ukraine mit nichtmilitärischen Mitteln konsolidieren können. Denn auf lange Sicht hat man dem besetzten Land weder eine wirtschaftliche noch eine politische Perspektive anzubieten. Die einzige Ukraine, die Putins Russland auf Dauer beherrschen könnte, wäre ein auf die landwirtschaftliche Produktion reduziertes Kolonialgebiet, dessen städtische Bevölkerung größtenteils nach Westen vertrieben wurde.

Eine EU-Perspektive für die Ukraine

Das aber wird der ukrainische Widerstand verhindern, der das russische Besatzungsregime – auch ohne ein Eingreifen der Nato – zu einem kostspieligen Unternehmen machen würde. Im Fall eines langen Abnutzungskriegs werden die Folgen für alle entsetzlich, für Putin jedoch existenziell sein.

Die Wirtschaftssanktionen und die zunehmenden Antikriegsproteste in Russland schränken Putins Handlungsmöglichkeiten schon jetzt ein und untergraben auf längere Sicht seine Macht. Selbst Oligarchen, die ihn bislang gestützt haben, äußern sich bereits kritisch – zumindest wenn sie im Ausland sind. Und von nationalistischen Parolen wird die russische Bevölkerung nicht satt.

Geschwächt wird Putins Macht auch durch die in diesem Ausmaß noch nie dagewesene globale Isolierung Russlands in der UNO. Mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat er genau das Gegenteil der von ihm verfolgten Ziele bewirkt. Die transatlantische Militärallianz zwischen den USA und den europäischen Bündnispartnern ist so geschlossen wie schon lange nicht mehr. In Schweden und dem mit Russland benachbarten Finnland gibt es erstmals Bevölkerungsmehrheiten und ernsthafte Ambitionen für einen Nato-Beitritt. Deutschland und andere EU-Staaten treffen massive Aufrüstungsmaßnahmen zur Verteidigung und Abschreckung gegen die gewachsene Bedrohung durch Russland. Und durch Nord Stream 2 wird auf lange Sicht, wenn überhaupt, kein russisches Gas nach Westeuropa fließen.

Am vielleicht gefährlichsten für Putins Autorität und Macht könnten sich die kontraproduktiven Folgen seines Angriffs in der Ukraine selbst erweisen. Dort hat der Krieg dem Nationalbewusstsein einen gewaltigen Wachstumsschub gegeben, der irreversibel erscheint. Damit hat Putin die durchaus nicht abgeschlossene Identitätsbildung

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

in der Ukraine gefördert und besiegelt – und mit antirussischen Gefühlen aufgeladen.

Auch das ist eine Premiere: Nation-Building mit militärischen Mitteln – und dem Ergebnis, aus einem historischen Brudervolk einen historischen Feind zu schaffen.

Seit dem Ende des Kalten Kriegs ist zwar immer wieder von einer „Europäischen Friedensordnung“ die Rede. Doch so etwas gibt es nicht. Es gab bislang lediglich eine teileuropäische Friedensordnung und dies in dauernder Spannung und mindestens in den letzten 15 Jahren zunehmender Konfrontation mit Russland.

Doch eine nachhaltige, dauerhafte und möglichst spannungs- und störungsfreie Friedensordnung auf dem eurasischen Kontinent kann und wird es nicht geben ohne Russland und schon gar nicht gegen Russland. Dafür spricht alle historische Erfahrung nicht nur aus den bald 33 Jahren seit dem Fall der Berliner Mauer, sondern mindestens seit Anfang des 19. Jahrhunderts. Nur wenn der Westen diese historische Erfahrung endlich akzeptiert und seine seit dem „Sieg im Kalten Krieg“ anhaltende Hybris überwindet, besteht für eine derartige Friedensordnung eine realistische Chance.

Realpolitisch ist aber auch davon auszugehen, dass Putin vorläufig Russlands Präsident bleiben wird und daher derjenige ist, mit dem nach Beendigung des Ukraine-Kriegs zumindest über die ersten Bausteine für diese Friedensordnung zu verhandeln ist.

Dazu gehören all die Maßnahmen im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie vertrauensbildende und auf Transparenz zielende Schritte, zu denen sich die Nato und die USA in ihren Antworten auf die Vorschläge und Forderungen Putins von Anfang Dezember letzten Jahres bereits grundsätzlich bereit erklärt haben.

Unverzichtbar ist zumindest auch ein Moratorium der Nato mit Blick auf eine Aufnahme der Ukraine und weiterer Staaten. Stattdessen sollte den Ukrainern eine beschleunigte Perspektive in der Europäischen Union angeboten werden. Das wäre eine späte Korrektur der Fehlentwicklung in den 1990er Jahren, als die Nato-Mitgliedschaft den mittelosteuropäischen Staaten angeboten wurde als Ersatz und – in den Worten von Peter Glotz – „Notstopfen“ für einen raschen Beitritt in die Europäische Union.

Für eine künftige Friedensordnung müssen auch einvernehmliche Verfahren vereinbart werden – etwa international organisierte und überwachte Abstimmungen, die zu einer Rückgabe der Krim und der Donbass-Provinzen sowie zu einem Abzug aller russischen Truppen aus den abtrünnigen Provinzen Georgiens und Moldawiens führen, verbunden mit einem Autonomiestatus für die umstrittenen Gebiete.

Und schließlich gilt es auch in diesem Fall den größten Kollateralschaden zu vermeiden, den Kriege und internationale Krisen in den meisten Fällen mit sich bringen. Sie bewirken nämlich, dass die großen, ja existenziellen Probleme in den Hintergrund treten, die die

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

ganze Welt betreffen und nur einvernehmlich und kooperativ zu lösen sind.

Dringend erforderlich ist daher eine langfristig angelegte und klimafreundliche Energiepartnerschaft mit Russland – etwa durch die Produktion von grünem Wasserstoff in Russland, der durch die bestehenden Pipelines nach Westeuropa exportiert werden könnte.

Das wäre auch notwendig, um die fatale Abhängigkeit der russischen Volkswirtschaft von der Exploration und dem Verkauf fossiler Energien in den nächsten 20 Jahren deutlich zu reduzieren. Ansonsten wird Russland und werden wir alle auf unserem gemeinsamen eurasischen Kontinent die Pariser Klimaziele krachend verfehlen.

1 Annalena Baerbock sagte präzisierend: „Der Kanzler wurde belogen, ich vom russischen Außenminister, die gesamte internationale Gemeinschaft“, zitiert nach: n-tv, 24. Februar 2022.

2 Der Wortlaut der am 2. März verabschiedeten Resolution wurde in sechs Sprachen veröffentlicht, siehe undocs.org.

3 12 der 193 Mitgliedstaaten waren bei der Abstimmung nicht anwesend, darunter Venezuela, Aserbaidshan, Usbekistan und Turkmenistan.

4 Siehe A. Zumach, „Nato-Osterweiterung. Wer wem was in den 1990er Jahren versprach und warum das heute relevant ist“, Beueler-Extradienst, 19. Januar 2022.

5 Siehe George F. Kennan, „A fateful error“, The New York Times, 5. Februar 1997.

6 Peter Glotz, „Saftige Dummheit“, Der Spiegel, 17. September 1995.

**Die Hoffnung auf eine gesamteuropäische Friedens-
und Sicherheitsarchitektur
nicht aufgeben**

Martina Fischer, Deutschland-Archiv 26.4. 22 :
www.bpb.de/507623

Angesichts der Bilder von Tod und Zerstörung und der Angriffe der russischen Armee auf zivile Ziele in der Ukraine fällt es schwer, noch Chancen für Diplomatie zu erkennen. Dennoch darf die Möglichkeit für Gespräche nicht verschüttet werden. Verhandlungen und Mediation durch Dritte können in bestimmten Situationen einen gesichtswahrenden Ausstieg aus der Eskalationsspirale ermöglichen. Nur auf Eskalation zu setzen, kann alle Beteiligten in den Abgrund führen. Eine Ausweitung des Krieges ist mit allen Mitteln zu verhindern. Und man sollte die Hoffnung auf eine kooperative, gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung nicht aufgeben, rät die Friedensforscherin Martina Fischer.

Der Angriffskrieg der russischen Regierung auf die Ukraine stellt einen massiven Völkerrechtsbruch und auch einen Zerstörungsakt gegen die multilaterale Ordnung dar. Mit Angriffen auf zivile Ziele wird zudem das humanitäre Völkerrecht verhöhnt, das kriegführende Staaten zum größtmöglichen Schutz der Zivilbevölkerung verpflichtet. Die entsetzlichen Gräueltaten, die diese Kämpfe begleiten, sollten von unabhängigen Gerichten untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Entscheidungen der internationalen Organisationen und von Einzelstaaten für umfassende Sanktionen in den Bereichen Finanzen, Technologietransfer und - soweit möglich - auch im Bereich der Energie sind ein wichtiges weltweites Signal und aus Gründen der Solidarität mit der Ukraine unbedingt erforderlich. Allerdings darf man nicht davon ausgehen, dass sie zu einer kurzfristigen Verhaltensänderung im Kreml führen werden. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass Sanktionen erst längerfristig Wirkungen entfalten. Zunächst muss man sich auf weitere Provokationen einstellen. Es fragt sich, ob und wie das Sterben beendet und die Ukraine als souveräner Staat gerettet werden kann. Dies sind vordringliche Aufgaben. Zugleich muss der alles überwölbende Konflikt zwischen der NATO und Russland unbedingt deeskaliert werden. Denn letztlich geht es der russischen Regierung auch darum, der NATO gegenüber Macht zu demonstrieren und die von ihr so wahrgenommene westliche Vorherrschaft zu brechen.

Wie kommt man raus aus der Eskalationsspirale?

Der Wunsch, Russland vollständig zu isolieren, alle Brücken abzubrechen, das Regime in die Knie zu zwingen und dadurch die Kriegsmaschinerie zu stoppen, ist naheliegend und verständlich, aber

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

die Frage, wie das erreicht werden kann, ist unbeantwortet. Angesichts von immer mehr publik werdenden Kriegsgräueln fällt es schwer, einen kühlen Kopf zu bewahren und Reaktionen abzuwägen. Man muss sich jedoch immer wieder klarmachen, dass der Angriffskrieg von der russischen Regierung geführt wird und dass nicht alle in Russland lebenden Menschen damit einverstanden sind. Gerade auf gesellschaftlicher Ebene dürfen nicht alle Brücken abgebrochen werden. Heute ist es wichtiger denn je, persönliche Kontakte mit Menschen in Russland zu nutzen, um dort Informationen über das Kriegsgeschehen zu verbreiten. Auch auf der politischen Ebene sollte man nicht einfach alle Türen zuschlagen. Es ist wichtig, dass alle Beteiligten offen für Gespräche bleiben.

Um die Gewalt zu stoppen und einen Weg für Verhandlungen zu ebneten, müssen diplomatische Bemühungen auf unterschiedlichen Ebenen fortgesetzt und intensiviert werden. Und angesichts der Ankündigung Putins, die Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft zu versetzen, müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Eskalation in einen Nuklearkrieg zu verhindern. Luftraumverletzungen oder vergleichbare Fehlleistungen, die schon in Friedenszeiten zum militärischen Alltag gehören, können in einer hocheskalierten Situation schnell zum Desaster führen. Daher muss man jetzt mehr miteinander reden denn je. Der österreichische Friedensforscher Friedrich Glasl hat überzeugend illustriert, wohin es führt, wenn nicht mehr gesprochen wird und sich die Energie nur mehr auf die Vernichtung des gegnerischen Systems richtet: gemeinsam in den Abgrund. Um im Gespräch zu bleiben, so Glasl, sind Dämonisierung und Polemik der falsche Weg.

Eine Politik der Stärke, wie sie nun durch internationale Institutionen, die EU-Mitgliedsländer und weitere Staaten mithilfe von Sanktionen beschlossen wurde, ist wichtig, um auf die russische Regierung Druck auszuüben. Der Ausschluss aus dem SWIFT-Abkommen und der Abbruch von Kooperation im Bereich der Technologieentwicklung werden das Regime mittelfristig treffen. Gleichzeitig sollten Rohstofflieferungen aus Russland reduziert werden. Dafür müssen sich Deutschland und andere europäische Länder so schnell wie möglich von fossilen Energieträgern unabhängig machen. Hier ergibt sich jedoch ein Dilemma, weil Erdgaslieferungen aus Russland offenbar kurzfristig nicht ersetzt werden können: Es gibt ernstzunehmende Warnungen, dass die EU-Mitgliedstaaten mit einem sofortigen umfassenden Energieembargo massiven sozioökonomischen Schaden nehmen würden. Bei der Festlegung von Sanktionen muss man also deren voraussichtliche Wirkung für alle Seiten sorgfältig kalkulieren. Zudem muss abgewogen werden, wieviel Druck geboten ist und wie man bei Bedarf auch wieder deeskalieren kann. Auf die Ambivalenz und das eskalierende Potenzial von Sanktionen haben die Friedensforscher Tobias Debiel und Herbert Wulf überzeugend hingewiesen: es brauche eine Politik der Stärke,

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Sanktionen müssten Russland hart treffen, aber nicht vernichten (auf die Gefahren, die eine völlige Destabilisierung mit sich bringen würde, verweist auch die Russland-Expertin Sabine Fischer). Das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine steht angesichts eines Angriffskriegs außer Frage. Aber auch bei der militärischen Unterstützung sei Vorsicht geboten, meinen Debiel und Wulf: Wenn diese über die Lieferung von Defensivwaffen hinausgehe, sei das „ein Spiel mit dem Feuer“ und ein Schritt auf die nächste Stufe der Eskalationsleiter. „Dies gilt insbesondere für die zeitweise diskutierte Entsendung polnischer MIG 29-Kampfflugzeuge. Allein deren logistische Verbringung in die Ukraine würde gefährlich die Schwelle zu einer unmittelbaren NATO-Kriegsbeteiligung streifen.“ Genau das aber, die Eskalation in einen dritten Weltkrieg, gilt es unbedingt zu verhindern.

Bedenkenserwerter Vorschlag aus amerikanischen Think Tanks

Zu den aktuellen diplomatischen Bemühungen gehören unter anderem die Gespräche zwischen russischen und ukrainischen Unterhändlern und bilaterale Initiativen, wie sie zum Beispiel von der israelischen und der österreichischen Regierung gestartet wurden. Die amerikanischen Politikwissenschaftler Thomas Graham (Council on Foreign Relations, New York) und Rajan Menon (City University of New York) haben in einem Aufsatz in „Foreign Affairs“ einige bedenkenswerte Vorschläge unterbreitet. Sie gehen davon aus, dass sich der Krieg in der Ukraine sehr lang hinziehen und keineswegs kurzfristig militärisch entschieden wird. Die Anzahl der Toten und das Ausmaß der Zerstörung werde sich in diesem Prozess potenzieren, und damit steige das Risiko, dass sich der Konflikt ausweitet: „Eine Verlängerung der russischen Offensive wird zum Tod von vielen weiteren unschuldigen Ukrainern und zu weiterem ökonomischen Schaden in diesem Land führen, dessen Beseitigung Jahre und vielleicht sogar Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Zudem steigt die Gefahr, dass sich der Krieg über die Ukraine hinaus ausweitet und die Vereinigten Staaten und die NATO-Alliierten in eine bewaffnete Konfrontation mit Russland hineinzieht. Moskau hat bereits angekündigt, dass es Konvois, die westliche Waffen in die Ukraine transportieren, als legitime Ziele betrachtet und nicht vor Luftschlägen und Raketenangriffen auf Orte nahe der ukrainisch-polnischen Grenze zurückschreckt. Forderungen nach einer Flugverbotszone über der Ukraine oder nach immer schärferen Sanktionen mit dem Ziel, Putins politische Ordnung zum Zusammenbruch zu bringen, bergen das Risiko massiver, verhängnisvoller und unbeabsichtigter Folgen, ohne dass die erwünschten Ergebnisse erreicht werden“ (Übers. M. Fischer). Genau hier verlaufen auch die Grenzen der Bereitschaft, den Forderungen Kiews nach solidarischer Unterstützung nachzukommen, wie Christopher Daase, Ko-Direktor der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, in einem [Beitrag für die FAZ](#) verdeutlicht hat.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Gleichzeitig verstärkt sich der Druck auf die Politik mit den Bildern weiterer Gräueltaten und damit das Risiko, dass mit Maßnahmen reagiert wird, die weitere Eskalationsgefahren mit sich bringen.

Graham und Menon sehen die oberste Priorität darin, das Leiden zu beenden, und zwar durch diplomatisches Engagement, das sich auf eine politische Übereinkunft richten müsse. Ihre Überlegungen lassen sich so zusammenfassen: Oberstes Gebot sei es, einen Waffenstillstand auszuhandeln und eine umfassende humanitäre Versorgung von Verwundeten und Geflüchteten innerhalb und jenseits der Ukraine zu ermöglichen. Eine Waffenruhe könne auch die Bedingungen für diplomatische Bemühungen (die Anbahnung von Verhandlungen) verbessern. Die russische Armee werde versuchen, soviel Gebiet wie möglich zu erobern, also neben der Krim auch Teile der nördlichen und östlichen Ukraine, einschließlich eines Landkorridors zwischen Russland und der Halbinsel. Dennoch müssten die russisch-ukrainischen Gespräche weitergehen. Die Ukraine und ihre westlichen Unterstützer müssten überlegen, welche Kompromisse sie mittragen könnten, um ein Ende des Krieges und den Abzug der russischen Truppen zu erwirken. Aus ukrainischer Sicht wären Sicherheitsgarantien westlicher Länder für eine Neutralitätslösung zwingend, und diese müssten von Russland akzeptiert werden. Zudem müsse man Russland an den Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine beteiligen, die ansonsten weitgehend von den westlichen Ländern zu stemmen wären. Die westlichen Staaten wiederum müssten klären, unter welchen Bedingungen sie bereit wären, die Sanktionen gegenüber Russland wieder zu lockern, um einen Anreiz für Kooperation zu schaffen.

Es sei das Recht der Ukraine, die Bedingungen zu definieren, zu denen sie bereit wäre, die Waffen niederzulegen, so Graham und Menon. Aber Verhandlungen könnten sich nicht auf die Ukraine und Russland beschränken, denn ein Ausweg aus der gegenwärtigen Krise müsse neben der geopolitischen Orientierung der Ukraine auch Moskaus Bedenken bezüglich der europäischen Sicherheitsarchitektur („Moscow’s broader concerns about Europe’s security architecture“) adressieren. Für diese Diskussion aber werde die russische Regierung vor allem mit den Vereinigten Staaten verhandeln wollen, dem einzigen Land, das – neben Russland – über das militärische Potenzial verfüge, die Machtbalance auf dem Kontinent zu beeinflussen. Die USA müssten folglich als Garant für ein Friedensabkommen fungieren. Die NATO-Osterweiterung stehe im Zentrum einer solchen Debatte. Bislang, so Graham und Menon, hätten die USA und ihre Alliierten jegliche Diskussion dazu kategorisch abgelehnt. Putin werde jedoch seinen Widerstand gegen den Beitritt der Ukraine nicht fallen lassen. Daher müsse ausgelotet werden, ob der Kreml die militärische Kooperation einer neutralen Ukraine mit westlichen Ländern akzeptieren würde, die eine Selbstverteidigung ermögliche, wenn gleichzeitig ausgeschlossen wird, dass NATO-Kampftuppen, -Waffen

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

oder -Stützpunkte in der Ukraine disloziert werden. Im Gegenzug müsste Russland auf die Stationierung militärischer Arsenale im Grenzgebiet verzichten. Zu ernsthaften Verhandlungen und Konzessionen wären die Kriegsbeteiligten vermutlich erst dann bereit, wenn sie zu dem Schluss kommen, dass eine Fortsetzung der Kampfhandlungen mit höheren Kosten verbunden wäre als die Opfer und Zugeständnisse, die ihnen eine diplomatische Regelung abverlangen würde. Dieses Stadium sei noch nicht erreicht, aber angesichts der zunehmenden Brutalität und der steigenden Verluste auf beiden Seiten – und auch der fragilen sozioökonomischen Bedingungen in den westlichen Ländern – könnte eine solche Situation eher eintreten als erwartet, und darauf solle man sich vorbereiten.

Alle diplomatischen Foren und Kanäle nutzen

Die ukrainische Regierung hat bereits Verhandlungsangebote in den Raum gestellt, nämlich die Möglichkeit einer Neutralität mit Sicherheitsgarantien und einen Sonderstatus der Gebiete in der Ostukraine. Der russische Präsident hat zwar angedeutet, der Krieg könne beendet werden, wenn die Ukraine bereit sei, auf den Donbass, die Krim und einen NATO-Beitritt zu verzichten. Aber ob die russische Seite es zu diesem Zeitpunkt überhaupt auf ernsthafte Verhandlungen anlegt, ist schwer zu beurteilen. Aktuell scheint sie eher daran interessiert, Gelände und Zeit für die Umgruppierung von Truppen und eine veränderte Taktik zu gewinnen. Das könnte sich aber ändern, wenn der russische Präsident irgendwann die Kosten und Verluste auf der eigenen Seite und den Preis weiterer Kriegsführung als zu hoch einschätzen sollte. Für diesen Moment sollte man offen bleiben. Dann könnte auch eine Vermittlung durch dritte Parteien ins Spiel kommen, die mit den Beteiligten nach einem gesichtswahrenden Ausstieg suchen, etwa ein Team von mediationserfahrenen DiplomatenInnen, das gemeinsam mit einem UN-Sonderbeauftragten vermittelt und mit Russland, der Ukraine und der NATO nach tragfähigen Lösungen sucht. Die VermittlerInnen müssten allerdings aus Staaten kommen, die nicht direkt in den Konflikt involviert sind, und für alle Seiten akzeptabel sein. Auch die diplomatischen Möglichkeiten im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) könnten dafür genutzt werden. Ihr gehören 57 Staaten in Europa und Zentralasien sowie die USA und Kanada an. Ihre diplomatischen und sicherheitspolitischen Instrumente (Dialog- und Mediationsformate und Beobachtungsmaßnahmen) kamen im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine bereits zum Einsatz, wurden jedoch im internationalen Rahmen in den vergangenen Jahren nie ausreichend unterstützt. Um das zu verstehen, ist ein historischer Rückblick nützlich.

Rückblick: Verpasste Chancen und Fehleinschätzungen (1990–2022)

Der Historiker Bernd Greiner hat in seinem Beitrag „Was lief schief seit dem Ende des Kalten Krieges?“ in der Reihe „Zeitenwende? Der Ukrainekrieg und die Folgen“ des Deutschland Archivs der bpb am 1.4.2022 in eindrücklicher Weise dargelegt, dass nach dem Ende des Kalten Kriegs und nach der Auflösung der Sowjetunion sehr viele Chancen verpasst wurden, eine neue und nachhaltige Sicherheitsordnung in Europa aufzubauen. Die 1990er-Jahre bezeichnet er als ein „sicherheitspolitisch vergeudetes Jahrzehnt“ voller Versäumnisse und Fehleinschätzungen. Statt auf die OSZE zu setzen und eine Sicherheitsarchitektur gemeinsam mit Russland zu entwerfen, setzten einflussreiche Berater und Regierungen insbesondere in den USA auf Machtprojektion und eine Erweiterung des westlichen Militärbündnisses – ohne Not und in einer Zeit, in der die aus der Sowjetunion hervorgegangene Militärmacht Russland keinerlei Bedrohung für die NATO darstellte. Der UN-Experte Andreas Zumach sprach in diesem Zusammenhang von der „Hybris“ der westlichen Mächte. Schließlich hatte eine Reihe von erfahrenen Diplomaten und Politikern wiederholt vor solchen Schritten gewarnt, allen voran der US-Amerikaner George F. Kennan, der selbst an der Abschreckungsdoktrin gegen die stalinistische Sowjetunion mitgearbeitet hatte, der SPD-Politiker Peter Glotz und diverse andere RusslandexpertInnen. Sie befürchteten, dass eine Erweiterung des Bündnisses all jenen Auftrieb geben könnte, die die Auflösung des sowjetischen Großreichs schwer verwunden konnten und sich weiter an imperialen (großrussischen) Ideen orientierten. Mit dieser Besorgnis lagen sie offenbar nicht ganz falsch. Sowohl in der staatlichen Führung als auch in der Wahrnehmung von Teilen der russischen Gesellschaft stieß die Osterweiterung des westlichen Militärbündnisses auf Unverständnis und/oder Ablehnung.

Militärische Bündnispolitik statt „kooperative Sicherheitsordnung“

Zwar war in der NATO-Russland-Grundakte die Zustimmung zur Integration der osteuropäischen Staaten in den 1990er-Jahren noch gemeinsam verhandelt worden. Gleichwohl berief sich die russische Regierung unter Führung Putins in den vergangenen Jahren zunehmend auf eine Ankündigung der Regierung Kohl/Genscher und von US-Außenminister James Baker von 1990, auf die NATO-Osterweiterung verzichten zu wollen, und machte deutlich, dass sie eine weitere Ausdehnung des Bündnisses nicht akzeptieren würde. Als die Ukraine und Georgien neben der EU-Mitgliedschaft auch die Aufnahme in die NATO begehrten, reagierten die deutsche und die französische Regierung entsprechend zurückhaltend. Jedoch gab das Bündnis auf dem Gipfel in Bukarest 2008 auf Drängen der Vereinigten Staaten die Zusage, dass die Tür für eine Mitgliedschaft offenstehe. Eine Rede, in der Putin 2007 bei der Münchner Sicherheitskonferenz

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

vor diesem Schritt warnte, wurde ignoriert. 2014 bekräftigte der NATO-Generalsekretär erneut die „Offenheit“ für den ukrainischen Beitritt. Aus Moskauer Sicht war die in Bukarest gefundene Formel eine „NATO-Mitgliedschaftsperspektive und eine nicht hinnehmbare Bedrohung der von Russland traditionell geforderten Einflussosphäre“, wie es der vormalige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz beschrieb, der diesen Schritt auch im Rückblick als gravierende Fehlentscheidung bewertet (so zum Beispiel auf der Pressekonferenz am 14.2.2022 in München). Putins Reaktion auf die Planung einer weiteren NATO-Osterweiterung: Destabilisierung der beitriftswilligen Länder, also Krieg in Georgien und Unterstützung pro-russischer Separatisten im Donbass, und die Annexion der Krim. Nach der Annexion der Krim verlieh die US-amerikanische Regierung der Ukraine dann den Status eines „major-non-NATO-ally“, der umfangreiche militärische und wirtschaftliche Unterstützung ermöglichte, und stattete diese fortan auch mit Waffen aus. Am 1.9. und am 20.11.2021 vereinbarten die US-amerikanische und die ukrainische Regierung eine „strategische Partnerschaft“ beider Länder, mit dem die USA zusicherten, die vollständige Integration der Ukraine in die europäischen und euro-atlantischen Institutionen und die Souveränität und territoriale Integrität des Landes zu unterstützen.

Auch auf wirtschaftlicher Ebene gab es massive Zerwürfnisse: Während Russland in den 2010er- Jahren in Europa neben der EU eine Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) unter Einschluss der Ukraine anstrebte, betonten westliche Regierungen die Selbstbestimmung des Landes und seine Einbindung in den Westen. Das Assoziierungsabkommen, das die EU 2014 mit der Ukraine, Moldau und Georgien unterzeichnete, war der nächste Schritt in einem Wettlauf konkurrierender und einander ausschließender Integrationskonzepte. Hinzu kamen Völkerrechtverletzungen der NATO-Mitgliedstaaten (zum Beispiel im Krieg im Kosovo, im Irak und mit der Überschreitung des UN-Mandats in Libyen). Die Auflösung aller vertrauensbildenden Foren und der Abbruch von Rüstungskontrollvereinbarungen, die in der Endphase des Kalten Kriegs errungen worden waren, trugen weiter zur Verschlechterung der Beziehungen bei. Die Initiative dafür ergriffen vor allem US-amerikanische Regierungen und ihre nach unipolarer Weltordnung strebenden Berater. So kündigte Präsident George W. Bush 2001 den ABM-Vertrag zum Verbot antibalistischer Raketenabwehr. Vor diesem Hintergrund stellten die 2007 veröffentlichten Pläne für eine Stationierung amerikanischer Abfangsysteme in Osteuropa aus der Sicht des Kreml eine Provokation dar – und erst Recht das nachfolgende Angebot an Georgien und die Ukraine für eine NATO-Mitgliedschaft. Zahlreiche weitere Fehler und Maßnahmen zur Beeinträchtigung der Rüstungskontrolle hat der Oberst a.D. Wolfgang Richter 2016 in einem faktenreichen Aufsatz an anderer Stelle für die Bundeszentrale für politische Bildung zusammengestellt.

Erosion der Rüstungskontrolle

Wolfgang Richter verweist auf den hoffnungsvollen Start, der mit der Charta von Paris (1990) und der Unterzeichnung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag, 1992 mit acht Nachfolgestaaten der Sowjetunion einschließlich Russlands geschlossen) gegeben war, der ein militärisches Blockgleichgewicht auf niedrigem Niveau und geographische Stationierungsbegrenzungen vorsah. Mit der Entscheidung über den Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO (1997), mit dem der Kreml die Pariser Vereinbarung gefährdet sah, verband man immerhin noch das Versprechen, keine substanziellen Kampfgruppen dauerhaft in den Beitrittsländern zu stationieren, die OSZE zu stärken und die Sicherheitskooperation mit Russland auf der Grundlage der NATO-Russland-Grundakte zu intensivieren. Weiterhin galt das in der Europäischen Sicherheitscharta verankerte Prinzip der freien Bündniswahl, jedoch verknüpft mit der Klausel, dass kein Staat oder Bündnis die eigene Sicherheit zu Lasten von Partnern stärken oder privilegierte Einflusssphären schaffen dürfe. So sollte - auf der Basis der KSE-Grundakte - ein „Zentraleuropäischer Stabilitätsraum von Deutschland bis zur Ukraine mit besonderen Rüstungskontrollverpflichtungen geschaffen und der Abzug russischer Stationierungstruppen aus Georgien und Moldau mithilfe der OSZE und durch bilaterale Vereinbarungen geregelt werden. Dass diese politische Meisterleistung in den Folgejahren nicht umgesetzt wurde, ist die tiefere Ursache der gegenwärtigen europäischen Sicherheitskrise“, so Wolfgang Richter 2016.

Der Grund dafür lag im Kurswechsel, den die USA unter der Bush-Administration vollzogen. Diese hatte offenkundig das Interesse an dem Abkommen und auch an der OSZE für die Gestaltung der europäischen Sicherheit verloren. Vorschläge aus dem Kreml, die OSZE durch eine verbindliche Charta zu stärken oder einen neuen Sicherheitsvertrag zu schließen, wiesen die USA mit Unterstützung von Verbündeten zurück. Man forcierte stattdessen die Erweiterung der NATO um das Baltikum, Rumänien und Bulgarien bis ans Schwarze Meer. Die USA stationierten Kampfgruppen im südöstlichen Flankengebiet und in Polen und Tschechien strategische Raketenstellungen. Nachdem die Bush-Administration schon den Vertrag über die ballistischen Raketen (ABM-Vertrag) gekündigt und den Aufbau einer strategischen Raketenabwehr angekündigt hatte, suspendierte sie auch noch den KSE-Vertrag.

Vor diesem Hintergrund waren nicht nur die Pläne zu weiterer Bündnisausdehnung aus russischer Sicht eine Provokation. Auch die ukrainische Maidan-Revolution wurde als Bedrohung gewertet, nicht zuletzt aufgrund der massiven, auch öffentlichen Unterstützung durch westliche Politik und Diplomatie. Dies sei zwar als Fehleinschätzung des Kreml zu werten, meint Richter, jedoch sei die „russische Reaktion (in Bezug auf die Krim, M.F.) nur aus dem Kontext der

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

vorangegangenen Erosion der europäischen Sicherheitsordnung zu erklären“, meint Wolfgang Richter. Auch unter Präsident Obama habe es keinen Neuanfang gegeben. Die NATO-Strategie von Lissabon (2010) habe unverändert die Bündniserweiterung als bestes Mittel für die Stabilität Europas beschrieben, ohne die OSZE auch nur zu erwähnen. Auch der NATO-Russlandrat habe versagt, denn „anders als vereinbart, trat die Allianz in wichtigen europäischen Sicherheitsfragen wie der Rüstungskontrolle und der Raketenabwehr mit geschlossenen Blockpositionen gegen Russland auf. In der Krise suspendierte die NATO den Dialog, statt ihn zu suchen.“

All die genannten Versäumnisse und Fehlentscheidungen rechtfertigen keinesfalls die Reaktionen der russischen Regierung, weder die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, noch die Förderung der separatistischen Kräfte und des Kriegs in der Ostukraine, der seit 2014 mehr als 14.000 Todesopfer forderte, und schon gar nicht einen Angriffskrieg, wie ihn die Ukraine nun erleiden muss. Für diese militärische Eskalation und die toten und verehrten Menschen und Seelen trägt ausschließlich die russische Regierung Verantwortung. Gleichzeitig muss man festhalten, dass das Verhalten der NATO-Mitgliedstaaten erheblich zur Verschlechterung der Beziehungen beigetragen hat und den großrussischen Kräften, die jetzt den Kurs bestimmen, entscheidende Argumente für die Legitimation der Aggression lieferte. Wenn man auf westlicher Seite die Fehlentscheidungen der Vergangenheit reflektieren würde, wäre man vermutlich eher in der Lage, eine Sicherheitsarchitektur zu entwickeln, die dazu beiträgt, langfristig Frieden in Europa zu sichern.

Das Konzept der „kooperativen Sicherheit“ zu beerdigen ist keine Alternative

Die Entscheidung der russischen Regierung für einen umfassenden Angriffskrieg in der Ukraine haben westliche PolitikerInnen und Thinktanks nicht erwartet. Dass der russische Präsident weitab von nachvollziehbaren Sicherheitsinteressen hochgradig imperiale Ideen ausbreiten und der Ukraine mit fragwürdigen Geschichtsinterpretationen das Recht auf staatliche Eigenständigkeit absprechen würde (siehe die Rede Putins vom Februar 2022), war eine völlig neue Dimension, wenngleich es – rückblickend betrachtet – klare Warnsignale gab. Insbesondere deutsche PolitikerInnen müssen sich rückblickend fragen, ob sie gut beraten waren, so lange auf fossile Energieträger zu setzen und die Volkswirtschaft in solchem Ausmaß von russischen Rohstoffen abhängig zu machen.

Und sie müssen sich eingestehen, dass das Modell „Wandel durch Handel“ hier an seine Grenzen kam. Wirtschaftliche Beziehungen für sich genommen, ohne dass die beteiligten Staaten in eine umfassende und gemeinsame Sicherheitsordnung eingebettet sind, erweisen sich offenbar nicht als friedensstiftend. Wer diesen Krieg und Putins Rhetorik nun aber auch für Schuldzuweisungen an die

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Architekten der Entspannungspolitik des 20. Jahrhunderts nutzt, macht es sich zu einfach. Die Politik der Verständigung zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrags und die Bereitschaft beider Großmächte, Kompromisse im Bereich der Rüstungskontrolle zu finden, hat ganz erheblich mit zur Auflösung der Blockkonfrontation beigetragen.

Die auf Rüstungsbegrenzung und Vertrauensbildung ausgerichtete Politik hat in der Endphase des Ost-West-Konflikts entscheidend dazu beigetragen, dass in Europa mehr Menschen als zuvor in relativer Sicherheit und demokratischen Verhältnissen leben konnten. Man hätte den Ansatz kooperativer Sicherheitspolitik anschließend aber nicht leichtfertig über Bord werfen und allein auf die Dominanz der militärischen Logik setzen dürfen. Die Erosion der Rüstungskontrolle und dass Russland wiederholt von westlicher Seite in wichtigen Entscheidungen und Verhandlungsforen ignoriert oder an den Rand gedrängt wurde (Kosovo, Irak, Libyen), sind wichtige Faktoren in der Geschichte eines Konflikts, der sich seit vielen Jahren entwickelt und immer weiter zugespitzt hat. Zu weiteren Faktoren gehören sicher auch ökonomische Probleme Russlands und das zunehmende Streben nach der Abwehr von Demokratiebewegungen vor der eigenen Haustür und in den von Russland beanspruchten Einflusssphären. All die genannten Fakten und Dimensionen unerwähnt zu lassen, wäre unhistorisch und würde den Blick auf zukunftsorientierte Lösungen verstellen. Der hier vorgenommene Blick auf die Vergangenheit sollte nicht dazu dienen, Verantwortung zu relativieren oder Schuldzuweisungen vorzunehmen, sondern Anhaltspunkte für gegenwärtige Herausforderungen und die Gestaltung von Zukunft zu gewinnen. Aktuell geht es um die Fragen: Was könnte helfen, einen Waffenstillstand zu erreichen um das Leben von möglichst vielen Menschen zu retten, wie kann man die Ukraine als souveränen Staat erhalten und wie kann man gleichzeitig eine Ausweitung des Kriegs verhindern? Die Fixierung auf die Maxime, dass jeder Staat ein Recht auf freie Bündniswahl hat, wäre hierfür aber sicherlich keine ausreichende Verhandlungsgrundlage. Wie Bernd Greiner richtig feststellt, ist „der Versuch, Sicherheit mittels der fortgesetzten Ausdehnung des westlichen Militärbündnisses zu schaffen, krachend gescheitert (...). Tatsache ist auch, dass alle Kontrahenten jetzt buchstäblich vor den Trümmern ihrer Politik stehen. Der eine, weil er sich blindlings in eine Sackgasse manövriert hat, die anderen, weil sie mit Putin in dieser Sackgasse feststecken.“ Diese ergebe sich aus der gefährlichen „Kehrseite militärischer Abschreckungspolitik“, dem „aus dem Kalten Krieg sattsam bekannten, in Ost wie West präsenten Kalkül, wonach am besten abschreckt, wer die stärkeren Nerven mitbringt und gegebenenfalls Unberechenbarkeit vortäuscht.“ Auch dem Schlusssatz des Historikers ist zuzustimmen: „Solange einer auf das Militärische fixierten Sicherheitspolitik das Wort geredet wird, solange wird Europa nicht zur Ruhe kommen.“

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Ausblick: Welche Zukunft hat der Frieden in Europa?

Es wäre fatal, die Hoffnung auf die Herstellung einer langfristigen europäischen Sicherheits- und Friedensordnung einfach aufzugeben. Schon vor Monaten hatten ehemalige Bundeswehroffiziere, Diplomaten und FriedensforscherInnen angesichts der Zuspitzung des neuen Ost-West-Konflikts vorgeschlagen, eine mehrjährige Konferenz auf den Weg zu bringen, die sich um die Schaffung einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa bemüht.

Diese Idee mag aktuell und kurzfristig nicht umsetzbar sein, aber sie ist deshalb nicht obsolet. Nur mit einer Reform der existierenden Dialogforen und Instrumente, die Vertrauensbildung und Rüstungsbegrenzung ermöglichen, lässt sich eine neue Sicherheitsordnung in Europa aufbauen. Gleichzeitig muss man die Hoffnung darauf richten, dass sich im Umfeld des Kreml irgendwann wieder Berater Gehör verschaffen, die über diplomatische Erfahrung verfügen und die Vorteile kooperativer Sicherheitsstrukturen zu schätzen wissen. Frieden und Sicherheit in Europa werden langfristig nicht gegen, sondern nur gemeinsam mit Russland herstellbar sein. Dieser Satz, der von namhaften SicherheitspolitikerInnen seit Jahrzehnten geprägt (und auch von Bundeskanzler Olaf Scholz kürzlich wiederholt) wurde, bleibt richtig.

Die NATO-Mitgliedstaaten und Russland sollten vor allem die in der OSZE existierenden Instrumente für Rüstungskontrolle gemeinsam weiterentwickeln, sodass diese auch auf interne Konflikte und Operationen von irregulären Kräften und unkonventionelle Formen der Bedrohung angewandt werden können. Ziel ist eine überprüfbare Konvention über das Verbot unkonventioneller und irregulärer Kriege (also die Unterstützung von Rebellen und bewaffneten Akteuren in Drittstaaten durch Waffen, mediale Einflussnahme und Cyberattacken – bislang Teil der russischen wie auch der US-amerikanischen Militärdoktrin). Zudem sollte man alles daransetzen, die USA und Russland dafür zu gewinnen, dem kürzlich gekündigten Open-Skies-Abkommen, das vertrauensbildende Maßnahmen im Luftraum vorsieht, wieder beizutreten. Friedrich Glasl wies in seinem Aufruf zum Beenden des Ukraine-Kriegs sehr richtig darauf hin, dass die Frage von Krieg und Frieden in Zukunft maßgeblich davon abhängen wird, ob es gelingt, „mit den seinerzeitigen Partnern der KSE-, SALT-, START-Abkommen (...) und mit bedeutenden Staaten wie China, Indien, Iran, Israel (...) eine zeitgemäße globale Sicherheits- und Friedensarchitektur auszuhandeln“. Will man verhindern, dass die Welt immer größerer Unsicherheit ausgesetzt wird, so müssen auf globaler Ebene wieder Kommunikationskanäle und Abkommen etabliert werden, die einen atomar geführten „Weltkrieg aus Versehen“ verhindern. Zudem geht es darum, ein völlig entgrenztes globales Wettrüsten in einer inzwischen multipolaren Welt zu vermeiden. Und auf europäischer Ebene braucht es eine Neuauflage des „Helsinki-Prozesses“, wie es der Friedensforscher Herbert Wulf

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

fordert: ein politisches Projekt, in dem atomare Abschreckung eingehegt wird, mit dem Ziel, wieder zu einer vorhersagbaren Politik zurückzukehren und den Weg für Rüstungskontrollverhandlungen über grenznahe Waffensysteme zu ebnen. Dabei müsste aber das oberste Prinzip beherzigt werden, das den ersten Helsinki-Prozess im ausgehenden 20. Jahrhundert leitete: die Beachtung völkerrechtlicher Prinzipien, die in den vergangenen Jahren nicht nur von Russland, sondern auch von westlichen Akteuren verletzt wurden.

Wir brauchen eine europäische Sicherheitsarchitektur, die von allen Seiten mitgetragen wird, die garantiert, dass Grenzen geachtet werden und dass sich Sicherheit nicht nur an militärischer Logik, sondern an den Bedürfnissen der Menschen – also am UN-Konzept der „menschlichen Sicherheit“ orientiert. Eine solche Struktur sollte weder von Russland diktiert, noch von den Vereinigten Staaten dominiert werden, sondern eine völlig neue, europäische Ausrichtung haben. Die Grundlage dafür bietet die OSZE, nicht der Ausbau von Militärbündnissen in Ost und West, die sich dann nach dem Vorbild des Kalten Krieges waffenstarr gegenüberstehen. Schon jetzt übertreffen die Arsenale der NATO-Mitgliedstaaten die Potenziale Russlands um das Vier- bis Fünffache. Das sollte für eine effektive Bündnisverteidigung definitiv ausreichen. Eine weitere Hochrüstung würde nicht mehr Sicherheit schaffen, sondern dazu führen, dass für die Bewältigung der großen Krisen, die die Menschheit herausfordern – Pandemien, die Klimakrise und das Artensterben – keine Mittel mehr zur Verfügung stehen.

»Die Ukraine ist nicht einmal ein Staat« Von der Geschichtsfälschung zum Angriffskrieg von [Mykola Borovyk](#) Aus: [»Blätter für deutsche und internationale Politik«](#) 4/2022, S. 47-53

Zu den Ursachen der globalen Krise, in der sich die Welt aktuell befindet, gehören mangelndes Wissen und propagandistische Manipulation. Verwirrt blicken jetzt viele auf die Geschehnisse in der Ukraine, und dafür sind unter anderem jene Wissenschaftler und Publizisten verantwortlich, deren Expertise versagt hat – sowohl in Bezug auf Russland als auch in Bezug auf die Ukraine. Eigentlich könnte man meinen, die russische Invasion der Ukraine habe alle Zweifel oder Mehrdeutigkeiten beseitigt. Und dennoch stoßen wir weiter auf absurde geopolitische Thesen über die Ursachen dieses Krieges, und weiterhin werden der Ukraine Ratschläge erteilt, wie sie sich selbst oder ihre Außenpolitik ändern sollte, um einen dauerhaften Frieden in Osteuropa zu erreichen. Manche Experten behaupten bis zum heutigen Tag, dass Wladimir Putins Ziele in diesem Krieg unklar sind.

Auch die öffentliche Debatte in Deutschland zeigt, dass hierzulande immer noch Illusionen und falsche Vorstellungen über die Ursachen des Krieges bestehen. Diese Ursachen sind nämlich nicht in den Beziehungen zwischen Staaten und zwischen militärisch-politischen Blöcken zu finden, sondern in Russland selbst. Dem Regime, das sich dort in den letzten zwanzig Jahren entwickelt hat, sind aufgrund seiner Natur Konflikte und Kriege immanent. Als die gesamte westliche Diplomatie versuchte, die russische Großinvasion mit Kompromissen zu verhindern, war der Krieg tatsächlich bereits unvermeidlich. Denn für die Menschen im Kreml, aber auch für viele Russen, sind die Liquidation der Ukraine als Nation und die Auflösung ihrer Staatlichkeit der einzig befriedigende Ausgang dieses Konflikts.

Warum ist dem so? Erlauben Sie mir zunächst einen kurzen historischen Exkurs. Die Geschichte spielt hier sicherlich eine Rolle. Zumindest im Kopf von Putin, der völlig in die Geschichte versunken zu sein scheint – oder genauer, in die absurde Vorstellung, die er sich von ihr macht.

Ukrainer und Russen sind zwei Völker, deren Geschichte tatsächlich eng miteinander verflochten ist, wie es sich so mit den Geschichten von Nachbarvölkern verhält. Als sich in Osteuropa Nationen im modernen Sinne zu bilden begannen, nahmen die Russen die Rolle der dominierenden ethnischen Gruppe des großen Reiches ein. Die Ukraine war in diesem Imperium zwar einer der wichtigsten Randbezirke. Doch obwohl sich ihre Einwohner sprachlich und kulturell von Russen unterschieden, wurde das Land von der offiziellen imperialen Ideologie nicht als eigenständige Nation anerkannt.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Die Ukrainer wurden „Kleinrussen“ genannt, die laut dem offiziellen Narrativ zusammen mit den „Großrussen“ (also den „eentlichen“ Russen) und Weißrussen die drei Zweige des einheitlichen russischen Volkes bildeten. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert setzte die russische Bürokratie diese Idee der „dreieinigen russischen Nation“ mit allen verfügbaren Mitteln um und unterdrückte jeden Versuch, die Idee der ukrainischen Souveränität zu fördern.

Als die russische Autokratie den gesellschaftlichen Spannungen im Zuge des Ersten Weltkriegs nicht standhalten konnte und unterging, gewann die ukrainische Nationalbewegung die Unterstützung von Millionen. Die Ukrainische Volksrepublik, die im Zuge der Revolution von 1917 gegründet wurde, bestand jedoch nur kurze Zeit. Bald wurde sie durch die aus Moskau geführte Rote Armee liquidiert. Aber die ukrainische Nationalbewegung war so groß, dass die Bolschewiki sie nicht einfach ignorieren konnten. Anstelle der Ukrainischen Volksrepublik proklamierten sie die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, die zu einem Teil des neuen politischen Gebildes wurde, der 1922 gegründeten Sowjetunion.

In diesem Staat wurde unter Stalins Herrschaft ein eigenartiges System der Beziehungen im nationalen Bereich geschaffen. Das System beruhte auf persönlicher Gleichheit einerseits und auf Gruppenhierarchie andererseits. Jegliche nationalen „Abweichungen“ der nicht-russischen Völker wurden mit aller Härte bestraft. Gleichzeitig wurden die Vertreter nichtrussischer Nationen, die dem Regime gegenüber hinreichend treu waren, kaum diskriminiert. Die Russen als nationale Gruppe galten jedoch als die wichtigste in der Sowjetunion und Russland hielt sich für den älteren Bruder aller anderen sowjetischen Nationen.

Die Wurzeln des Krieges

Das System schien sehr stabil zu sein. Mit dem Untergang des Kommunismus kam es jedoch zu einem neuen Umbruch: 1991 erklärte die Ukraine ihre Unabhängigkeit; die Sowjetunion löste sich auf. Und von diesem Moment an beginnt die Geschichte des Krieges, über den wir heute sprechen. Seine historischen Wurzeln reichen – wie beschrieben – tiefer in die Vergangenheit. Aber seine konkrete Geschichte beginnt 1991.

Vielen Russen erschien der Zusammenbruch der Sowjetunion als Tragödie. Oder besser gesagt, er wurde später zu einer Tragödie erklärt. Tatsächlich profitierte Russland aber davon, von der Bürde des Imperiums befreit zu sein. Nach einer schwierigen Übergangszeit konnten viele Russen seit den frühen 2000er Jahren, dank der enormen Einnahmen aus dem Export von Gas und Öl, ein Wohlstandsniveau erreichen, von dem sie zu Sowjetzeiten nicht einmal träumen konnten. Aber je weiter die sowjetische Realität zurücklag, desto stärker wurde bei vielen die Sehnsucht nach der verlorenen imperialen Größe.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Genau diese Nostalgie hat Wladimir Putin, der im Jahre 2000 russischer Präsident wurde, ausgenutzt. Für viele Russen, die in den Medien seit Jahren täglich Verschwörungserzählungen präsentiert bekommen, war der Zusammenbruch der Sowjetunion das Ergebnis feindlicher Mächenschaften, einer ideologischen Sabotage. Aus dieser Perspektive betrachtet, war der Zerfall der Sowjetunion gleichbedeutend mit einer Niederlage Russlands. Putin nannte ihn die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.

Sein Wirken als Staatschef zielte daher von Beginn an wesentlich darauf ab, die vermeintliche Niederlage wettzumachen: Das angeblich erniedrigte Russland sollte sich „von den Knien erheben“ und seine frühere Größe zurückgewinnen. Und bei vielen Russen stieß diese Politik auf eine positive Resonanz. Jede Krise, die durch die aggressiven Maßnahmen des Kremls ausgelöst wurde, erhöhte die Zustimmungswerte zu Putins Politik und seine persönliche Popularität. Das gilt auch für die gegenwärtige Invasion.

Das Konzept der „russischen Welt“ wurde zur ideologischen Grundlage einer revanchistischen Politik. Viele Russen sehen ihr Land als eine separate Zivilisation, das letzte Zentrum wahrer Religion, Kultur und traditioneller Werte. Sie glauben an eine besondere russische Mission – nämlich diese Werte und diesen Glauben zu bewahren und die Welt vor moralischem Verfall und Erniedrigung zu retten. Der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche Kirill sagte kürzlich, dass Russland in der Ukraine diejenigen Menschen schützt, die keine Schwulenparaden in ihren Städten haben wollen. Diese „russische Welt“ umfasst dabei mehr als das heutige Russland. Zwar wird nirgendwo definiert, wo ihre Grenzen verlaufen – angesichts der heiligen Töne in diesem Konzept ist jedoch klar, dass die Ukraine und insbesondere Kiew, als das „Taufbecken Russlands“, unbedingt dieser Welt angehören müssen.

Im Weltbild der russischen Führungselite nimmt die Ukraine überhaupt einen ganz besonderen Platz ein. Für Putin, wie auch für viele russische Bürger, ist die Ukraine nicht nur ein feindlicher Staat, eine Marionette des feindseligen Westens. Mehr noch: Für Putin ist die Ukraine eine feindliche Fiktion, die keine historischen Wurzeln hat. Die Ukrainer als Volk existieren für ihn überhaupt nicht. Ein weiteres Problem Putins mit der Ukraine ist, dass sie in der Lage war, ein demokratisches politisches Regime und eine offene Gesellschaft aufzubauen. In der Ukraine gibt es seit 30 Jahren unabhängige freie Wahlen, es herrscht Pressefreiheit. Ein solches Land ist ein schlechtes Beispiel für die Russen.

Die These, die Ukraine und die Ukrainer seien Fiktionen und nicht mehr als ein Instrument in den Händen der Feinde Russlands, hat eine lange Geschichte, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Doch erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, insbesondere während Putins Herrschaft, wurde diese Haltung gegenüber der

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Ukraine zum Mainstream. Putin selbst hat diese Meinung erstmals auf einem Russland-Nato-Treffen 2008 geäußert: „Die Ukraine ist nicht einmal ein Staat. Was ist die Ukraine? Ein Teil ihres Territoriums gehört zu Osteuropa, und ein anderer Teil, und zwar ein Großteil dieses Landes, wurde ihnen von uns geschenkt.“ Die Idee, den ukrainischen Staat aufzulösen oder zu zerteilen, ist oft im russischen Fernsehen zu hören. Für viele Russen sind die Ukrainer Verräter, die schuld sind am Zerfall der Sowjetunion und die damit die slawische Einheit zerstört haben.

Den Aussagen von Putin am Vorabend der Invasion der Ukraine nach zu urteilen, will er mit seinem Angriffskrieg die „Verräter“ bestrafen und die vermeintlichen historischen „Fehler“ korrigieren. Ein Kolumnist der russischen staatlichen Nachrichtenagentur RIA Novosti hat in einem Artikel, der nur aus Versehen kurzzeitig online gestellt wurde, die Ziele des Kremls ganz offen umrissen. Unter dem Titel „Die Offensive Russlands und die neue Welt“ erklärte er, der Krieg diene der „endgültigen Lösung der ukrainischen Frage“. Diese solle nicht den künftigen Generationen hinterlassen werden.

Am Vorabend des Angriffs, am 21. Februar, hielt Wladimir Putin eine lange Rede, die sich fast ausschließlich um die Vergangenheit drehte. Putin wiederholte seine Überzeugung, dass Russen und Ukrainer ein Volk sind. Dementsprechend existierten die Ukrainer als Volk überhaupt nicht. Auch der ukrainische Staat sei ein künstliches Gebilde. Seine bloße Existenz sei das Ergebnis von Lenins verbrecherischen Fehlern und seine Abtrennung von Russland das Ergebnis von Gorbatschows Scheitern. Putins Rede deutete bereits an, dass er diese „Fehler“ korrigieren wollte. „Ihr wollt eine Dekommunisierung?“, fragte Putin drohend. „Wir zeigen euch, was eine echte Dekommunisierung für die Ukraine bedeutet.“

Das Ultimatum, das Putin der Ukraine am Vorabend der Invasion stellte, war ziemlich vage formuliert, aber die Absichten hinter diesem Ultimatum waren klar. Putin forderte die Kapitulation und Entwaffnung der Ukraine und damit den Entzug ihrer Souveränität. Ohne dies wäre es unmöglich, Putins zweite Hauptforderung zu erfüllen – die „Entnazifizierung“ der Ukraine.

Was Letzteres bedeuten soll, haben die Russen nie klar definiert, aber ausgehend von der allgemeinen Logik von Putins jüngsten Reden kann man annehmen, dass es sich um die Beseitigung oder Inhaftierung von Vertretern der ukrainischen politischen und kulturellen Eliten handeln soll. Diese werden im Diskurs der russischen Propaganda ständig als Faschisten oder Nazis bezeichnet. Die wichtigste russische Nachrichtensendung „Vesti“ behauptete beispielsweise am 15. März: „Natürlich sind fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung in der Ukraine unverblümte Neonazis. Darüber hinaus hat der lokale Neonazismus zwei Strömungen: ein ‚reiner‘ – mit Basis in Charkow, und ein massiverer galizischer Bandera-Nazismus – mit

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Basis in der Westukraine. Inclusive der Sympathisanten kommt der Neonazismus landesweit auf 15 bis 20 Prozent Unterstützer.“

In seiner Rede wies Putin auch darauf hin, dass niemand die Menschen jemals gefragt habe, ob sie zur Ukraine gehören wollen. Sollte die Ukraine durch russische Truppen okkupiert werden, würden die russischen Behörden entsprechende Volksabstimmungen abhalten. Welches Ergebnis eine nach russischen Methoden organisierte „demokratische“ Wahl gehabt hätte und haben würde, ist leicht vorhersehbar.

Falsche Mythen

Putins Rede war in einer Hinsicht auch für mich eine Überraschung: Warum hat er nicht einmal versucht, seine brutalen Absichten zu verbergen? Offenbar war er sich, wie anscheinend viele Sicherheitsexperten, eines leichten Sieges so sicher, dass er sich das Vergnügen erlaubte, die Ukraine auch noch zu verspotten. Ein solch vermeintlich künstliches und dysfunktionales Gebilde wie der ukrainische Staat hatte in seinen Augen keine Chance, dem Schlag der angeblich zweitbesten Armee der Welt standzuhalten. Umso unverständlicher muss für Putin der Widerstand des ukrainischen Volkes gewesen sein, das aus seiner Sicht überhaupt nicht existiert.

Laut jüngsten Umfragen glaubt die überwiegende Mehrheit der Ukrainer, dass Putins Ziel darin besteht, die Ukraine als Staat und/oder die Ukrainer als Volk zu zerstören. Das Verhalten der russischen Truppen in der Ukraine bestätigt diese Annahmen voll und ganz. Putin versucht nicht einmal, die Unterstützung der Ukrainer zu gewinnen. Was wir jetzt sehen, ist einfach ein Versuch, das ukrainische Territorium zu erobern. Selbst jene Regionen der Ukraine, in denen tatsächlich ein Teil der Bevölkerung Sympathien für Russland hegte, werden barbarisch bombardiert. Russische Truppen schießen absichtlich auf zivile Objekte, Wohn- und sogar Krankenhäuser. Offensichtlich hat niemand vor, mit der Bevölkerung der eroberten Gebiete oder mit der Ukraine als Subjekt zu verhandeln. Es sieht eher danach aus, als solle die Bevölkerung gezielt vertrieben werden.

Die Ereignisse nach dem 24. Februar 2022 zeigen, wie falsch die Propagandaschemata und Stereotypen sind, die nicht nur Putins Weltbild beherrschen, sondern auch die Wahrnehmung der Ukraine und der Welt stark beeinflussen. Erstens hat der „dysfunktionale“ und „durch und durch korrupte“ ukrainische Staat den kolossalen Schlägen bislang standgehalten, anstatt nach wenigen Tagen zu zerbrechen. Ukrainische Rettungsdienste, Regierungs- und Sicherheitsbehörden bleiben sogar unter ständigem Beschuss funktionsfähig. Bis auf sehr wenige Ausnahmen stellte sich kein Politiker auf die Seite des Feindes.

Als Mythos entpuppte sich auch die Vorstellung, die Ukraine sei ein gespaltenes Land. Dieser Mythos hat sowohl den öffentlichen Diskurs in Europa als auch die akademische Forschung dominiert. Es wurde

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

angenommen, dass die Ukraine eine unüberwindbare territoriale Spaltung zwischen ihrem pro-russischen östlichen und ihrem pro-europäischen westlichen Teil aufweist. In der Realität erleben wir, dass die Bewohner aller Regionen der Ukraine zur Verteidigung des angeblich gespaltenen ukrainischen Staates aufgestanden sind. Auch die Bewohner von Regionen, die als pro-russisch galten, versuchen mit bloßen Händen russische Panzer aufzuhalten, gehen in besetzten Städten auf Straßenproteste und weigern sich, jegliche Hilfe der Besatzer zu akzeptieren. Die Ukraine, die sprachlich und kulturell sehr vielfältig war und ist, hat eine bemerkenswerte Einigkeit gezeigt, wenn es darum geht, gegen die fremde Besatzung Widerstand zu leisten.

Falsche Projektionen

Es ist etwas Erstaunliches passiert: Die Europäer haben lange und sorgfältig in der Ukraine nach Manifestationen des „ukrainischen Nationalismus“ gesucht und waren empfänglich für die Behauptung, der ukrainische Staat unterdrücke die russischsprachige Bevölkerung. Wie der Historiker Bert Hoppe angemerkt hat, sagt diese Vorstellung von der angeblich gespaltenen Ukraine jedoch viel mehr darüber aus, wie in Westeuropa über die Nation gedacht wird als über die Realität der Ukraine. Seit den ethnischen Homogenisierungen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert können sich in Westeuropa manche eine Nation nur noch als eine ethnisch und kulturell homogene Gemeinschaft vorstellen. Ein multiethnisches und vielsprachiges Land wie die Ukraine erscheint vor diesem Hintergrund zwangsläufig als „Problem“.

Und wie verhält es sich mit der Nato? Es ist kein Zufall, dass ich diese Organisation noch nicht einmal erwähnt habe. Nicht die Nato-Osterweiterung hat diesen Krieg ausgelöst, sondern die imperialistischen Ziele Russlands. Russland hat im Laufe der Jahre erfolgreich mit dem Bündnis zusammengearbeitet, und einige Nato-Staaten haben sogar Rüstungsverträge mit Russland abgeschlossen. Die Russen sehen das Bündnis schon allein deshalb nicht als wirkliche Gefahr an, weil sie die westlichen Entscheidungsträger seit langer Zeit für schwach halten, unfähig zu entschlossenem Handeln.

Das Problem mit der Nato besteht für Russland nur darin, dass der Beitritt der Ukraine zum Bündnis den Weg für die Rückkehr des ukrainischen Landes unter die russische Herrschaft endgültig versperren würde. Es sei daran erinnert, dass Putin auch hartnäckig versucht hat, den Abschluss eines Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union zu verhindern. Am Vorabend des russischen Angriffs zeigte die ukrainische Führung deutlich ihre Bereitschaft, alternative Wege kollektiver Sicherheitsgarantien für die Ukraine zu diskutieren. Doch das hielt Putin nicht auf. Genauso wenig wie die Diplomatie, auf die in europäischen Regierungen so viele Hoffnungen gesetzt wurden.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Ich habe aus dem Westen bereits Vorschläge gehört, dass der einzige Ausweg aus diesem Krieg die Kapitulation der Ukraine wäre. Putins Pläne aber lassen vermuten, dass eine Kapitulation der Ukraine nur eine noch größere Katastrophe nach sich zöge als die, die wir heute erleben. Kurz vor dem Angriff benutzte er in seiner für die Ukrainer bestimmten Rede ein Zitat aus einem Lied einer russischen Punk-Rock-Band, in dem es um Vergewaltigung geht: „Ob es dir gefällt oder nicht, da musst du durch, meine Süße“. Und jetzt ist dieser Krieg für die absolute Mehrheit der Ukrainer nicht nur ein Krieg für das Überleben ihrer Nation. Und es ist nicht nur ein Krieg für die Freiheit. Es ist ein Krieg für die Wahrung der eigenen Menschenwürde, die Putin mit Füßen treten will. Eine Kapitulation würde, davon bin ich überzeugt, eine moralische Katastrophe nicht nur für die Ukrainer selbst, sondern für die gesamte zivilisierte Welt bedeuten.

Diktaturen sind für alle gefährlich

Die westliche Welt, die den Ruf „nie wieder“ so oft wiederholt hat, hat gelassen der Bildung eines russischen Regimes zugesehen, das sich das Ziel setzte, die ukrainische Nation zu zerstören. Bewahrt uns die weltberühmte Vergangenheitsbewältigung wirklich vor der Wiederholung der Tragödien der Vergangenheit? Wie konnte es dazu kommen, dass das Putin-Regime, das sich offen zur Ideologie des revanchistischen imperialen Nationalismus bekennt, lange ein legitimer Teilnehmer der G8 war? Haben die Europäer wirklich an ihrer kolonialen Vergangenheit gearbeitet? Warum wurde die Stimme der Ukrainer immer als die Stimme „engstirniger Nationalisten“ wahrgenommen und warum waren Leute wie Putin so lange respektable Partner? Wie ist es überhaupt möglich, dass ein Staat in Europa im 21. Jahrhundert ein Nachbarland angreift und diesen Angriff mit Lügen über die Bedrohungen für eigene Sicherheit rechtfertigt? Leben die Vereinten Nationen überhaupt noch?

Ich bin davon überzeugt, dass auch die Wertekrise im Westen ein grundlegender Faktor für die aktuelle Situation in der Welt ist. Diese Krise manifestierte sich vor allem im Widerspruch zwischen dem deklaratorischen Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie und der Tolerierung diktatorischer Regime in der Praxis. Es ist den westlichen Entscheidungsträgern schon längst bewusst, dass es in Russland seit mehreren Jahren keine Pressefreiheit mehr gibt. Dass in Russland Oppositionelle ermordet werden. Dass Russland brutale Diktaturen überall auf der Welt unterstützt. Aber Russland blieb dennoch immer ein begehrter Handelspartner und konnte aus dem Westen Technologien importieren, um seine Armee aufzubauen. Und jetzt bedroht dieses Monster, das der kollektive Westen wachsen ließ, die ganze Welt.

Eines müssen wir daher aus der heutigen Krise an erster Stelle lernen: Wir müssen uns bewusst werden, dass Diktaturen für alle gefährlich sind. Auch für diejenigen, die nicht unter dieser Diktatur

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

leben. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Krieg für die demokratische Welt ein Moment der Wahrheit ist. Die Globalisierung, von der so viel die Rede war, ist nicht in dem Sinne Wirklichkeit geworden, wie alle gehofft haben. Was wir jetzt sehen, ist keine postnationale Welt, die von Wirtschaftswachstum und Umweltprojekten durchdrungen ist. Wir rutschen eindeutig in eine Welt ideologischer Konfrontation und des globalen Kampfes um Einflussphären. Wenn die Ukraine fällt, wird das nicht das Ende, sondern der Beginn der Tragödie sein.

In der deutschen Verfassung ist verankert, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Dieses Recht steht vor dem Recht auf Leben. Die Ukrainer, die jetzt an der Front sterben, gehören zu den wenigen, für die dieses Prinzip nicht bloß leere Worte sind. Sie werden bis zum Letzten kämpfen. Letztendlich bleibt der Ukraine keine andere Wahl, als zu kämpfen.

Der Beitrag basiert auf dem Vortrag „Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Ideologische Grundlagen und rhetorische Rechtfertigung“, den der Autor am 17.3.2022 im Potsdamer Einsteinforum gehalten hat, www.einsteinforum.de

„Der Krieg in der Ukraine - Analyse und Folgerungen“

13. April 2022 , Hermann Mahler, attac

Während ich diesen Beitrag schreibe, geht der Krieg Russlands gegen die Ukraine mit all seiner Grausamkeit in die siebte Woche und ein Ende der Kämpfe ist nicht in Sicht. Noch immer erreichen uns täglich schreckliche Meldungen und Bilder von diesem Krieg, von zivilen Opfern, von Menschen, die fassungslos in den Ruinen ihrer zerbombten Häuser umherirren oder die verzweifelt versuchen, aus den umkämpften Gebieten zu fliehen.

Auch wenn die Kriegseignisse gefühlsmäßig schwer verkraftbar sind und auch bei uns zu Fassungslosigkeit und Ängsten führen, obwohl wir nicht direkt betroffen sind, will ich versuchen, den russischen Überfall auf die Ukraine etwas umfassender zu beleuchten. Bei den dafür notwendigen rationalen und analytischen Überlegungen sollten uns die imperialistischen Anmaßungen der russischen Regierung gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht der Ukraine und das dadurch verursachte Leid bei der ukrainischen Bevölkerung aber stets bewusst sein.

Globale Expansion der imperialistischen Zentren

Der Ukrainekrieg findet im Kontext der zunehmenden imperialistischen Konkurrenz und Expansionsbestrebungen der drei Großmächte und ihrer Bündnisse statt. Attac unterstützt oder bevorzugt keine der imperialistischen Mächte bei ihren Bestrebungen, die globale Vormachtstellung zu erlangen oder wiederzuerlangen. Wir dürfen sie aber auch nicht ignorieren und müssen sie bei der Beurteilung des Ukrainekrieges mitdenken, auch deshalb, weil dieser Krieg sich zu einem weitaus gefährlicheren Konflikt zwischen den Atommächten Russland, den Vereinigten Staaten und zunehmend auch China ausweiten könnte. Deshalb einige Bemerkungen dazu.

EU, USA und NATO

Deren Expansionsbestrebungen der letzten dreißig Jahre kann ich hier als bekannt voraussetzen, ich verweise deshalb nur auf die militärischen Interventionen, unter anderem auf dem Balkan, in Afghanistan, im Irak, in Libyen, die Beteiligung am Syrienkrieg und die verstärkte militärische Präsenz im Südpazifik.

Ein weiteres Beispiel der tendenziell aggressiven Geopolitik der USA ist der Iran. Mit dem Ausstieg aus dem Atomabkommen und dem Handelsembargo versuchen die USA, den Iran zu destabilisieren und einen Regime-Wechsel anzustoßen. Dies würde China erheblich treffen, weil der Iran ein wichtiger Bestandteil des Seidenstraßen Projekts ist und außerdem Öl an China liefert.

Zur Expansion des Westens gehört die Erweiterung der Nato in Osteuropa. Dabei spielte auch das Drängen der neuen Mitgliedstaaten vor deren Aufnahme in die Nato eine Rolle, das mit der Begründung

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

erfolgte, sich aus historischen und aktuellen Gründen von Russland bedroht zu fühlen. Andererseits fühlt sich Russland durch deren Nato-Mitgliedschaft bedroht.

Wie auch immer, ich denke, es ist unter uns weitgehend unstrittig, dass der Westen nach 1991 nicht bereit war, mit Russland, mit den autonom gewordenen ehemaligen Sowjetrepubliken sowie den anderen Staaten des Warschauer Pakts ein gemeinsames Sicherheitskonzept zu entwickeln und dass dies ein fundamentaler und inzwischen auch viel kritisierte Fehler war.

China

Von China, als Verteidiger des Prinzips nationaler Souveränität, erfolgten keine direkten militärischen Interventionen, aber die massive Unterdrückung von Minderheiten im Inneren, das aggressive Vorgehen in Hongkong und die zunehmende Drohkulisse gegenüber Taiwan müssen an dieser Stelle erwähnt werden. Hauptsächlich geht es jedoch um Chinas ökonomische Expansion. Nicht erst seitdem China die USA vor acht Jahren im Welthandel überholt hat, ist das Land zur Weltmacht aufgestiegen und expandiert zunehmend.

Dies wird deutlich durch riesige globale Infrastrukturprojekte wie die neue Seidenstraße, Schifffahrtsverbindungen durch den nördlichen Seeweg (Arktis) oder den Erwerb und den Bau von ausländischen Häfen (u.a. Piräus). Chinesische Firmen sind die größten Investoren in Afrika und Lateinamerika, und China dominiert das 2020 gegründete, weltweit größte Freihandelsabkommen namens "Regional Comprehensive Economic Partnership" (RCEP), das fast ganz Asien umfasst und 30 Prozent, beziehungsweise mit Indien 40 Prozent, des Welthandels abwickelt. Ihm gehören die zehn ASEAN-Staaten an (Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam) sowie fünf Partnerländer des "Free Trade Agreements" (Australien, China, Japan, Neuseeland und die Republik Korea).

Die wirtschaftliche Expansion Chinas birgt aber auch erhebliches Konfliktpotenzial. Das Land dominiert den 2001 gegründeten Shanghai-Kooperationsrat (Shanghai Cooperation Organisation, SCO), dem Russland, Indien, Pakistan und die zentralasiatischen Republiken angehören und demnächst wohl auch der Iran und Afghanistan. Diese Organisation vertritt 40 Prozent der Weltbevölkerung. In ihr stimmen die Mitgliedsstaaten ihre Sicherheitspolitik ab und führen in diesem Rahmen auch jedes Jahr Militärmanöver durch, auch in den Gewässern des Südchinesischen Meeres, die von China als Interessengebiet beansprucht werden. Rechte auf diese Gewässer reklamieren aber auch die Anrainerstaaten Vietnam, Indonesien, die Philippinen, Malaysia, Brunei und Taiwan.

Im Südchinesischen Meer errichtet China bereits seit längerem Militärbasen, indem es Riffe und Atolle zu Inseln aufschüttet. Damit sollen die hier vermuteten Bodenschätze gesichert werden, außerdem

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

sind dies ideale Stützpunkte zur Sicherung der Handelswege. Dass der Internationale Gerichtshof das Vorgehen Chinas im Südchinesischen Meer verurteilt hat, ignoriert die chinesische Regierung.

Dieses Meeresgebiet kann jederzeit Ausgangspunkt eines globalen Konflikts werden, dies wurde zuletzt Ende 2020 deutlich, als US-Präsident Biden die von Trump 2017 eingeführten Manöver "Freedom of Navigation Operations" (FONOPs) im Südchinesischen Meer fortsetzte, womit Chinas Ansprüche auf dieses Seegebiet erneut in Frage gestellt wurden.

Mit Japan hat China Auseinandersetzungen wegen der Senkaku-Inseln, außerdem gibt es immer wieder kleinere bewaffnete Konflikte mit Indien wegen der Himalaya-Grenze.

Bemerkenswert ist Chinas bisherige Haltung zum Ukrainekrieg. Die chinesische Staatsführung hat die russische Aggression bisher zwar nicht verurteilt und auch nicht für Russlands Ausschluss aus dem UN-Menschenrechtsrat gestimmt, sich trotz der vielfältigen Verbindungen und der traditionellen Nähe zu Russland den russischen Rechtfertigungsversuchen für diesen Krieg aber auch nicht angeschlossen. Chinas Haltung ist insgesamt ambivalent und verfolgt das Ziel, sich alle Optionen offen zu halten. Dafür setzt die Führung auf einen multipolaren und im Vergleich zu Russland kooperativeren Umgang mit internationalen Beziehungen, bei gleichzeitiger Verstärkung seiner militärischen Präsenz.

Russland

Russland versucht seit Putins erster Präsidentschaft im Jahr 2000, wieder global an Einfluss zu gewinnen, sowohl in den ehemaligen Sowjetrepubliken als auch darüber hinaus. Beispiele sind die militärischen Interventionen in Tschetschenien, in Georgien, in Syrien, in Libyen und im Sahel (wo die Söldner der berüchtigten Wagner Gruppe operieren) sowie 2014 die Besetzung von Krim und Donbas und jetzt der Angriff auf die Ukraine.

Russland expandiert aber auch ökonomisch und verfolgt dabei eine langfristig angelegte politisch-militärische Strategie, um Zugang zu wichtigen Bodenschätzen und Märkten in Afrika zu erlangen. Dem dienen Waffenlieferungen, Sicherheitskooperationen, aber auch Infrastrukturleistungen, einschließlich dem Bau von Atomkraftwerken.

Russland reaktiviert Beziehungen zu Ländern mit wichtigen Rohstoffen aus der Zeit der antikolonialen Befreiungskämpfe (Angola, Südafrika) und versucht, instabile Verhältnisse in afrikanischen Staaten zu nutzen, um dort wie beispielsweise in der zentralafrikanischen Republik 2018 mit Söldnern und Militärberatern Fuß zu fassen.

2019 fand auf Putins Einladung der Russland-Afrika Gipfel in Sotchi statt. Viele Abkommen, die dort angestoßen wurden, lassen sich unter der Überschrift "Waffen gegen Rohstoffe" zusammenfassen. Russland

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

ist heute der größte Waffenlieferant des afrikanischen Kontinents.

Motive und der Begründung des Kriegs in der Ukraine

Bei der Expansion Russlands spielen die potenzielle Bedrohung durch die Nato und der internationale Bedeutungsverlust seit dem Ende der Sowjetunion sicher eine wichtige Rolle. Zumindest gleichbedeutend dürfte aber das bisherige Scheitern der von Putin versprochenen Modernisierung des Landes sein. Die russische Wirtschaft stagniert seit Jahren und ist geprägt durch eine extrem ungleiche Verteilung des Wohlstands. Der relative wirtschaftliche Niedergang im Vergleich zu China und den anderen kapitalistischen Zentren ist deutlich.

Mit der Begründung, die Ukraine zu entnazifizieren, verdreht Putin nicht nur auf groteske Weise die geschichtlichen Fakten, er entwertet auch die Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus und verhöhnt dessen Opfer.

Mit seinem Aggressionskrieg versucht er, von den sozialen und ökonomischen Schwierigkeiten abzulenken. Vor allem geht es ihm aber um die Verwirklichung seiner großrussischen Vision und seiner Großmachtpläne, auf die er die Bevölkerung einschwört. Seine Begründung ist zwar nicht haltbar, aber es wäre ein Fehler, sie einfach abzutun. Putin ist ein skrupelloser Autokrat, er hat die Opposition und seine Kritiker*innen auf brutale Weise ausgeschaltet, inhaftiert und teilweise auch liquidiert. Er ist der Anführer des russischen christlichen Nationalismus und wird vom reaktionären orthodoxen Klerus unterstützt, mit dem er eng verbunden ist.

Dieser sieht Russland traditionell als Ziel einer Verschwörung der globalen Elite, die unter dem Deckmantel der liberalen Demokratie und der Menschenrechte den christlichen Glauben und die russische Nation angreift. Dabei spielen die Dämonisierung von Homosexualität und Feminismus sowie die Überhöhung des Patriarchats eine besondere Rolle. So gesehen ist es auch nicht zufällig, wenn der Moskauer Patriarch Kyrill sagt, in der Ukraine finde der Kampf gegen die "Schwulen" statt.

Von christlichen Nationalisten in der ganzen Welt bis in weite Teile der extremen Rechten wird Putin als globaler Anführer angesehen. Seine Ideologie basiert unter anderem auf dem autoritären und neoliberalen Großraumdenken des russischen Theoretikers Alexander Dugin und den Veröffentlichungen des von Putin verehrten antisemitischen Schriftstellers und Journalisten Alexander Prochanow, der ein eurasisches Weltreich propagiert.

Putins Propaganda richtet sich aber nicht in erster Linie an den Westen, sondern appelliert im Inland an den christlichen Nationalismus und Chauvinismus mit seiner Ablehnung der westlichen Wertvorstellungen und den dortigen dekadenten Lebensweisen.

Kurzer Exkurs zur Ukraine

Auch in der Ukraine gibt es verschiedene rechtsextreme

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Gruppierungen. Die einflussreichste ist das Asow-Bataillon, eine rechtsextreme nationalistische Milizgruppe, die aus ca. 2000 ideologisch hochmotivierten und bestens ausgebildeten Kämpfern besteht. Sie wurde vom ukrainischen Staat mit Panzern und Artillerie ausgestattet und in die Armee integriert. Bei ihrer Beteiligung an den Wahlen 2019 mit einer eigenen Partei erhielten sie und die gesamte ukrainische extreme Rechte allerdings nur zwei Prozent der Stimmen.

Es ist richtig, Nationalismus und antirussische Ressentiments haben seit 2014 bis vor dem Krieg zugenommen. Auch Präsident Selenskyi hat sich wiederholt nationalistisch geäußert, niemals jedoch einen vergleichbaren nationalen Chauvinismus vertreten wie Putin.

Der gemeinsame ukrainische Widerstand gegen die russische Aggression hat sprachliche, religiöse und ideologische Trennungslinien in der zuvor fragmentierten ukrainischen Gesellschaft zumindest vorübergehend verringert. Nach Informationen auch von kritischen Ukrainer*innen war die ukrainische Gesellschaft noch nie so vereint wie jetzt. Vor allem die teilweise auch aggressiven Ressentiments gegen den russischsprachigen Teil der Bevölkerung scheinen durch dessen mehrheitliche Beteiligung am Kampf gegen die russischen Invasoren an Bedeutung verloren zu haben.

Auch die politische Linke, die vor dem Krieg versucht hat, deeskalierend zu wirken, und deshalb häufig als fünfte Kolonne Moskaus bezeichnet wurde, hat sich am Kampf gegen die russische Invasion beteiligt und dadurch an Akzeptanz gewonnen. Ob dies nur vorübergehende Erscheinungen sind und wie stark die rechtsextremen Strukturen nach dem Krieg sein werden, ist derzeit nicht absehbar.

Unsere Haltung zum Krieg in der Ukraine

Die ukrainische Gesellschaft hat sich mit breiter Mehrheit und in großer Solidarität für militärischen Widerstand gegen die russischen Angreifer entschieden. Das Recht auf Selbstverteidigung ist ihr durch die UN-Charta gegeben. Dies haben wir zu akzeptieren, es steht uns nicht zu, der Ukraine diesbezüglich Ratschläge zu geben oder sie zu kritisieren.

Für pazifistische Strategien gibt es keine gesellschaftlichen Voraussetzungen. Ziviler Ungehorsam oder passiver Widerstand kann dort praktiziert werden, wo kein militärischer Widerstand mehr möglich ist, dies ist ja teilweise auch geschehen.

Unsere Haltung zum Ukrainekrieg haben wir in der [Erklärung des Attac-Koordinierungskreises vom 11. März 2022](#) dargelegt. Seitdem haben einige ihre Haltung zur Ablehnung von Waffenlieferungen revidiert oder differenziert. Wir sind aber eindeutig gegen die Hochrüstungspläne von Bundesregierung und Nato und deren Finanzierung.

Es muss uns darum gehen, zu einer möglichst schnellen Beendigung des Krieges beizutragen mit dem Ziel, eine über die Ukraine

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

hinausgehenden Friedensregelung zu erreichen. Dazu gehört es, den Druck auf Russland zur Beendigung des Krieges möglichst zu erhöhen, die Opposition in Russland wo immer möglich zu unterstützen, aber auch Geflüchtete und Deserteur*innen aus beiden Ländern bei uns uneingeschränkt aufzunehmen.

Praktische Ansätze dazu entstehen bisher nur langsam. Ich denke, wir sollten uns darum bemühen, sie zu unterstützen und uns daran zu beteiligen.

"Putin hat offensichtlich aus dem Kalten Krieg gelernt"

von Bernd Greiner, ZEIT-Online 29.5.2022

Russlands Drohungen mit Atomwaffen sind nicht ohne Vorbild, sagt der Historiker Bernd Greiner. Also alles nur ein Psychospiel? Ein unberechenbares Risiko in jedem Fall.

Bernd Greiner kennt den Kalten Krieg wie wenige andere. Der Historiker und Politologe sieht einige Parallelen zur heutigen Lage – und rät zur Besonnenheit.

ZEIT ONLINE: Herr Greiner, in Ihrem Buch *Made in Washington* schreiben Sie: "Wirksame Außenpolitik kann nur betreiben, wer das Handwerk der Einschüchterung, Nötigung und Erpressung beherrscht und den Rest der Welt von seiner Bereitschaft zum Risiko überzeugt – das Wagnis eines Einsatzes von Nuklearwaffen eingeschlossen." Wladimir Putin ist demnach ein guter Außenpolitiker?

Bernd Greiner: Dieses Zitat bezieht sich auf das Welt- und Politikbild der wichtigsten Akteure im Kalten Krieg. Und Putin hat bestimmte Lektionen aus dieser Zeit gelernt, er beherrscht die Methode der Einschüchterung. Atomwaffen sind eigentlich stumpfe Waffen, wer sie einsetzt, riskiert die Selbstvernichtung. Das hat aber seit 1945 Politiker in Ost und West nicht davon abgehalten, mit einem Atomschlag zu drohen. In ihrer Tradition steht Putin, wie sie versucht er, eine militärisch stumpfe Waffe politisch zu schärfen und daraus propagandistisches Kapital zu schlagen. Nikita Chruschtschow war ein Großmeister dieser Form der Erpressung.

ZEIT ONLINE: Wie ging Chruschtschow vor?

Greiner: Von ihm ist der Satz überliefert, man müsse seinen Gegner bis zur Weißglut reizen, wenn man es selbst zu etwas bringen wolle. Chruschtschow hatte die Mentalität eines Zockers. Er legte es nicht auf einen Krieg an, war aber bereit, ein hohes Risiko einzugehen. Dabei sollte die Welt glauben, dass die Sowjetunion ihren Konkurrenten bei bestimmten Waffensystemen deutlich überlegen sei. Im Oktober 1961 hat er deshalb die "Zar-Bombe" testen lassen, mit weit über 50 Megatonnen das größte Nuklearmonster, das jemals zur Explosion gebracht worden ist. Noch mehr provozierte er ein Jahr später mit der Verschiffung von Mittelstreckenraketen nach Kuba.

ZEIT ONLINE: Das erinnert an die aktuelle russische Staatsführung, die immer wieder betont, über was für ein gewaltiges Waffenarsenal sie verfügt.

Greiner: Das stimmt. Mit einem Unterschied – Chruschtschow war ein Prahler. Er redete zwar ständig davon, dass sein Land Interkontinentalraketen produzieren würde wie andere Leute Bratwürste. Tatsächlich aber war die UdSSR den Amerikanern, ja allen westlichen Nationen zusammen, atomar in geradezu grotesker Weise unterlegen. Sie konnte damals weder bei Trägersystemen noch bei der Zahl der Sprengköpfe auch nur annähernd mithalten. Das hat

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Chruschtschow aber nicht davon abgehalten, sich wie ein 800-Pfund-Gorilla aufzuführen.

ZEIT ONLINE: Wie ist die Lage heute? Sehen Sie eine Parallele zum Kalten Krieg?

Greiner: Nach der Kuba-Krise hat die Sowjetunion massiv aufgerüstet und den Vorsprung des Westens egalisiert, in manchen Bereichen hat man mittlerweile sogar einen Vorsprung – was immer das heißt bei einem Potenzial, mit dem beide Seiten die Welt gleich mehrfach pulverisieren können. Wir beobachten den typischen Kreislauf der Überrüstung. Die eine Seite, in diesem Fall die Amerikaner, bastelt an einem Raketenschirm, die andere, nämlich die Russen, entwickelt Hyperschallwaffen, gegen die es praktisch keine Abwehr gibt. Und so weiter und so fort. Jede Seite weiß, dass ihr relativer Vorsprung von heute schon morgen Geschichte sein wird, macht aber trotzdem weiter, weil man auf den Vorteil des Augenblicks erpicht ist.

ZEIT ONLINE: Haben nur die Sowjets im Kalten Krieg mit Atombomben gedroht?

Greiner: Keineswegs. John F. Kennedy beispielsweise hat während der Kuba-Krise, als die Welt tatsächlich am atomaren Abgrund stand, in einer Fernsehrede gesagt, dass die USA unter bestimmten Bedingungen und zur Wahrung lebenswichtiger Interessen auch einen Atomkrieg führen würden. Wobei allerdings in der Schwebe blieb, was mit vitalen Interessen oder mit bestimmten Bedingungen gemeint war. Im Ungefährnen zu bleiben, gehört zu diesem Psychospiel dazu. Putin hat offensichtlich aus dem Kalten Krieg gelernt.

ZEIT ONLINE: Aus diesem Spiel mit gegenseitigen Drohungen kann aber schnell gefährlicher Ernst werden?

Greiner: Absolut. Es ist schlicht unverantwortlich, mit Atomwaffen zu drohen, egal von welcher Seite diese Drohung ausgeht. Erst recht in Krisensituationen. Denn das wichtigste Merkmal von Krisen ist nun einmal ihre Unberechenbarkeit, die Tatsache, dass Dinge aus dem Ruder laufen und zum Selbstläufer werden können. Wer unter diesen Voraussetzungen die allseitige Unsicherheit noch weiter anheizt, begibt sich auf eine abschüssige Bahn, spielt mit Faktoren, die man nicht kontrollieren kann. Anders gesagt: Es wird in Kauf genommen, dass am Ende Prozesse in Gang gesetzt werden, die man anfänglich gar nicht gewollt hatte.

ZEIT ONLINE: Im Westen fühlen sich viele Spitzenpolitiker von Putin getäuscht, sie verstehen nicht, wie er aktuell agiert. Auch Experten sagen, sie wissen gerade nicht, wie die Entscheidungsprozesse im Kreml ablaufen. Wie gefährlich ist das?

Greiner: Wir glauben heute, viel mehr Informationen zu haben als noch vor Jahrzehnten. Was einerseits stimmt. Mit Blick auf den Kreml aber kann davon keine Rede sein. Im Gegenteil. Während des Kalten Krieges wussten wir viel mehr über interne Konflikte im politischen

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Apparat oder über die Rivalität zwischen verschiedenen Machtzentren. Heute ist der Kreml eine Black Box. Genau darauf hat es Putin angelegt. Er kommt aus dem Geheimdienst, nicht aus dem öffentlichen Dienst, er weiß sehr genau, wie er die Gegenseite hinter die Fichte führen kann. Und ich habe manchmal den Eindruck, er genießt das geradezu.

ZEIT ONLINE: Waren die beiden Supermächte im Kalten Krieg berechenbarer?

Greiner: Viele meinen, dass die Beziehung zwischen Ost und West im Kalten Krieg klarer und kalkulierbarer als heute war. Ich sehe das anders. Es gab damals zig Krisen, die plötzlich eskaliert sind. Kein Mensch hätte 1962 damit gerechnet, dass Chruschtschow es wagen würde, im amerikanischen Hinterhof, also auf Kuba, Atomraketen zu stationieren. Oder denken Sie an den Korea-Krieg. Kaum jemand hat 1950 erwartet, dass der Norden in dieser Massivität gegen den Süden losschlagen würde. Auch die Suez-Krise 1956 kam überraschend. Ich könnte Ihnen noch zig weitere Beispiele aufzählen. Sie zeigen allesamt, dass die Rede von einer Stabilität im Kalten Krieg einfach nur geschichtsvergessenes Gerede ist.

ZEIT ONLINE: Wladimir Putin begründet seinen Angriff auf die Ukraine mit der Nato-Osterweiterung. Wie sehen Sie das?

Greiner: Putins Kriegs begründungen sind reine Propaganda. Und im Grunde eine Beleidigung des gesunden Menschenverstands. Niemand ist gezwungen, gleich das Militär einzusetzen, wenn er sich unter Druck fühlt. Das gilt für die Osterweiterung der Nato ebenso wie für das Bündnisangebot an die Ukraine. Politik ist immer eine Wahl zwischen Alternativen und kein blindes Befolgen irgendeiner Zwangsläufigkeit. Michail Gorbatschow hat in den 1980er Jahren gezeigt, wie man sich aus einer als bedrohlich wahrgenommenen Lage mit den Mitteln der Diplomatie befreien kann. Er rückte von der Maximalforderung ab, dass Moskau erst über Mittelstreckenraketen verhandeln würde, wenn die USA ihre Arbeit an weltraumgestützten Abwehrsystemen aufgeben. Im Grunde hat er den gordischen Knoten durch eine einseitige Vorleistung gelöst – mit dem Ergebnis, dass 1987 tatsächlich der erste Abrüstungsvertrag im Kalten Krieg geschlossen und die Verschrottung aller in Europa dislozierten Raketen mit einer Reichweite von 500 – 5.000 Kilometern vereinbart wurde. Leider kam diese Herangehensweise in den 1990er Jahren unter die Räder.

ZEIT ONLINE: Was waren die Konsequenzen?

Greiner: Man hat in der Folge zwar viel über Rüstungskontrolle geredet und auch den einen oder anderen Vertrag geschlossen. Aber eine belastbare Sicherheitsarchitektur kam nicht zustande. Und zwar aus einem einfachen Grund: Weil das alte Denken konserviert wurde, die Vorstellung, dass Sicherheit in erster Linie im Militärischen gründet und eine Ausweitung von Militärallianzen mehr Sicherheit

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

schaft. Die Geschichte dieser Versäumnisse wird noch zu schreiben sein. Und mit ihr auch die Geschichte westlicher Irrungen und Wirrungen.

ZEIT ONLINE: Wie hat die russische Führung damals auf die Erweiterung der Nato reagiert?

Greiner: Moskau hat die Nato-Osterweiterung, vom Baltikum bis nach Bulgarien, lange Zeit akzeptiert. Vermutlich spielte die innenpolitische Krise dabei die Hauptrolle. Man hatte nach dem Ende des Kalten Krieges alle Hände voll zu tun, um den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern. Die Situation veränderte sich schlagartig, als die Regierung Bush Jr. die Axt an das Kernstück der Rüstungskontrollpolitik legte und 2001 den ABM-Vertrag aufkündigte, also vom Verbot antiballistischer Raketenabwehr abrückte. Nachdem 2007 zudem Pläne für eine Stationierung amerikanischer Abfangsysteme in Osteuropa durchgesickert waren, schaltete Moskau auf Konfrontation. Und just in dieser ohnehin angespannten Situation preschte Washington ein weiteres Mal vor und stellte im April 2008 Georgien und der Ukraine eine Nato-Mitgliedschaft in Aussicht.

ZEIT ONLINE: Das klingt ein wenig nach der Argumentation Putins, er habe keine Wahl gehabt, als auf die angebliche Drohung durch die Nato zu reagieren. Hat er doch recht?

Greiner: Auf keinen Fall, Auswege hätte es immer gegeben. Und dies alles soll den Überfall auf die Ukraine nicht entschuldigen oder in einem milderen Licht erscheinen lassen. Aber es erklärt, wie das politische Klima Schritt für Schritt vergiftet wurde. Und wie in Moskau die alte Begehrlichkeit wiederbelebt wurde, endlich wieder als Weltmacht anerkannt zu werden. Oder den USA ihre langen Arme zu stützen, wie Chruschtschow es gesagt hätte.

ZEIT ONLINE: Die Zweitschlagfähigkeit und die Möglichkeit, auf eine Bedrohung militärisch zu antworten, bleiben für Russland entscheidend?

Greiner: In jedem Fall. Wir dürfen nie vergessen, in welcher übermilitarisierten Welt wir seit Jahrzehnten leben. Russland orientiert sich stets an den Vereinigten Staaten, will unter keinen Umständen als der Schwächere dastehen. Und die USA haben ihrerseits nie einen Hehl daraus gemacht, dass Gleichgewicht ein Synonym für amerikanische Überlegenheit ist. Die Zahlen und Daten sprechen für sich. Die USA haben momentan elf Flugzeugträger im aktiven Dienst, der Rest der Welt hat zusammen neun. Ein Blick auf die Weltkarte zeigt zudem, dass die Vereinigten Staaten weltweit mehr Stützpunkte unterhalten als jeder andere Staat.

ZEIT ONLINE: Der Krieg in der Ukraine schwächt die russischen Streitkräfte erheblich. Nutzt der Konflikt der Nato?

Greiner: Wir sind noch mitten in diesem Krieg. Seriöse Prognosen sind daher schwierig. Aber es fällt auf, dass Putin bei Weitem noch

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

nicht alles eingesetzt hat, dass er Truppen und Material in der Hinterhand hält. Sollte er feststellen, dass er seine Ziele, was immer die auch sein mögen, nicht erreichen kann, wird Putin vermutlich eskalieren.

ZEIT ONLINE: Auch mit Atomwaffen? Viele Deutsche sind wegen Moskaus Drohungen beunruhigt, sie fürchten einen Dritten Weltkrieg.

Greiner: Solche Ängste sind nicht völlig aus der Luft gegriffen. Gegen einen Atomkrieg spricht allerdings, dass Putin das Risiko sehr genau kennt. Er ist ja kein Irrer.

ZEIT ONLINE: Diejenigen, die davor warnen, übertreiben also?

Greiner: Nein, darüber sollte man sich nicht leichtfertig hinwegsetzen. Wie gesagt: Je länger eine Krise dauert, je weiter die Konfliktparteien sich verhaken, desto größer wird das Risiko einer eigendynamischen Eskalation. Wenn keine Gesprächskanäle offengehalten werden, wenn die Diplomatie verstummt, dann steigt das Risiko des Kontrollverlusts. Sich nur auf das Militärische zu konzentrieren, führt in eine Sackgasse. Man muss ebenso viel, wenn nicht mehr Zeit und Energie auf das Politische verwenden, auf die Frage, um welche Ziele es eigentlich geht und unter welchen Voraussetzungen die Waffen zum Schweigen gebracht werden können. Deswegen ist es grundfalsch, wenn aktuell alle, die zur Vorsicht und Voraussicht mahnen, als weltfremde Beschwichtiger abgekanzelt werden. Hochtönende Formeln wie Härte und Entschlossenheit klingen immer gut, meistens sind es aber Hohlformeln. Oder ein Alibi für das Fehlen politischer Phantasie.

ZEIT ONLINE: Was kann eine Lösung für den Konflikt zwischen Nato und Russland sein?

Greiner: Während des Kalten Krieges waren es die besonnenen Stimmen, die verschiedentlich Schlimmes verhindert haben – in Moskau wie in Washington. Und dieser jahrzehntelange Konflikt wurde nicht beendet, weil irgendjemand mehr Schneid, Unerschrockenheit oder Waffen gehabt hätte. Er wurde von Akteuren beendet, die aus der Logik der Konfrontation ausstiegen und über den eigenen Schatten sprangen.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Friedenssicherung in Europa: Vertrauen und Verlust 1975 bis 2014

nach Glasl

Positive Entwicklungen: Vertrauen, Abkommen

und: **negativ: Verlust des Vertrauens zwischen Ost und West**

1975	KSZE-Schlussakte	2008	NATO bietet Ukraine und Georgien Mitgliedschaft an
1982	Palme-Bericht zur „Gemeinsamen Sicherheit“	August:	
1985	Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU	RU fällt in Georgien ein, besetzt Süd-Ossetien.	
1988	Beginn Perestroika u. Glasnost	OSZE Monitoring	
1990	KSZE, Europäische Sicherheits-Charta	2009	Medwedew-Initiative für einen Vertrag über Europäische Sicherheit
1991	START I	2010	START III
1991	Privatisierung und Oligarchisierung der russischen Wirtschaft – ohne Demokratisierung !!	2011	Libyen: Resolution des UNO-SR UNO-Mandat für humanitäre Hilfe
1992-1994	Georgisch-abchasischer Krieg.	NATO:	Flugverbotszone, Krieg, Sturz Ghadaffi-Regime, Chaos, Stammeskämpfe
1993	"Offener Himmel"	2013	Herbst: Ukraine wollte Handelsabk. mit EU & RU
1994/95	KSZE-Gipfel: OSZE	RU einverstanden: fordert trilaterale Arbeitsgruppe	
1997	NATO-Russland-Grundakte + NATO-Russland-Rat	Druck EU: nicht mit RU!	
1999	NATO: Jugoslawien-Krieg	2014	Massenproteste Maidan für EU-Abkommen Sturz von Präsident Janukowitsch provisorische Reg. Russisch als Amts-Sprache verboten. Proteste in Krim, Odessa, Charkow, Lugansk, Donezk, Dnjepropetrowsk.
1999	Polen, Ungarn, Tschechien zur NATO: Zustimmung v. RU		
	RU „JA“ zur Vereinigung beider deutscher Staaten		
2001	Putin-Rede vor dem Deutschen Bundestag		
2001	9/11: NATO-Bündnisfall		
	7.10. Einmarsch in Afghanistan		
2002	Baltische Staaten werden NATO-Mitglieder		
2003	Einmarsch der US-Truppen in den Irak ; darunter: <i>viele ukrainische Söldner</i> USA kündigt ABM-Vertrag US-Abschussbasen in Osteuropa "gegen den Iran"		
2007	Sicherheitskonferenz München: Putin warnt vor Aktionen, die gegen Russlands Sicherheitsinteressen sein könnten.		
			Ukraine bekämpft gewaltsam Autonomiebestrebungen Referendum... Separatisten wollten von RU anerkannt werden. Aber RU lehnte dies ab. <u>14. September: Minsk I</u>

Aufruf an verantwortungsbewusste Menschen in Politik und Zivilgesellschaft zum Beenden des Ukraine-Kriegs

Als erstes muss verhindert werden, dass der Krieg durch Fehlverhalten weiter eskaliert:

1) In Zeiten erhöhter Spannungen dürfen Formen und Kanäle der direkten Kommunikation niemals verlassen werden. Bei indirekter Kommunikation wird die Eskalation durch viele Fehlerquellen, Verzerrungen, Missverständnisse und Unterstellungen vorangetrieben.

2) Zurzeit befürchten viele Regierungen eine weitere kriegesische Eskalation und reagieren mit Erhöhungen ihrer Verteidigungsetats. Derartige affektgetriebene Rüstungs-Reflexe haben jedoch keinerlei abschreckende oder de-eskalierende Wirkung. In den letzten 150 Jahren hat sich gezeigt, dass ein Wettrüsten – entgegen seinem erklärten Zweck – keine Kriege verhindert, sondern diese paradoxerweise sogar provoziert und intensiviert.

3) Wenn Regierungen keine Eskalation wünschen, sollten sie auf Militarisierungen nicht reflexhaft mit Rüstungserhöhungen reagieren. Vielmehr sind Initiativen zu de-eskalierenden Aktionen notwendig, um aus dem Teufelskreis des Rüstungs-Reflexes auszubrechen. Zu diesem Zweck stellen sie an die gegnerische Konfliktpartei keine neuen Forderungen, sondern beweisen durch ihre deeskalierenden Vorleistungen unmissverständlich, dass sie die entstandenen Spannungen ernsthaft reduzieren wollen.

4) Regierungen demokratischer Länder sollten journalistische Freiheiten niemals einschränken, da sie andernfalls gegen faktenwidrige Berichterstattungen nicht glaubwürdig Stellung beziehen können.

5) Wenn angesehene Persönlichkeiten Deutschlands und Österreichs wichtige Aufsichtsratsfunktionen in russischen Unternehmen bekleiden, sollten sie ihre Zugänge zu Entscheidern in Russland nicht abbrechen sondern intensivieren und die bestehenden Vertrauensbeziehungen nutzen, um auf deeskalierende Entscheidungen einzuwirken.

6.) Menschen aus Russland sollten von kulturellen Events und wissenschaftlichen Kooperationen nicht ausgeschlossen werden. Bei kulturellen Anlässen ist die Freiheit von Kunst, Religion und Wissenschaft unbedingt zu wahren. Damit soll – entgegen der psychologischen Kriegsführung! – deutlich gezeigt werden, dass nicht die Menschen eines Volkes als Feinde betrachtet werden. Solche Veranstaltungen sind bewusst zu nutzen für Diskurse über Grundwerte und Appelle zu gewaltfreien Konfliktlösungen. Diese Punkte zu beachten begünstigt Initiativen für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

7) Initiativen von Regierungen neutraler und bündnisfreier Staaten wecken Bewusstsein dafür, welche Schäden eine weitere Eskalation für die ganze Menschheit bewirkt; diese zu verhindern ist höchste Verantwortung einer jeden politischen Führung. Neutrale regen Sofortmaßnahmen an zum Beenden kriegerischer Handlungen, mit der Perspektive einer künftigen neuen Sicherheits- und Friedensordnung.

8) Seit 1990 ist es an der Zeit, mit den seinerzeitigen Partnern der KSE-, SALT-, START-Abkommen etc. und mit bedeutenden Staaten wie u.a. China, Indien, Iran, Israel etc. auf Initiative der neutralen und bündnisfreien Staaten eine zeitgemäße globale Sicherheits- und Friedensarchitektur auszuhandeln. Nur gemeinsam mit den vormals verfeindeten Mächten kann eine neue Ordnung geschaffen werden, die auf Vertrauen und Kooperation baut und dadurch nachhaltige Wirkungen gewährleistet.

9) Produktion und Einsatz von Waffensystemen zerstören immense Ressourcen und wirken sich direkt und indirekt verheerend auf das Klima aus. Sie binden viele Mittel, die zur Rettung unseres Planeten vor der Klima-Katastrophe dringend benötigt werden. Deshalb sind Abbau und Limitierung aller Waffensysteme gleichzeitig Maßnahmen zum Abwenden der Klima-Katastrophe. Auch wenn solche Versuche nicht sofort erfolgreich waren, sind erneut wieder Initiativen zu wagen!

**Prof. Dr. Dr.h.c. Friedrich Glasl e.h.,
Österreichischer Konflikt-/Friedensforscher und Mediator, Salzburg,
28. März 2022**

https://www.trigon.at/wp-content/uploads/2022/03/Aufruf-Glasl_Politik-und-Zivilgesellschaft_Ukraine-Krieg.pdf

Anlagen:

Nach dem „Maidan“:

Im April 2014 bewilligt der IWF einen Kredit in der Gesamthöhe von 17 Mrd. Dollar und knüpft ihn an Bedingungen die eine Verbesserung der Lebensbedingungen in der Ukraine in weite Ferne rücken:

▶▶ Renten und Mindestlohn (ca. 45 Cent pro Stunde) werden eingefroren.

▶▶ Der Staatshaushalt wurde im März 2014 um 17 Prozent gekürzt,

▶▶ etwa 24.000 Beamte werden entlassen
= 10 Prozent aller Staatsbediensteten

▶▶ Die Mehrwertsteuer bleibt trotz früherer Beschlüsse bei 20 Prozent.

▶▶ 1. Mai 2014: Endverbraucherpreis für Gas um 56 Prozent und

▶▶ zwei Monate später der Fernwärmepreis um 40 Prozent erhöht

▶▶ Die Strompreise stiegen bereits um 11 Prozent

▶▶ Im Jahre 2015 werden die Preise für Gas und Fernwärme erneut um 40 Prozent erhöht und in den Folgejahren sollen weitere Erhöhungen von jeweils 20 Prozent bis einschließlich 2018 erfolgen.

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Wirtschaftsdaten ¹⁾

Europäische Investitionsbank: Finanzhilfe in 2022:
(Stand August 22): ca. 2,3 Mrd €
erwartete **Wiederaufbaukosten**:
(Stand August 22) ca. 750 Mrd \$
Steigerungen durch Kriegsverlauf: **EIN VIELFACHES**

BIP im Mrd \$:

2010	136,01	2014	130,57	2017	112,11
2011	163,16	2015	90,48	2018	130,92
2012	175,71	2016	93,31	2019	154,0
2013	179,57			2020	155,3

Auslandsschulden: März 2022: ca. 128 Mrd \$
= 80 % des BIP = 160 Mrd. \$

1) nach Anna Jikhareva, Blätter 9 / 2022, S. 99 ff

Lohnentwicklungen

2014 Reallöhne im Jahresvergleich um 6,5 Prozent gesunken

2015 um 20,2 Prozent zurückgegangen.

2016 im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen, in Euro: 156,31

Die nominalen Durchschnittslöhne befinden sich damit unter dem Niveau von 2007.

2021 (Juni) durchschnittlich bei 440 Euro = 50 Euro mehr als 2020

Inflationsrate: ca. zehn Prozent

Nach Abzug der Einkommenssteuer von 18 Prozent und der Kriegsabgabe von 1,5 Prozent verbleiben netto etwa 356 Euro.

Quellen: <https://ukraine-nachrichten.de/thema/durchschnittslohn/>

und: [Ukrainisches Komitee für Statistik](#)

Risiken und Nebenwirkungen von Waffenlieferungen Warum Waffen nicht zu einer Lösung beitragen

Die Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges warnen, dass Waffenlieferungen zu unbeherrschbaren Risiken führen können. Sie taugen nicht als Mittel zur Lösung eines Konfliktes.

Die Beendigung des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine erfordert andere Mittel, die auf Verhandlungen und Diplomatie beruhen.

Ärztinnen und Ärzte der IPPNW warnen:

1. Waffen befeuern und verlängern Konflikte

Waffen und Militär lösen keine Konflikte. Vielmehr verschärfen sie die Lage und verlängern den Krieg. Das zeigen auf drastische Weise u. a. die Kriege in Afghanistan, dem Irak, Syrien, Libyen und im Jemen. Sie hinterlassen Hunderttausende von Opfern, zerstörte Städte und ein Machtvakuum, in dem weder staatliche noch traditionelle Institutionen den Menschen Sicherheit gewährleisten.

Auch die Aufrüstung der Ukraine seit 2014 konnte weder den gewaltsamen Konflikt in Donezk und Luhansk beenden, noch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg verhindern. Waffenlieferungen führen dazu, dass sich die Wahrscheinlichkeit eines Konfliktausbruchs, die Konfliktdauer und -intensität erhöhen.

Eine Studie der Ludwig-Maximilian-Universität München analysierte die Rüstungsexporte großer, konventioneller Waffen von 1973 bis 2013 in 137 Staaten. Danach steigern Rüstungsexporte die Wahrscheinlichkeit, dass in Ländern mit großen politischen Spannungen innere Konflikte eskalieren um bis zu 21 Prozent.

2. Waffenlieferungen verhindern Neutralität

Gemäß Artikel 51 der UN-Charta ist es völkerrechtlich zulässig, einem angegriffenen Land im Rahmen kollektiver Verteidigung zu Hilfe zu kommen.

Jedes Land kann aber entscheiden, ob es den angegriffenen Staat mit Waffen beliefert und damit selbst zur Kriegspartei werden will oder ob es neutral bleiben möchte.

Neben militärischen gibt es auch humanitäre und diplomatische

Der Krieg gegen die Ukraine verändert Europa

Möglichkeiten.

Deutschland hat auf Grund seiner als zurückhaltend wahrgenommenen Außenpolitik in vergangenen Jahren die Rolle eines Vermittlers in Kolumbien, Libyen und auch der Ostukraine eingenommen. Nach der Lieferung von Waffen an die Ukraine ist der Status eines neutralen Vermittlers nicht mehr möglich. Gespräche, die alle Konfliktparteien einbeziehen, werden massiv erschwert.

3. Waffenlieferungen erschweren Rüstungsexportkontrollen

Deutschland ist unter den fünf größten Waffenexporteuren der Welt, knapp 9 Mrd. US-Dollar Umsatz erzielten die deutschen Rüstungsfirmen 2020.

Die parlamentarische Kontrolle von Rüstungsexporten wurde lange als intransparent kritisiert. Von den Vorgängerregierungen wurden Waffen – entgegen der deutschen Rechtslage – nicht nur in Krisengebiete, sondern sogar an kriegsführende Staaten wie Saudi-Arabien geliefert.

Die neue Bundesregierung hat eine „abrüstungspolitische Offensive“ gefordert, sich zum Ziel gesetzt, „eine restriktive Rüstungsexportpolitik“ zu verfolgen und „grundsätzlich keine Waffen in Spannungs- und Krisengebiete“ zu exportieren.

Die Lieferungen von Waffen an die Ukraine bedeuten das Gegenteil und schaffen einen gefährlichen Präzedenzfall.

4. Waffen dienen nicht nur der Verteidigung

Jede sogenannte Defensivwaffe kann auch als Offensivwaffe genutzt werden. Das stellte der wissenschaftliche Dienst des Bundestages 2019 fest:

„In diesen Zusammenhang ordnet sich auch die Feststellung ein, dass in Kriegen und kriegerischen Auseinandersetzungen grundsätzlich zur Abwehr (Panzerabwehr/Flugabwehr u. ä.) entwickelte Waffen auch offensiv eingesetzt worden sind“.

Es gibt also keine defensiven Waffen, die man mit besserem Gewissen liefern könnte. Auch Panzerabwehrwaffen und Luftabwehrsysteme können einen Konflikt eskalieren lassen.

Die Alternative zur Selbstverteidigung mit Waffen ist nicht gleichbedeutend mit Wehrlosigkeit. Die Friedensforschung hat bereits in den Fünfzigerjahren das Konzept der Sozialen Verteidigung entwickelt. Sie bietet Chancen zum Erhalt der Städte und Infrastruktur bei weitaus weniger Toten und Verletzten.

5. Waffen wandern weiter

Einmal exportiert, verlieren Regierungen die Kontrolle darüber, wer von ihren Waffen in Zukunft Gebrauch macht. Waffen können von der gegnerischen Partei erbeutet werden.

So gelangten die 2014 an die kurdischen Peschmerga gelieferten Milan-Raketen aus Deutschland in den Besitz des Islamischen Staats.

Waffen bleiben nach einem Konflikt meist im Umlauf und wirken destabilisierend. In der Sahara-Region und in Mittelamerika ist der Verzahnung zwischen Kleinwaffen, illegalem Waffenhandel, Bürgerkriegen und einer „Kultur der Gewalt“ ein massives Problem.

In den USA und Mexiko führen die vielen Waffen in der Bevölkerung zu einer Vielzahl von Morden und anderen Gewalttaten.

Auch in der Ukraine ist zu befürchten, dass die Waffen nach einem Ende des Krieges in den Händen wütender, verbitterter, traumatisierter, radikalierter oder rechtsradikaler Menschen große Schäden anrichten und das Gewaltpotential in der Gesellschaft erhöhen.

6. Waffenlieferungen wirken eskalierend

Der Ruf nach Waffen ist eine häufige reflexhafte Reaktion auf Gewalt und Aggression, doch Gewalt führt zu Gegengewalt. Auch die Gewalt durch Waffenlieferungen wird weitere Gewalt hervorrufen und in eine Eskalationsspirale führen, die in der aktuellen Situation in einem Atomkrieg enden könnte.

Präsident Putin hat mit Atomwaffen gedroht. Ihr Einsatz ist laut russischer Nukleardoktrin möglich, wenn die Existenz der Russischen Föderation auf dem Spiel stehe. Vor diesem Hintergrund können Waffenlieferungen zu einer extrem gefährlichen Eskalation führen. Sollte es zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen, droht nicht nur eine europäische, sondern eine globale Katastrophe. In einem Atomkrieg gibt es keine Gewinner.

Die Detonation bereits eines einzigen Sprengkopfs über einer Großstadt würde zu Hunderttausenden Toten, mehr als einer Million Verletzten und weiträumiger Verstrahlung führen.

Die gesundheitlichen Folgen eines Atomwaffeneinsatzes sind katastrophal und von keinem Gesundheitssystem beherrschbar.